



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros:

## Genossenschaften sind Krisenlöser

Corona und kein Ende. Die Rolle der Kredit- sowie der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften während der Krise sowie weitere aktuelle politische Herausforderungen standen im Zentrum eines Gesprächs von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Vorstandsvorsitzenden und Präsidenten des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Dr. Jürgen Gros.

GZ: Herr Dr. Gros, starten wir mit dem alles beherrschenden Thema: Corona mischt die Karten neu. Wie kommen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bislang durch die Krise?

Gros: Nach dem 3. Quartal können wir von einem guten Geschäftsjahr für die Volksbanken

erbracht, sondern sind sowohl den Firmen- als auch den Privatkunden weit über ihren eigentlichen Auftrag hinaus zur Seite gestanden. Bei der Frage nach staatlichen Hilfsmaßnahmen waren sie für zahlreiche Firmenkunden erster Ansprechpartner, obwohl dies nicht ihre Kernaufgabe ist. Im Bewusstsein, regi-

onale Hausbank zu sein, halfen sie bei der Beantragung staatlicher Leistungen und Förderkredite. Über die staatlichen Moratorien hinaus haben die Volksbanken und Raiffeisenbanken ihre Moratorien für Firmenkunden und Privatkunden verlängert, um Tilgungsaussetzungen bis ins nächste Jahr hinein gewähren zu können. Dies war im Übrigen gar nicht so einfach, galt es doch zu verhindern, selbst Dokumentations- und Regulationspflichten aufgebürdet zu bekommen.

### Ressourcen im Kampf gegen die Folgen der Pandemie

GZ: Wie beurteilen sie den aktuellen Zustand der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen?

Gros: Die Finanzierungsbedingungen sind nach wie vor gut und die Kreditablehnungsquoten nach wie vor niedrig. Damit das so bleibt, muss auch die Politik ihren Beitrag leisten. Wegen Corona wurde die Basel-III-Finalisierung, bei der es unter anderem um Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung geht, verschoben. Das ist zu begrüßen. Die Banken sollen ihre vollen Ressourcen im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Jürgen Gros, Vorstandsvorsitzender und Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Bild: GVB

und Raiffeisenbanken in Bayern sprechen. Die wichtigen Geschäftsfelder verzeichnen einen weiteren Zuwachs. Dabei ist insbesondere das Kreditgeschäft sowohl im Firmenkunden- als auch im Privatkundenbereich auf Wachstumskurs.

### Nicht nur Bankdienstleistungen

GZ: Gibt es einen Bedarf an „Neuen Regelungen“ oder Hilfestellungen von Banken für private Kunden und Firmenkunden?

Gros: Zu Beginn der Corona-Krise im Frühjahr haben die Kreditgenossenschaften nicht nur klassische Bankdienstleistungen

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

### Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

## Gesichter der Verschwendung

In seinem neuen Jahrbuch stellt der Bund der Steuerzahler in 100 exemplarischen Fällen dar, wo und wie der Staat sorglos mit unserem Steuergeld umgeht. Bayern ist achtmal vertreten, vor allem mit Bauprojekten, bei denen die Kosten völlig aus dem Ruder laufen. „Baukostenexplosionen sind bei öffentlichen Vorhaben gang und gäbe“, betonte in München Maria Ritch, Vizepräsidentin des Landesverbands Bayern, und listete eine Reihe von Beispielen auf.

Ausfernd sind die Kosten der Stadthalle im unterfränkischen Lohr a. Main: Dort mussten bis 2017 größere Veranstaltungen in Turnhallen stattfinden. Um diesen Zustand zu beenden, wurde eine erforderliche neue Stadthalle errichtet, die eine hohe Akzeptanz und Auslastung sowie sehr gute Besucherzahlen aufweist. Umlanungen und Zusatzwünsche trieben jedoch die Kosten des Neubaus hoch. Eine Konzertmuschel, aufsteigendes Gestühl, bessere Barrierefreiheit, eine erweiterte Tiefgarage, eine Photovoltaikanlage: Schließlich kostete die Stadthalle knapp 20 Mio. Euro, ein Drittel mehr als geplant.

### Ausfernde Baukosten

Voraussichtlich 60 statt 37 Mio. Euro kostet der Ausbau der mittelalterlichen Klosterburg Kastl im Landkreis Amberg-Weilheim zu einer modernen Hochschule für den öffentlichen Dienst. Be-

vor im März die ersten 60 Studenten des Fachbereiches Polizei Unterkunft nehmen konnten, verzögerten archäologische Funde, Schadstoffe, Hausschwammbefall und massive Schäden am Dachstuhl die Inbetriebnahme. Aufwand und Verzögerungen trafen auf konjunkturbedingte Mehrkosten – nun wird man sehen, ob trotz Corona-bedingten Ausnahmezuständen der Studienbetrieb wenigstens ab Sommer 2023 beginnen kann. Oder das Projekt noch teurer wird.

### Theater in Augsburg und ...

Ein Fass ohne Boden ist laut BdSt das Augsburger Staatstheater: Der Stadtrat hatte 2016 beschlossen, das damals noch städtische Theater für 186 Mio. Euro zu sanieren, die Kosten für einen Erweiterungsbau mit Probebühne und Werkstätten bereits mitgerechnet. Jetzt rechnet die Stadt mit 320 Mio. Euro. BdSt-Vizepräsidentin Ritch zu-



Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2021. Von links: Markus Pannermayr, Josef Zellmeier, Albert Füracker, Dr. Uwe Brandl, Christian Bernreiter, Joachim Herrmann, Franz Löffler und Hubert Aiwanger. Bild: StMFLH

### Kommunaler Finanzausgleich 2021:

## Kraftvolles Signal für bayerische Kommunen

Trotz Corona-Krise und massiv sinkender Steuereinnahmen im Staatshaushalt bleibt der Kommunale Finanzausgleich (FAG) in Bayern mit 10,3 Mrd. Euro auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Laut Finanzminister Albert Füracker steht der Freistaat damit auch in den aktuell extrem schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie als verlässlicher Partner und starke Stütze an der Seite seiner Kommunen. „Unser oberstes Ziel ist, dass die Finanzlage der Kommunen in dieser schwierigen Zeit solide bleibt“, ergänzte Kommunalminister Joachim Herrmann.

„Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und senden mit dem heutigen, für die Kommunen sehr guten Ergebnis ein deutliches Signal gegen die Krise“, erläuterte Füracker. Der Freistaat Bayern schaffe damit die Voraussetzungen, dass seine Kom-

mungsgelder, das den Kommunen überlassen wird.

### Förderung des kommunalen Hochbaus

Einen neuen Spitzenwert erreicht die Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Diese Mittel werden um 50 Mio. Euro auf nun 650 Mio. Euro erhöht. Gleichzeitig werden die Mittel für die Krankenhausfinanzierung (643 Mio. Euro) und die allgemeine Investitionspauschale (446 Mio. Euro) auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt. (Fortsetzung auf Seite 4)

### Neues Rekordniveau

Unter anderem umfasst der Finanzausgleich 3,9 Mrd. Euro an Schlüsselzuweisungen, also zweckungebundene Gelder zur allgemeinen Finanzierung der kommunalen Verwaltung. Damit bewegen sich diese noch über dem hohen Niveau des Jahres 2019.

Wie bereits in den vergangenen beiden Jahren erhalten die Landratsämter erneut insgesamt 70 zusätzliche Stellen. Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich steigen im Jahr 2021 auf ein neues Rekordniveau von insgesamt fast 850 Mio. Euro. Dazu zählen neben den sog. Pro-Kopf-Beträgen auch das Aufkommen an Gebühren, Geldbußen und Verwar-



In Zeiten von Borkenkäfer, Dürre und Sturm verweist der Bürgermeister darauf, dass „Wald“ mehr ist als ein Wirtschaftsfaktor. Gerade in Deutschland hat man sich früh um Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung verdient gemacht. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Flexibel Flächensparen – keine Verpflichtungen für Kommunen	Seite 2
Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst	2
Stärkung der Integrativen Medizin	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Europa und Kommunen in Krisenzeiten stärken	3
50 Jahre VBSM	3
Krisendienste für Menschen in psychischen Notlagen	3
Kommunikationstechnik • IT • Breitband	5 - 9
Kommunale Bau Themen	10 - 12
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

# Flexibel Flächensparen – keine Verpflichtungen für Kommunen

Mit einem Änderungsantrag zum Entwurf des Landesplanungsgesetzes hat die CSU-Fraktion den im Koalitionsvertrag vereinbarten fünf Hektar-Richtwert zur Flächennutzung präzisiert. Der Wirtschaftsausschuss hat die von der Staatsregierung vorgelegte Neufassung des Landesplanungsgesetzes gebilligt. Verbindliche Vorgaben für die Kommunen sind damit nicht verbunden. Die Landtags-Grünen und die SPD warfen der Regierungskoalition vor, das eigene Ziel zu verwässern. Die CSU argumentierte, der Entwurf ermögliche es den Kommunen, flächensparend zu handeln und dabei Ziele des Arten- und Klimaschutz zu berücksichtigen.

Der bisherige Entwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes sieht vor, dass bei Flächeninanspruchnahme im Außenbereich der Grundsatz des Flächensparens verfolgt wird. Dazu soll bis 2030 die Richtgröße für die Inanspruchnahme von Freifläche von fünf Hektar pro Tag landesweit angestrebt werden. 2019 lag der Flächenverbrauch im Freistaat bei durchschnittlich 10,8 Hektar pro Tag landesweit. Lediglich die Hälfte davon ist versiegelte Fläche. Ziel der CSU-Fraktion ist es, den Kommunen durch eine Präzisierung Planungs- und Rechtssicherheit für Infrastrukturprojekte zu geben. „Uns ist wichtig, dass das Ziel der Staatsregierung nicht nur sinnvoll begleitet wird, sondern auch der politische Wille in der Umsetzung klar dokumentiert ist. Daher haben wir diesen Änderungsantrag erarbeitet“, sagte Walter Nussel, zuständiger Berichterstatter im Ausschuss und stellvertretender Vorsitzender des CSU-Arbeitskreises Wirtschaft.

## Feinjustierung von Flächen

So soll künftig bei der Bewertung der 5-Hektar Richtgröße entsprechend berücksichtigt werden, ob dabei Boden versiegelt wird und welche Ausgleichsmaßnahmen für den Umwelt-, Klima und Artenschutz getroffen werden können. Damit sollen Gemeinden ein fle-

xibles Planungsinstrument zum Flächensparen erhalten, in dem ihre Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. „Aus unserer Sicht darf es nicht so sein, dass Parks, Friedhöfe, Fußballfelder oder Golfplätze bei der Flächennutzung genauso behandelt werden wie versiegelte Flächen. Sonst stehen diese Grünflächen im Wettbewerb zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Wohnungsbau, den Bedürfnissen der Wirtschaft und der sinnvollen Landesentwicklung. Unser Ziel ist durch diese Feinjustierung die Fläche in Bayern sinnvoll und bedarfsorientiert zu nutzen“, sagte Sandro Kirchner, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion.

## Anreize statt Verbote

Kirchner warf den Grünen vor, die Kommunen zu bevormunden, die Wohnungsnot zu verschärfen und die Entwicklung des ländlichen Raums zu verhindern. Zudem sei der von den Grünen geforderte Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mit den Flächenlimits vereinbar. „Im Gegensatz zu den Grünen setzen wir als CSU-Fraktion auf Anreize statt Verbote“, sagte er.

Die Grünen hatten einen eigenen Entwurf vorgelegt. Mit diesem sollte das Fünf-Hek-

tar-Ziel bereits 2026 verbindlich erreicht werden. Alle anderen Fraktionen lehnten diese verpflichtende Vorgabe ab. „Man darf nicht danach fragen, was erlaubt ist, sondern welchen Bedarf es gibt“, sagte Manfred Eibl (Freie Wähler). Eine auf die einzelne Kommune heruntergebrochene Vorgabe zum Flächenverbrauch konterkarierte das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Staatsregierung gebe den Kommunen stattdessen Instrumente an die Hand, den Richtwert auch ohne strikte Vorgaben zu erreichen – dazu zählen laut Eibl Förderprogramme zur Innenentwicklung und Überplanung bestehender Brachflächen. Der Gesetzentwurf der Grünen schränke das Selbstbestimmungsrecht von Städten und Gemeinden zu stark ein, kritisierte er. „Entscheidend ist, dass die Entwicklung Bayerns im Vordergrund steht und nicht rechnerische Barrieren“, ergänzte Nussel.

## Grüne beharren auf Fünf-Hektar-Rahmen

Christian Zwanziger (Grüne) verteidigte den Entwurf seiner Fraktion. Die Entwicklung der vergangenen Jahre habe gezeigt, dass es einen verbindlichen Rahmen für das Flächensparen brauche. „Mit Freiwilligkeit kommen wir nicht weiter“, betonte er. Der Vorschlag der Grünen lasse den Kommunen innerhalb des landesweiten Fünf-Hektar-Rahmens durch Ansparmodelle, die Renaturierung versiegelter Flächen sowie eine Härtefallklausel für Großprojekte die nötige Flexibilität. Auch die Bedürfnisse kleiner Gemeinden mit besonderem Entwicklungsbedarf würden berücksich-

tigt. Durch eine degressive Flächenzuteilung nach Einwohnerzahl erhielten kleine Gemeinden im Verhältnis zu größeren ein höheres Budget. Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann plädierte für ein verbindliches, landesweites Flächensparziel.

Die SPD hingegen sprach sich für eine Richtgröße auf der Ebene der regionalen Planungsverbände aus. Dies schaffe eine gewisse Verbindlichkeit, schränke die Entwicklungsmöglichkeiten gerade kleiner Kommunen im ländlichen Raum aber nicht über Gebühr ein, sagte Annette Karl (SPD).

## Expertenanhörung im Landtag

Das Thema Flächenverbrauch beschäftigt den Landtag schon lange. Nach einem Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion und einem gescheiterten Volksbegehren, legte die Staatsregierung schließlich einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Statt einer festen Obergrenze von fünf Hektar täglich, ist in dem Entwurf ein Richtwert von fünf Hektar festgelegt. Im Wirtschaftsausschuss präsentierten Fachleute im Rahmen einer Expertenanhörung im Mai 2020 Vorschläge, wie künftige Flächenpolitik aussehen soll. Gegen eine mathematische pauschale Flächenbegrenzung sprachen sich vor allem die Wirtschaftsverbände aus. Neben dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag (BIHK) hält auch der Bayerische Gemeindetag wenig von einer fixen Flächenvorgabe. Dessen Präsident, Dr. Uwe Brandl, mahnte, mit dem Gut Fläche intelligent umzugehen und forderte zunächst eine verbindliche Definition, was unter Flächen-Inanspruchnahme zu verstehen sei. Zugleich pochte Brandl auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Ein Anliegen, das Florian Gleich, vom Bayerischen Städtetag unterstützte. red

Gesundheitsstaatssekretär Klaus Holetschek:

## Stärkung der „Integrativen Medizin“

Bayerns Gesundheitsstaatssekretär Klaus Holetschek setzt sich für eine Stärkung der „Integrativen Medizin“ ein. Holetschek betonte: „Anspruch der ‚Integrativen Medizin‘ ist es, die Möglichkeiten der konventionellen Medizin und der Naturheilkunde in einem ganzheitlichen Ansatz bestmöglich zu nutzen. Darüber hinaus will die Integrative Medizin einen gesunden Lebensstil fördern und damit chronische Krankheiten verhindern, die durch Bewegungsmangel, Fehlernährung und Stress entstehen. Mein Ziel ist es deshalb, die ‚Integrative Medizin‘ in Bayern weiter zu stärken. Deshalb freut es mich sehr, dass sich künftig ein eigenes Referat des StMGP auch diesem wichtigen Themenbereich widmet.“

Holetschek unterstrich: „Eine moderne Medizin benötigt ein patientenorientiertes Gesundheitswesen, in dem wissenschaftliche und Naturmedizin gleichberechtigt sind. Im sinnvollen Miteinander von konventioneller und naturmedizinischer Therapie zu einer Integrativen Medizin liegt die Zukunft.“

Der Staatssekretär verwies in diesem Zusammenhang auch auf die vom bayerischen Gesundheitsministerium geförderte Studie „Integrative Medizin in Bayern 2020 (IM-BAY 2020)“. Im Mittelpunkt der am Universitätsklinikum Würzburg in Kooperation mit der Klinik für Integrative Medizin am Klinikum Bamberg durchgeführte Studie stehen naturheilkundliche Anwendungen und Selbsthilfestrategien. Holetschek erläuterte: „Ziel der Studie IM-BAY 2020 ist es, Erkenntnisse über die Bandbreite und Akzeptanz naturheilkundlicher Verfahren und Lebensstilinterventionen in unterschiedlichen Fachgebieten zu gewinnen. Das StMGP fördert diese Studie mit 360.000 Euro.“

Er ergänzte: „Im Bereich der Integrativen Medizin müssen wir die Forschung weiter vorantreiben und ausbauen. Wir müssen die natürlichen Heilweisen besser erforschen, sie werden sich in nächster Zeit noch mehr entwickeln. Aus diesem Grund setze ich mich auch für die Einrichtung eines Lehrstuhls für Integrative Gesundheit in Bayern ein. Hier sind wir bereits auf einem guten Weg.“

Holetschek erläuterte: „In den vergangenen Jahrzehnten wurden an die Bevölkerung vielfältige Angebote an Heilmethoden herangetragen, die aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen und häufig unerforschten Wirkweise und damit ihres therapeutischen Wertes einer intensiven und kompetenzbasierten Erforschung bedürfen. Die Einsatzfähigkeit naturheilkundlicher Wirkstoffe und Wirkungsweisen – in Verbindung mit der wissenschaftlichen Medizin – ist bislang nicht ausreichend bekannt. Ein Lehrstuhl für Integrative Gesundheit soll tiefergehende Erkenntnisse zu diesen weitverbreiteten naturheilkundlichen Praktiken und Methoden hervorbringen und ihren Einsatz für die alltägliche therapeutische Anwendung prüfen. Denn klar ist: Die Sehnsucht der Menschen nach natürlicher Medizin ist sehr groß.“

Die Integrative Medizin verbindet Elemente aus verschiedenen wissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen zu einem Gesamtkonzept, mit dem Ziel, die individuell beste Therapie zu finden. Der Patient steht dabei im Mittelpunkt. □

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Hübner  
95499 Harsdorf  
am 16.11.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Stahl  
95643 Tirschenreuth  
am 12.11.

Bürgermeister Gerald Brehm  
91315 Höchstadt a.d. Aisch  
am 15.11.

Landrat Albert Gürtner  
85264 Pfaffenhofen  
am 17.11.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin  
Martina Rottmann  
97241 Oberpleichfeld  
am 13.11.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dr. Christian Hirtreiter  
94342 Straßkirchen  
am 10.11.

Bürgermeister Reiner Feulner  
95131 Schwarzenbach a. Wald  
am 14.11.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Zuber  
95213 Münchsberg  
am 7.11.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Raffael Parzefall  
93107 Thalmassing  
am 6.11.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst:

# Belastung für kommunale Haushalte

In der dritten Tarifverhandlungsrunde für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und ihr Verhandlungspartner, der Bund, gemeinsam mit den Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion ein Ergebnis erzielt.

Zum 1. April 2021 werden die Tabellenentgelte um 1,4 Prozent, mindestens jedoch um 50 Euro, erhöht und ab dem 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern und den Pflege- und Betreuungseinrichtungen profitieren darüber hinaus von bis zu drei Zulagen: So haben die Arbeitgeber die Einführung einer Pflegezulage vereinbart. Diese beträgt ab dem 1. März 2021 70 Euro, ein Jahr später wird sie auf 120 Euro aufgestockt. Die monatliche Intensivzulage wird ab dem 1. März 2021 von 46,02 Euro auf 100 Euro angehoben und damit mehr als verdoppelt. Zugleich wird die Zulage für Beschäftigte, die ständig Wechselschicht leisten, ab dem 1. März 2021 von 105 Euro monatlich auf 155 Euro monatlich erhöht.

Nach Einschätzung von VKA-Präsident und Verhandlungsführer Ulrich Mädge „haben wir einen wirtschaftlich verkraftbaren Abschluss erreicht, der den kommunalen Arbeitgebern Planungssicherheit gibt. Der Abschluss ist maßvoll und trägt den finanziellen Besonderheiten der Corona-Krise Rechnung. Uns war es wichtig, dass die Beschäftigten in den Krankenhäusern und in der Pflege überdurchschnittlich profitieren. Ich bin froh, dass wir für diese Beschäftigtengruppe weitreichende Verbesserungen erzielen konnten. Gleichermaßen war wichtig, für einzelne Bereiche

der VKA Sonderlösungen zu vereinbaren, nämlich für die Sparkassen und die Flughäfen. Das ist uns gelungen. Insgesamt umfasst das Paket ein Volumen von rund 4,9 Milliarden Euro.“

Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen/Praktikanten erhalten eine Entgelterhöhung von 25 Euro ab dem 1. April 2021 sowie eine weitere Erhöhung um die gleiche Summe ab dem 1. April 2022, zudem wird die Regelung zur Übernahme von Auszubildenden verlängert. Alle Beschäftigten sowie die Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten erhalten zur Abmilderung der besonderen Belastungen während der Corona-Pandemie eine nach Entgeltgruppen gestaffelte Sonderzahlung von durchschnittlich 400 Euro. Zudem profitieren die Fachkräfte im Öffentlichen Gesundheitsdienst ab dem 1. März 2021 von einer Zulage in Höhe von monatlich 300 Euro.

## Verhandlungen in Corona-Zeiten

Die Verhandlungen fanden in diesem Jahr vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie statt, die für die Kommunen und kommunalen Arbeitgeber finanzielle Auswirkungen in Milliardenhöhe hatte und weiterhin haben wird. Aus diesem Grund hat sich die VKA für einen differenzierten Tarifabschluss eingesetzt, der un-

ter anderem die schwierige Situation der Sparkassen und Flughäfen einbezieht.

Für die rund 175.000 Sparkassenbeschäftigten sieht der Tarifabschluss eine Entgelterhöhung vor (ab 1. Juli 2021 um 1,4 Prozent, mindestens jedoch 50 Euro sowie zum 1. Juli 2022 um weitere 1,0 Prozent, eine Angleichung auf das Niveau des allgemein vereinbarten Abschlusses findet erst zum Ende der Laufzeit ab 1. Dezember 2022 statt), allerdings wird ein Teil der Kosten durch eine Absenkung der Sparkassenonderzahlung bei zusätzlicher Gewährung weiterer Urlaubstage kompensiert.

Für die angesichts eingebrochener Fluggastzahlen mit massiven Verlusten konfrontierten Flughäfen haben sich die Beteiligten verständigt, auf Entgelterhöhungen in diesem Bereich zu verzichten. Das Tarifergebnis sieht vor, einen Notlagentarifvertrag für die Flughäfen zeitnah abzuschließen, der Personalkosten senkt und betriebsbedingte Kündigungen ausschließt.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pantermayr, konstatierte, „wird für die kommunalen Beschäftigten mit der Einigung in den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ein Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Mieten berücksichtigt. Wer gute Leistungen erbringt, muss gut entlohnt werden. Beschäftigte in kommunalen Diensten leisten Tag für Tag wertvolle Arbeit, ohne die unser Gemeinwesen nicht so gut funktionieren könnte – zum

## Hygienemaßnahmen in Kindertageseinrichtungen:

# Neues Förderprogramm

Der Freistaat unterstützt die Anschaffung von CO2-Sensoren und mobilen Luftreinigungsgeräten in Kindertagesstätten, Großtagespflegestellen und Heilpädagogischen Tagesstätten (HPTs) mit 13 Millionen Euro. Für sonstige Ausstattungsgegenstände zur Verbesserung der Hygiene (beispielsweise Desinfektionssponder und mobile Trennwände) in Kitas stehen weitere 10 Millionen Euro bereit.

Dazu Bayerns Familienministerin Carolina Trautner: „Unsere Einrichtungen wurden in den letzten Monaten sehr gefordert, auch was die Hygienemaßnahmen angeht. Aus der AHA-Formel ist inzwischen AHA-L ge-

worden: Abstandhalten, Hygienemaßnahmen, Alltagsmaske – und Lüften.

Natürlich entstehen dadurch auch höhere Kosten. Im Hinblick auf den anstehenden Winter ist es besonders wichtig, die Einrichtungen jetzt finanziell zu unterstützen und den Beschäftigten in den Kitas und den Familien mehr Sicherheit in Sachen Infektionsschutz zu geben. Ein zentrales Element ist dabei das regelmäßige Lüften. Deshalb wollen wir allen Einrichtungen auch die Anschaffung von sogenannten CO2-Sensoren ermöglichen.“ Das Bayerische Kabinett beschloss dass Anschaffungen, die ab dem 1. Oktober getätigt wurden, rückwirkend gefördert werden. Für HPTs wird ein CO2-Sensor pro Gruppe finanziert.

CO2-Sensoren messen die CO2-Konzentration und melden, wann eine Lüftung der Räume erforderlich ist. Mobile Raumluftreinigungsgeräte können für Betreuungsräumlichkeiten angeschafft werden. Unter Ausstattungsgegenstände zur Verbesserung der Hygiene fallen beispielsweise Desinfektionsmittel, kontaktlose Fieberthermometer oder Schutzmasken.

Die entsprechende Förderlinie ist ab sofort unter folgendem Link abrufbar: [www.verkuendung-bayern.de/baymb/2020-615/](http://www.verkuendung-bayern.de/baymb/2020-615/) □

DK



Festakt zur Verleihung der Carl-Orff-Medaille – v. l.: Dr. Thomas Goppel, Präsident Bayerischer Musikrat, Staatsminister Bernd Sibler, Preissträger Reinhard Loechle, VBSM-Präsident Martin Bayerstorfer und Franz Josef Pschierer, Präsident des Allgäu-Schwäbischen Musikbundes. Bild: VBSM

[Bayerischer Musikschultag in Kaufbeuren:](#)

## 50 Jahre VBSM

Kunstmister Bernd Sibler: „Fundament der bayerischen Musikkultur“

Eine Kombination aus Online- und Präsenzveranstaltungen bot der diesjährige Bayerische Musikschultag, der unter dem Motto „50 Jahre VBSM“ stand. Ein halbes Jahrhundert ist es bereits her, dass 43 Delegierte aus Singschulen und Musikschulen in der Musikhochschule in München zusammenkamen und den Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. (VBSM) gründeten.

Drei Tage lang bot die Veranstaltung ein vielfältiges Programm aus Konzerten, Vorträgen und Austauschforen zu aktuellen musikpädagogischen und bildungspolitischen Themen. Veranstaltungsort war anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der ortsanässigen Ludwig Hahn Sing- und Musikschule die Stadt Kaufbeuren, die auch für den Auftakt im Stadttheater sorgte. Unter dem Titel „Laterna Musica – Bild und Klang“ präsentieren Schüler und Lehrkräfte Formen der Verbindung von Bild und Musik.

[Rückblick und Ausblick](#)

Zudem fand ein Forum für Musikschulleiter und Lehrkräfte statt, das sich im Jubiläumsjahr dem Thema „50 Jahre VBSM – Rückblick und Ausblick“ wid-

mete. Verabschiedet wurde der Musikschultag in gewohnter Weise mit „Musik in der Stadt“. Hierzu verwandelte sich die Innenstadt in eine Bühne für Musikschüler aus der Region und lud Passanten zum Zuhören und Verweilen ein. Darüber hinaus bot der VBSM ein abwechslungsreiches Online-Seminarprogramm für Musikschulleiter, Lehr- und Verwaltungskräfte.

In seiner Festrede gratulierte Staatsminister Bernd Sibler, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, dem Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen zu seinem runden Geburtstag: „Wir können mit Stolz auf 50 Jahre VBSM zurückblicken. In den vergangenen Jahren ist die Arbeit der Musikschulen im Freistaat zum Fundament der baye-

rischen Musikkultur geworden. Unsere Musikschulen bilden die Musikerinnen und Musiker von morgen aus, denn sie verstehen es, zu begeistern. Sie stärken das kulturelle Leben vor Ort und ermöglichen jungen Menschen einen niederschweligen Zugang zur Musik. Herzlichen Dank an die Verantwortlichen und Mitstreiter der letzten 50 Jahre für ihr großes Engagement!“

[220 Musikschulen](#)

Seit der Gründung des VBSM habe sich das Musikschulwesen in Bayern sowohl quantitativ als auch qualitativ herausragend entwickelt, so Sibler. Von ursprünglich 67 ist die Zahl auf inzwischen rund 220 Musikschulen gestiegen. Der Trend geht dabei zu immer größeren Musikschulen, so dass an diesen 220 Musikschulen tatsächlich mehr als 960 Kommunen beteiligt sind. Während im Jahr 1970 etwa 35.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet wurden, sind es aktuell mit rund 210.000 sechs Mal so viele.

Um den Musikschulen auch in den schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie beizustehen, unterstützt das Bayerische Kultministerium die durch das Ministerium geförderten nicht-staatlichen Kunst- und Kultur-einrichtungen einschließlich der Sing- und Musikschulen, die von Einnahmeausfällen aufgrund der Corona-Pandemie betroffen sind, mit insgesamt zehn Millionen Euro.

[Chronik zur Verbandsgeschichte](#)

Anlässlich seines Jubiläums wird der VBSM noch in diesem Jahr eine Chronik zur Verbandsgeschichte veröffentlicht. Das knapp 200 Seiten umfassende Buch beschäftigt sich u.a. mit der Gründung des Verbandes, den Meilensteinen seiner Entwicklung und den damit einhergehenden Herausforderungen. Vorgestellt werden auch zahlreiche Wegbegleiter, deren Engagement die Entwicklung des Verbandes über die Jahre hinweg beeinflusst hat.

Den kulturpolitischen Höhepunkt des Bayerischen Musikschultags bildete der traditionelle Festakt zur Verleihung der Carl-Orff-Medaille für herausragende Verdienste und überraschendes Engagement in der musikalischen Bildungslandschaft. In diesem Jahr wurde Reinhard Loechle, langjähriger 2. Vorsitzender des VBSM und Gründer und Schulleiter a. D. der Kreis-musikschule Erding e. V., ausgezeichnet.

1971 nahm Loechle eine Anstellung an der Volkshochschule des Landkreises Erding zum Zweck des Aufbaus einer Musikschule an, deren Leitung er noch im gleichen Jahr übernahm. Mit zahlreichen Konzerten, Rundfunkaufnahmen, der Gründung mehrerer Ensembles und sei-

GZ

KOLUMNE  
Stefan Rößle

*Liebe Leserinnen und Leser,*

die Corona-Pandemie und ihre alltäglichen Herausforderungen haben uns alle fest im Griff. Wöchentlich müssen zur Bekämpfung des Virus neue Vorschriften und Gesetze erlassen werden. Das ist ein Stresstest für Politik, Wirtschaft und jeden Menschen in seinem persönlichen Alltag. Andere wichtige Themen und Nachrichten rücken dadurch in den Hintergrund wie z. B. Europa-Politik und die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union.

Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ will Deutschland die EU stärker, gerechter und nachhaltiger gestalten. Weitere Ziele der Präsidentschaft sind die „dauerhafte Überwindung der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlicher Folgen“, ein „innovativeres und sichereres Europa“ sowie ein „starkes Europa in der Welt“. Das sind große Ziele für den sechsmonatigen Vorsitz der Ratspräsidentschaft, der am 31. Dezember 2020 bereits wieder endet. Dann wird zu klären sein, welche Auswirkungen der deutsche Vorsitz für die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke haben wird.

### Europa und Kommunen in Krisenzeiten stärken

Bereits seit Jahrzehnten übt die Europäische Union durch Ihren mehrjährigen Finanzrahmen, das Beihilfe- und Vergaberecht sowie



verschiedene Förderprogramme entscheidenden Einfluss auf unsere Politik in den Kommunen aus. So werden zahlreiche Rahmenbedingungen, die wir vor Ort beachten oder umzusetzen müssen, in Brüssel und Straßburg festgelegt.

Die KPVB setzt sich seit Jahren u. a. für die Entbürokratisierung der EU-Förderprogramme ein. Die europäischen Unterstützungsleistungen müssen schnell, einfach und praxisnah, auch für kleinere Kommunen, beantragt werden können. Die derzeit geplanten Vereinfachungen für unsere Verwaltungsbehörden begrüßen wir als KPVB.

Auch darf die europäische Politik die deutschen Kommunen nicht schwächen, nur, weil es innerhalb Europas in anderen Ländern schwächere Kommunen gibt. So sehen wir es als kritisch an, dass Mitgliedstaaten wie Deutschland bei Kohäsionsmitteln benachteiligt oder teils ausgeschlossen werden sollen. Unsere strukturschwachen Regionen brauchen auch weiterhin die Unterstützung der EU, um dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Deutschland einen Schritt weiterzukommen.

Die Corona-Krise hat es gezeigt: nationale Alleingänge führen nicht zur nachhaltigen Lösung von Krisen. Um eine solche Krise der EU zu verhindern braucht die EU starke Kommunen und die Kommunen ein starkes Europa. Dafür sollten wir uns ebenso stark wie bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie einsetzen. In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

**Ihr Stefan Rößle**

Landesvorsitzender der KPVB Bayern  
Landrat des Landkreises Donau-Ries

[Krisendienste Bayern für Menschen in psychischen Notlagen:](#)

## Erste Hilfe in seelischen Notlagen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und Bezirksstaatspräsidenten unterzeichnen Kostenerstattungsvereinbarungen für den Aufbau und den Betrieb der Krisendienste Bayern

Derzeit arbeiten die sieben bayerischen Bezirke mit Hochdruck an einem deutschlandweit einmaligen Beratungs- und Hilfeangebot für Menschen in psychischen Krisen – den Krisendiensten Bayern. Dafür wurde nun ein weiterer wichtiger Grundstein gelegt. Nunmehr unterzeichneten die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege Melanie Huml und die Bezirksstaatspräsidenten die Kostenerstattungsvereinbarungen für den Aufbau und den Betrieb der Krisendienste Bayern.

Ursprünglich war geplant, die Unterzeichnung am Rande einer Gremiumssitzung des Baye-

ner aktiven Mitwirkung in unterschiedlichen musikalischen Konstellationen begründete und festigte der Preissträger in den folgenden Jahrzehnten den hervorragenden Ruf der Kreis-musikschule Erding. Seit 1976 gehört er dem VBSM als Vorstandsmitglied an, 1989 wurde er zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Reinhard Loechle ist Berater beim Auf- und Ausbau mehrerer Musikschulen in Bayern. Ein besonderes Anliegen ist ihm der Aufbau und die Pflege internationaler Kontakte, um Jugendbegegnungen zu ermöglichen.

[Dank an Loechle](#)

„Reinhard Loechle ist in der Verbandsarbeit immer vielseitig und vielfältig tätig. Er bringt sich ein als Ideengeber, Pionier, Dienstleister und innovativer Geist. 40 Jahre lang steht er dem VBSM mit seinem Wissen, seiner Erfahrung und seinem Engagement zu Verfügung und erweist sich auch nach seiner aktiven Zeit als stets aufgeschlossener, hilfsbereiter Unterstützer und Berater. Lieber Reinhard, du hast mit deinem pflichtbewussten wie freudvollen Wirken das Sing- und Musikschulwesen in Bayern und darüber hinaus in hohem Maße bereichert. Hierfür sprechen wir dir unseren tief empfundenen Dank aus“, unterzeichnet Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des VBSM, in seiner Laudatio. **DK**

rischen Bezirkstags in Regensburg abzuhalten. Aufgrund der Entwicklung der aktuellen Corona-Fallzahlen wurde die Präsenz-sitzung abgesagt und als Videokonferenz durchgeführt.

[Flächendeckung](#)

Ein Kernelement des Hilfe-felds des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (BayPsychKHG), das zum 1. August 2018 in Kraft getreten ist, ist die Errichtung von flächendeckenden psychiatrischen Krisendiensten in ganz Bayern. Über die Finanzierung der Krisendienste bestand von Anfang an Konsens. Der Freistaat Bayern übernimmt die Kosten für die sieben Leitstellen und hat dafür im aktuellen Doppelhaushalt insgesamt über 18 Millionen Euro vorgesehen. Die Bezirke werden die Finanzierung der mobilen Einsatzteams und aller sonstigen Kosten, wie zum Beispiel für den Aufbau von Netzwerken, in mindestens der gleichen Höhe schultern. „Mit den Krisendiensten Bayern erhalten Menschen in psychischen Krisen eine Art ‚Erste Hilfe in seelischen Notlagen‘. Dieses Angebot der Bezirke ist eine wichtige Ergänzung der psychiatrischen Versorgung in Bayern. Deshalb freuen wir uns, dass mit der Unterzeichnung der Kostenerstattungsvereinbarungen nun auch die finanziellen Rahmenbedingungen unter Dach und Fach sind“, so Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags.

Die Ministerin unterstrich: „Der Bayerischen Staatsregierung ist es bereits seit Jahren ein wichtiges Anliegen, psychische

Erkrankungen aus der Tabuzone zu holen und Menschen in psychischen Krisen frühzeitig zu helfen. Mit den Krisendiensten wird die Versorgung für Menschen mit psychischem Hilfebedarf im Freistaat weiter gestärkt und mit der Umsetzung des BayPsychKHG ein wichtiger Beitrag zur weiteren Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen geleistet.“

[Über die Krisendienste Bayern](#)

Dieses niederschwellige Angebot, das im Notfall Hilfesuchenden zur Verfügung steht, gibt es bislang nur in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken. Voraussichtlich Anfang des Jahres 2021 werden die Krisendienste in den anderen fünf Bezirken den Betrieb aufnehmen. Ab dem 1. Juli 2021 sind alle Krisendienste dann täglich rund um die Uhr unter einer einheitlichen Rufnummer erreichbar. Die Anruferinnen und Anrufer werden automatisch an den für sie regional zuständigen Krisendienst weitergeleitet. Das Beratungs- und Hilfeangebot ist in allen Bezirken gleich.

[Netzwerk der medizinischen und psychosozialen Versorgung](#)

Die psychiatrischen Krisendienste bestehen aus jeweils einer Leitstelle, die mit Fachkräften besetzt ist. Dort erhalten Betroffene sowie Angehörige und Bezugspersonen Krisenhilfe. In dringenden Fällen kommen mobile Teams zum Einsatz. Diese Leistung wird von den Fachdiensten der Träger der Freien und Privaten Wohlfahrtspflege erbracht. Ein Netzwerk der medizinischen und psychosozialen Versorgung, zum Beispiel zur Vermittlung an eine psychiatrische Praxis oder an die Akutstation einer psychiatrischen Klinik, ergänzt das Angebot. **□**

## Das sind die „Orte der Demokratie in Bayern“

Das Präsidium des Bayerischen Landtags hat zwölf „Orte der Demokratie in Bayern“ benannt – nach der Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats. So soll sichtbar und erlebbar gemacht werden, wie an diesen Orten die Demokratie in Bayern geprägt wurde.

Damit will das Parlament das Bewusstsein für den Wert der Demokratie schärfen. Regensburg, Nürnberg oder Wohlmuthshüll – so unterschiedlich die Orte sind, haben sie eines gemeinsam: Auf ganz besondere Weise sind sie in die Geschichte der bayerischen Demokratie eingegangen. Doch von manchen ist das nur wenig bekannt – deshalb hat der Bayerische Landtag das Projekt „Orte der Demokratie in Bayern“ ins Leben gerufen.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Die vielleicht größte Gefahr für unsere Demokratie liegt in ihrer vermeintlichen Selbstverständlichkeit. Da setzt das Projekt an: Denn Geschichte wird an Orten konkret fassbar. Deshalb hat das Präsidium des Bayerischen Landtages entschieden, Orte der Demokratie in Bayern sichtbar und insbesondere jungen Menschen zugänglich zu machen. Unsere Gedenkstätten leisten überaus wertvolle Erinnerungsarbeit – wir wollen sie ergänzen um Feierstunden für die Demokratie: vor Ort. Diese Schauplätze der Demokratie haben Aufmerksamkeit verdient.“

[Diese Orte wurden ausgewählt:](#)

- München, Maximilianeum: Seit 1949 Sitz des bayerischen Parlaments.
- Memmingen, Haus der Kramerzunft (1525): Bauernvertreter fordern ihre Rechte ein
- Regensburg, Altes Rathaus (1594/ 1663 – 1806): Sitz des Immerwährenden Reichstags, der Ständevertretung im Heiligen Römischen Reich
- Gaibach (1828/ 1832): Verfassungssäule und Gaibacher Fest
- München, Prannerstraße 8 (1818 – 1934): Sitz des Bayerischen Landtags von 1918 bis 1933/34
- Nürnberg, Saalbau des Industrie- und Kulturvereins (1919): Gründungsort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds
- Bamberg, Spiegelsaal der Harmonie (1919): Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung des Freistaats Bayern
- Vilshofen an der Donau (1919): „Geburtsort“ des politischen Aschermittwochs
- Wohlmuthshüll (1945): Erste freie Wahlen nach dem Ende der NS-Herrschaft
- München, Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität (1946): Tagungsort der „Verfassungsgebenden Landesversammlung“
- Herrenchiemsee, Altes Schloss (1948): Verfassungskonvent
- Passau (1952): Europäische Wochen der Europa-Union
- Ermershausen (1978): Protest gegen die Eingemeindung **□**

## Genossenschaften sind ...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Pandemie einsetzen können.

Die Krise hat deutlich gezeigt, dass viele regulatorische Anforderungen nicht mittelstandsfreundlich sind. Nicht umsonst waren der Gesetzgeber und die Aufsichtsbehörden monatelang damit beschäftigt, entsprechende Nachjustierungen vorzunehmen. Hier gilt es nachzuarbeiten, denn die Regulatorik muss krisenfest sein.

**GZ: Was brauchen jetzt regionale Finanzinstitute, um der gebotenen Wirtschaft adäquat zur Seite zu stehen?**

**Gros:** Bereits im Frühjahr haben wir einen runden Tisch mit Vertretern aus Politik, Aufsicht, Realwirtschaft und Banken angeregt, um die Bankenregulierung einem Fitness-Check zu unterziehen. Denn die Regulatorik muss überprüft werden. Unser Eindruck ist, dass Politik und Aufseher dies verstanden haben. Mittlerweile ist auch einiges in Gang gekommen, die Stoßrichtung passt, aber an den Feinheiten gilt es noch zu arbeiten. Manches ist mehr Schein als Sein. Dazu zählt das vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Risikoreduzierungsrecht, das als große Erleichterungsmaßnahme auch für regionale Banken gepriesen wird. Bei genauerem Hinsehen kommen einem hier allerdings erhebliche Zweifel. Strengere Regeln bei der Kapitalisierung von Banken sind aus meiner Sicht nationales Goldplating.

**GZ: Was ist damit gemeint?**  
**Gros:** Goldplating ist die Verschärfung von EU-Richtlinien durch den nationalen Gesetzgeber. Im konkreten Fall geht es darum, dass der nationale Gesetzgeber Eigenkapitalbestandteile nicht anerkennen möchte, die der europäische Gesetzgeber überhaupt nicht in Frage stellt hat.

**GZ: Eine Pleitewelle konnte vorerst vermieden werden, allerdings geht vielen langsam die Puste aus – siehe Veranstaltungsbereich. Wie wird sich eine Insolvenzwelle auf die Volksbanken und Raiffeisenbanken auswirken? Bei steigenden Kosten und einem sinkenden Zinsüberschuss wird auch das Betriebsergebnis zurück-**

**gehen. Gibt es einen Plan, wie mögliche Kreditausfälle aufgefangen werden können?**

**Gros:** Fakt ist, dass die Banken ihre Kreditportfolien intensiv überwachen, es bislang keine Anzeichen für eine Pleitewelle und damit auch keine Anhaltspunkte für Kreditausfälle bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken gibt. Deshalb bin ich sehr verärgert über Studien, die eine Pleitewelle für Regionalbanken prognostizieren. Das ist aus der Luft gegriffen und hat keine Basis. Dies bestätigt uns im Übrigen auch die Bankenaufsicht. In Summe sind die mittelständischen Kunden der genossenschaftlichen Bankengruppe bislang sehr gut durch die Krise gekommen. Insofern gehen wir davon aus, dass die Wertberichtigungen auf Kredite dieses Jahr keine nennenswerte Rolle spielen werden.

### Herausforderung für 2021

Die Herausforderung für 2021 wird gleichwohl sein, dass die Unternehmensbilanzen flächendeckend schlechter ausfallen. Möglicherweise werden sich dadurch für einige Branchen die Ratingeinstufungen verschlechtern – mit allen Konsequenzen auch für die Eigenkapitalunterlegung bei den Banken.

**GZ: Wie wichtig ist in Krisenzeiten das Wertpapiergeschäft? Mein Eindruck ist, dass es nach einem großen Knick relativ stabil weiter aufwärts geht. Ist das nicht eigenartig zu einem Zeitpunkt, da die Realwirtschaft gerade ins Straucheln kommt?**

**Gros:** Seit Corona verzeichnen die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine äußerst hohe Nachfrage nach Beratung zum Thema Wertpapieranlage. Dass sich die Bürger weitaus mehr als in früheren Jahrzehnten mit der Frage nach Alternativen zum Sparkonto beschäftigen, ist sehr lobenswert. Dazu zählt auch das heuer sehr stabile Wertpapiergeschäft – auf mittlere Sicht die ertragsreichere Anlagevariante, wie sich allmählich herumspricht. Dieser möglicherweise durch Corona beförderte Bewusstseinswandel trägt der Tatsache Rechnung, dass die Menschen das

Niedrigzinsumfeld wahrnehmen und sich folglich über eine individuell sinnvolle Geldanlage informieren und letztlich auch investieren. Das spricht für eine positive Erwartungshaltung, was die weitere wirtschaftliche Entwicklung angeht.

Im Übrigen kann von einer breiten Wirtschaftskrise keine Rede sein. Die Corona-Krise verläuft sehr asymmetrisch auch innerhalb einzelner Branchen. Während beispielsweise die Gesundheits-, IT- und Chemiebranche durchaus zu den Corona-Profitoren zählen, sind unter anderem Teile der Lebensmittelbranche erheblich betroffen – allerdings sehr unterschiedlich. Beispiel Milchsektor: Wer den Einzelhandel beliefert, hat den starken Umsatzmonat. Wer auf den Export oder Großmärkte spezialisiert war, hatte im Frühjahr ein schweres Dasein. Der Exporteinbruch nach China zeigt volle Wirkung. Gleiches galt für Italien, das als Absatzmarkt für Bayern traditionell von besonderer Bedeutung ist. Ein Drit-

## Kraftvolles Signal für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Für die Straßenausbaupauschalen mit denen der Staat die Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unterstützt, stehen 2021 insgesamt 135 Mio. Euro zur Verfügung, also einmalig 50 Mio. Euro zusätzlich gegenüber dem laufenden Jahr. Das ist deutlich mehr, als die Kommunen in der Vergangenheit an Straßenausbaubeiträgen eingenommen haben und stärkt die Investitionsfähigkeit der Gemeinden weiter. Insgesamt stehen für den kommunalen Straßenbau- und unterhalt im Jahr 2021 innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs über 750 Mio. Euro bereit.

### Härtefallförderung

Die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, mit denen besonders strukturschwache oder in eine finanzielle Notlage geratene Kommunen zielgenau unterstützt werden, werden 2021 wieder 120 Mio. Euro betragen. Davon werden 10 Mio. Euro für einen pauschalen Ausgleich von Mindereinnahmen aus Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen verwendet.

Die Zuweisungen für die Bezirke steigen um 15 Mio. Euro auf 706 Mio. Euro. Damit wird die Finanzausstattung der Bezirke weiter gestärkt.

Fortgesetzt wird die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen. Im kommenden Jahr steigt der Ansatz um 20 Mio. Euro auf 90 Mio. Euro. Diese Förderung kommt vor allem kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute.

Bereits 2020 hat der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes mit Landesmitteln auf insgesamt über 4 Mio. Euro verdoppelt. Eine wesentliche Maßnahme ist der pauschale Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen, durch den die bayerischen Gemeinden insgesamt rund 2,4 Mio. Euro erhalten, über 1,3 Mio. Euro davon trägt allein der Freistaat. Hinzu kommen weitere Unterstützungsleistungen für die Kommunen, z.B. rund 255 Mio. Euro aus dem Rettungsschirm für Bus und Schiene.

Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags und diesjähriger Gesprächsführer der kommunalen Spitzenverbände begrüßt, „dass das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs im Wesentlichen stabil bleibt und der Freistaat Bayern den Kommunen

tel der gesamten bayerischen Exportmenge an Milchprodukten fließt normalerweise dorthin. Und auch ein wesentlicher Absatzkanal war verstopft. Denn in den Großmärkten fehlten aufgrund der Schließungen Hotellerie und Gastronomie als Abnehmer.“

### Umsteigen auf digital veränderte Prozesse

**GZ: Thema Digitalisierung: Verschiebt sich die persönliche Beratung ans Telefon/ins Internet? Wie wichtig ist noch der persönliche Kontakt zum Bankberater? Wie bereit ist die Kundschaft umzusteigen auf digital veränderte Prozesse, wie zum Beispiel kontaktloses Zahlen?**

**Gros:** Klar ist: Der Omnikanal-Vertrieb muss weiterhin gestärkt werden. Für die Kunden müssen die Banken auf allen Kanälen erreichbar sein. Corona hat die Digitalisierung in den Banken nochmals ein Stück befördert. Wir haben diverse Offensiven gestartet, sowohl was die digitale Nutzung und Erreichbarkeit der Bank als auch was das digitale Bezahlen an-

belangt. Deswegen war es auch hilfreich, dass für das kontaktlose Zahlen die Zahlengrenze auf 50 Euro erhöht wurde.

**GZ: Ist das jetzt das Ende des Bargelds?**

**Gros:** Das glaube ich nicht. Während der Pandemie mag sich der eine oder andere wohler fühlen, wenn er kein Bargeld in die Hand nehmen muss. Hinzu kommt, dass digitales Bezahlen für Unternehmen vielleicht sogar die günstigere Variante darstellt, weil sie weniger Geld zur Bank bringen und weniger Münzen erhalten müssen. Ungeachtet dessen bleibt Bargeld ein Stück Freiheit und wird Bestand haben.

**GZ: Wie hat sich das Kundenverhalten entwickelt? Nutzen sie verstärkt die digitalen Kanäle?**

**Gros:** Insgesamt hat der Kunde gelernt, dass er bestimmte Serviceleistungen auch selbst digital abwickeln kann. Gleichwohl bleibt der Wunsch nach persönlicher und intensiver Beratung erhalten, vor allem wenn es um komplexere Sachverhalte geht. Das betrifft sowohl Fragen von Finanzierungen und Geldanlagen, aber auch den Abschluss von Versicherungen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind starke Beratungsbanken. Ihre Erreichbarkeit ist genauso gegeben wie früher, als man noch für sämtliche Geschäfte persönlich in der Filiale erscheinen musste. Das ist und bleibt unser Anspruch.

**GZ: Stichwort Klima und Nachhaltigkeit: Das Thema ist gerade wohl etwas nachrangig, betrachtet man zum Beispiel die Heizpilz-Diskussion. Energiegenossenschaften sind oftmals das Ergebnis, wenn eine Gemeinschaft im Sinne des Klimaschutzes handeln will. Wie ist es um die Entwicklung der Energiegenossenschaften bestellt?**

**Gros:** Da muss ich Ihnen widersprechen. Das Thema Nachhaltigkeit ist für alle Mitglieds-genossenschaften aktuell so präsent wie noch nie. Wir spüren das insbesondere auch im Bankenkernbereich. Dort setzt die Regulatorik sehr intensiv ein – Stichwort Green Finance.

Darüber hinaus wurde in diesem Jahr bereits die dritte EEG-Novelle vorgelegt. Für die Energiegenossenschaften ist es ein enormer Aufwand, sich ständig den neuesten Entwicklungen anpassen zu müssen. Fakt ist, dass kleinere genossenschaftliche Netzversorger von der Bundesnetzagentur zunehmend mit immensen regulatorischen Dokumentationsaufträgen belastet werden. All das erschwert die regionale Energieversorgung. Gleichwohl erhöht die Umweltdiskussion in ihrer ganzen Bandbreite – siehe Versorgungssicherheit, regenerative Energien, Elektromobilität, CO<sub>2</sub>-Reduktion usw. – den Druck auf die Politik, auch die Rahmenbedingungen für regionale Energie so zu gestalten, dass sie erfolgreich zum Einsatz kommen kann.

**GZ: Die Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sind neben den Volksbanken und Raiffeisenbanken die zweite stabile Säule. Wie steht es um deren Entwicklung?**

**Gros:** Genossenschaften sind in über 35 Branchen tief in der bayerischen Wirtschaft verwurzelt. Die Entwicklung lässt sich noch nicht exakt abschätzen, der Verlauf ist aber wohl eher heterogen. Es gibt Genossenschaften in der Hotellerie, in der Gastronomie oder im Kulturbereich (z.B. Kinos, Theater), die von langen Schließzeiten betroffen waren und sind. Dagegen boomen Genossenschaften im Bereich IT und in einigen Bereichen der freien Berufe (Steuerberatung), weil es hier eine extrem hohe Nachfrage gab. Gleiches gilt für das Handwerk: Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Insgesamt

sind die Genossenschaften aus meiner Sicht gut durch das Jahr gekommen. Abgerechnet wird freilich immer am Ende. Und wie schnell sich die Lage ändern kann, erleben wir in diesen Novembertagen.

**GZ: Unsere Leser sind die kommunalen Entscheider in Bayern. Wie stellen Sie sich in Bezug auf Kommunen auf, welche Hauptthemen sehen Sie und wie können die Volksbanken und Raiffeisenbanken die Kommunen begleiten?**

**Gros:** Wichtig ist zunächst ein gegenseitiges Verständnis für die jeweilige Situation des anderen. In den vergangenen Jahren ist hier viel gewachsen, beispielsweise wenn ich an die Konsolidierung der Filialstrukturen von Genossenschaftsbanken denke. Dabei geht es nicht darum, sich aus der Fläche zurückzuziehen, sondern sich so aufzustellen, dass auch künftig ein Beitrag für die Region geleistet werden kann, der mitunter sehr monetäre Ausprägungen hat.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern zahlen jedes Jahr weit über 400 Mio. Euro Steuern, damit sind sie als Gruppe einer der größten Steuerzahler. Allein im Bankenbereich sichern die genossenschaftlichen Institute rund 30.000 Arbeitsplätze, über die gesamte genossenschaftliche Gruppe sind es fast 50.000 Arbeitsplätze im Freistaat. Auch das ist ein wesentlicher Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Die Kreditgenossenschaften sind die Banken der Region und wollen das auch in Zukunft bleiben. Dies ist ein klares Element ihrer Geschäftsausrichtung.

Luft nach oben sehe ich zum Beispiel beim Thema Energie. Der Mehrwert regionaler Energieerzeuger sollte hier noch deutlich besser kommuniziert werden. Windräder beispielsweise können eine Gemeinde als wichtiger Gewerbesteuerzahler durchaus finanziell bereichern. Auch könnten Kommunen und Energiegenossenschaften die Landespolitik dafür sensibilisieren, dass es weiterhin möglich sein muss, Photovoltaik-Dachanlagen zu errichten und dass gleichzeitig für die Betreiber sinnvolle politische Rahmenbedingungen gesetzt werden.

### Der Geist der modernen Gesellschaft

**GZ: „Der Geist der freien Genossenschaft ist der Geist der modernen Gesellschaft“, stellte Hermann Schulze-Delitzsch vor 150 Jahren fest. Passt der genossenschaftliche Solidargemeinschaftsgedanke noch in unsere Zeit? Ist die Idee von Selbstverantwortung, Selbsthilfe und Selbstverwaltung zukunftsfähig und wagen Sie eine Prognose auf die nächsten 150 Jahre?**

**Gros:** Selbstverantwortung und Selbsthilfe sind konstituierende Momente der Sozialen Marktwirtschaft. Insofern ist dieses Zitat aus dem 19. Jahrhundert nach wie vor gültig. Das zeigt auch die Tatsache, dass sich Genossenschaften immer wieder erfinden und gründen – heuer sind es bislang 15. Einige sind noch im Entstehen, das geht vom Gesundheits- und Palliativbereich über den Dienstleistungs- bis hin zum Energiebereich. Eine bunte Mischung also.

Regional löst global ab. Das ist die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung. Genossenschaft ist letztlich die Übersetzung von regional. Schauen Sie sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken an: Sie sind einer der wichtigsten Stützpfiler der regionalen Wirtschaft. Wie wichtig es ist, dass es Banken gibt, die aktiv auf ihre Kunden zugehen und sie begleiten, zeigt sich doch in der Corona-Krise.

**GZ: Herr Dr. Gros, herzlichen Dank für das Gespräch! DK**

## Gesichter der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tenrahmen der Neuen-Pinakothek-Sanierung in der Landeshauptstadt: Statt 80 Mio. Euro werden nun 263 Mio. veranschlagt. Auch hier haben sich die Bauherren bei Kosten und Zeitplan verschätzt.

### Teurer Tunnel

Im oberbayerischen Erding sollen die städtischen Mitarbeiter vom historischen Rathaus zum Verwaltungsgebäude auf der anderen Straßenseite künftig nicht mehr einfach über die Straße, sondern durch einen Tunnel gehen. Kostenpunkt: 1,1 Mio. Euro. Schließlich ist nach Mitteilung des Oberbürgermeisters „das Büro des Personalrates künftig im Verwaltungsneubau untergebracht. Allein aufgrund dieser Umstände ist ein erheblicher Personalverkehr zwischen den beiden Gebäuden zu erwarten.“ Für den Bund der Steuerzahler ist der Tunnelbau jedenfalls eines: „unterirdisch“.

Mit der Veröffentlichung von Verschwendungsfällen will der Steuerzahlerbund auch auf Fälle aufmerksam machen, bei denen ein Eingreifen noch möglich ist. So wird zum Beispiel dem Freistaat empfohlen, sein großes Vorhaben „Behördenverlagerung“ nochmals unter Kostengesichtspunkten zu überprüfen, da Umzugskosten in dreistelliger

Millionenhöhe zu erwarten sind.

Gerügt wird auch eine geplante Werbekampagne aus dem Landwirtschaftsministerium für die bayerischen Bauern. Als „vertrauensbildende Maßnahme“ nach den Verwerfungen um das Artenschutz-Volksbegehren hatte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber eine fünf Mio. Euro teure Image-Kampagne im vergangenen Herbst angekündigt. Geplant ist unter anderem ein Schaubauernhof in München, allerdings funkte Corona dazwischen. Der Steuerzahlerbund urteilt: Selbst nach der Pandemie stelle sich die Frage, ob den bayerischen Steuerzahlern eine Image-Kampagne so viel Geld wert ist.

### „Es ist ja nicht mein Geld“

Jährlich verschwendeten Bund, Länder und Kommunen öffentliche Mittel in einer Größenordnung von etwa 25 Milliarden Euro, erläuterte Maria Ritch. Fahrlässigkeit, kleinkariertes Denken, regionaler Egoismus und eine „Es-ist-ja-nicht-mein-Geld-Mentalität“ führten zur Verschwendung von Steuergeldern. Damit Politik und Verwaltung sorgsamer mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, müsse Steuergeldverschwendung künftig ebenso bestraft werden wie Steuerhinterziehung, forderte die Vizepräsidentin. **DK**

## Verwaltungsleistungen:

# Digitale Abwicklung wird zum neuen Service-Standard

## 4. AKDB Kommunalforum Digital 2020

Das 4. AKDB Kommunalforum Digital bot mit Video-Chats, Frageunden und Live-Sessions zahlreiche Möglichkeiten zu Interaktion und persönlichem Gespräch. 50 Top-Referenten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft, 25 digitale Messestände und 20 Partner machten die Veranstaltung zu einem großen – diesmal virtuellen – Treffen für die kommunale Familie, für Mitarbeiter und Entscheider aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken, Ministerien und Behörden in und außerhalb Bayerns gleichermaßen.

Mit 1.300 Vertretern aus Kommunen, Verbänden, Ministerien und Bundesbehörden hat sich das AKDB Kommunalforum auch in seiner virtuellen Ausgabe als etablierter Branchentreff erwiesen, auf dem man sich zu neuesten IT-Lösungen und zukunftsweisenden Trends informieren und austauschen kann. Die Veranstaltung konnte eine Reihe hochkarätiger Referenten und Diskussionssteinehmer für sich gewinnen. Aktive Vertreter der Kommunen waren unter anderem Regens-

burgs Landrätin Tanja Schweiger, Wunsiedels Landrat Peter Berek, der IT-Referent der Landeshauptstadt München Thomas Bönig und der Bürgermeister der Gemeinde Schwangau Stefan Rinke.

### Spürbare Entlastungen

Eine Kernbotschaft des Forums: Die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen wird zum neuen Service-Standard. Nicht nur weil OZG und Auswirkungen der Pandemie dies erforderlich ma-

chen, sondern weil bereits heute täglich tausende Online-Transaktionen zeigen, welche spürbaren Entlastungen für Bürger, Unternehmen und Verwaltungsangestellte dies mit sich bringt.

Wichtige Themen der Veranstaltung waren, neben der aktuellen Frage, wie Covid-19 die Verwaltungsarbeit verändert, zum Beispiel der Einsatz Künstlicher Intelligenz in Kommunen, die unterschiedlichen Digitalisierungsstrategien sowie die Datenschutz- und Datensicherheitslage in Deutschland. „Der digitale Weg zum Amt muss künftig genauso schnell und genauso sicher sein wie das Online-Shopping“, sagte etwa Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach in ihrem Videogrüßwort: „Die Digitalisierung macht nicht halt vor Rathäusern und Behörden“. Gerlach bedankte sich bei der AKDB, dass sie auch in Coronazeiten dieses „kommunale Familientreffen“ möglich gemacht habe.

Schon in der Begrüßung betonte AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer, die Corona-Pandemie erhöhe Akzeptanz und Notwendigkeit einer digitalen Verwaltung und verleihe ihr einen kräftigen Schub. „Die digitale Verwaltung wird zur neuen unverzichtbaren Normalität“, sagte Schleyer. Stark gestiegene Nutzungszahlen belegten dies eindrucksvoll. Von September 2019 bis August 2020 erfolgten etwa 2,4 Millionen Vorgänge in den Bürgerservice-Portalen der AKDB, fast das Dop-

pelte als im Vorjahreszeitraum. Außerdem hat der Freistaat die Nutzung internetbasierter Kfz-Dienste erheblich erleichtert, auch hier sind große Zuwachsraten zu verzeichnen.

„Investitionen dürfen nicht erst in Krisenzeiten erfolgen“, warnte Schleyer. Kommunale IT-Dienstleister hätten in den letzten Jahren gemeinsam mit den Kommunen bereits Ansätze und Lösungen zur Verfügung gestellt: „Diese Angebote gilt es nun, mit Hilfe des Konjunkturpakets pragmatisch und zügig in die Fläche zu bringen und sukzessive zu erweitern“, so Schleyer. Im Rahmen der OZG-Umsetzung müssen Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 online anbieten.

AKDB und Freistaat Bayern sind schon sehr weit: 2020 werden bereits 83 Prozent der wichtigsten kommunalen Verwaltungsdienstleistungen angeboten („TOP-Liste“), 2021 werden es dann 96 Prozent sein.

### Maßgeschneiderte Online-Dienste

Die AKDB unterstützt Kommunen: Passend zum Förderprogramm „Digitales Rathaus“ – bis zu 90 Prozent der Ausgaben sind förderfähig – bietet sie maßgeschneiderte Online-Dienste und Formular-Pakete an. Im Rahmen dieses Programms lassen sich bayerische Kommunen schon über 1.400 AKDB-Online-Dienste vom Freistaat Bayern fördern (Stand September 2020).

Der Bundes-CIO, Staatssekretär Dr. Markus Richter, bezeichnete Bayern als „Motor der Digitalisierung“ und führte das von der AKDB entwickelte Nutzerkonto Bund als gelungenes Beispiel

für eine systematische Digitalisierung an: „Dieses Nutzerkonto ist ein wesentliches Ankerangebot, über das Menschen Leistungen und Bescheide rechtssicher empfangen können.“ Auf Bundesebene können mit dem Nutzerkonto Bund Verwaltungsleistungen wie die Corona-Überbrückungshilfen oder das Elterngeld Digital in Anspruch genommen werden.

Einen eindringlichen Appell an die Teilnehmer richtete BSI-Präsident Arne Schönbohm in seinem Vortrag über die zentrale Bedeutung der IT-Sicherheit: „Die Informationssicherheit ist Grundvoraussetzung für die Digitalisierung.“ Die Anzahl der Cyberattacken hätte sich seit Beginn der Coronazeit um 15 Prozent erhöht.

„Wenn Sie bestimmte Schwachstellen bei sich nicht geschlossen haben, gehen Sie davon aus, dass Sie angegriffen werden!“, so Schönbohm. Gleichzeitig warb er bei den Kommunen dafür, Mitglied in der Allianz für Cybersicherheit zu werden.

### Für digitale Bildungsoffensive

Die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken forderte in ihrem Beitrag eine digitale Bildungsoffensive, wobei sich nicht jede Softwarelösung für Verwaltungen und Schulen eigne. Jetzt sei die richtige Zeit für nachhaltige Investitionen in den digitalen Wandel: „Nur das garantiert die Handlungsfähigkeit von Verwaltung und Unternehmen.“

Eine zentrale Säule des Onlinezugangsgesetzes ist die Nutzbarkeit von OZG-Diensten über Ländergrenzen hinweg. Hierzu präsentierte Dr. Philipp Richter vom Innenministerium Brandenburg gemeinsam mit Michael Diepold von der AKDB-Stabsstelle

Digitalisierung die Umsetzung des elektronischen Aufenthaltstitels. Dies ist ein für weitere Bundesländer richtungsweisendes Pilotprojekt, das Brandenburg und AKDB vorantreiben und das dem Prinzip „Einer für Alle“ folgt.

### Online-Umfrage

Professor Gerhard Hammer Schmid von der Hertie School of Governance und Carsten Köppl von Next:Public stellten erste Ergebnisse der großangelegten Online-Umfrage „Verwaltung in Krisenzeiten“ unter Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern vor. Danach schneidet Bayern bei der Beurteilung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung durch die befragten Bürger im Bundesländervergleich am besten ab. Zudem haben 18 Prozent der Bürger in den vergangenen Monaten stärker als zuvor auf Online-Dienste der Verwaltung zurückgegriffen, und deutlich über 40 Prozent wünschen sich einen digitalen Zugangsweg zur Verwaltung, und zwar über Online-Portale. Diese Erwartungshaltung der Bürger zeigt, dass sich Digitalisierungsmaßnahmen durchaus lohnen.

In der erhöhten Bereitschaft für die Digitalisierung von Infrastruktur und Verwaltung sieht Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Chancen in der Krise. Eine Registermodernisierung, der Ausbau von Breitband und eine durchgehende Digitalisierung an den Schulen seien richtige Schritte zu einem digitalisierten Staat, so Dr. Landsberg.

Noch bis 31.12.2020 stehen registrierten Teilnehmern die meisten Veranstaltungsinhalte unter [www.akdb.de/kommunalforum](http://www.akdb.de/kommunalforum) zur Verfügung. □



V.l.: Dr. Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning, und Michael Schneider, Breitbandbeauftragter der Energie Südbayern bei der Vertragsunterzeichnung. Bild: Gemeinde Ismaning

### Ismaning:

## Startschuss für Breitbandausbau

Dr. Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning, und Michael Schneider, Breitbandbeauftragter der Energie Südbayern, unterzeichneten den Vertrag für den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes im Gemeindegebiet Ismaning. Mit dem Ausbau werden im Gemeindegebiet insgesamt 126 Glasfaseranschlüsse bis zum Grundstück errichtet. Somit können 330 Haushalte mit schnellem Internet bis ins Haus versorgt werden.

Energie Südbayern hat bereits das Neubaugebiet Fischerhäuser mit Glasfaseranschlüssen versorgt. Für den aktuellen Ausbau übernimmt Energie Südbayern die Errichtung der Glasfaser-Infrastruktur. Über den Telekommunikationsanbieter M-net werden die Dienste für leistungsfähige Endprodukte für Haushalts- und Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt: Vom Internetfernsehen und Streaming über Online-Gaming bis hin zu Arbeiten in der Cloud und im Home-Office.

### Beste Technologie

„Digitalisierung geht nur mit Breitband. Umso wichtiger ist es, dass wir hier auf die Kompetenz und Zuverlässigkeit der beiden regionalen Anbieter Energie Südbayern und M-net setzen können. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Projektes werden über 330 Haushalte bestens versorgt sein“, freut sich Bürgermeister Dr. Alexander Greulich bei der Vertragsunterzeichnung im Rathaus. Michael Schneider ist überzeugt: „Wir freuen uns als Energie Südbayern gemeinsam mit unserem langjährigen Partner M-net eine leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur in Ismaning aufzubauen. Eine Lösung, mit der wir unseren Kunden heute und in der Zukunft die ganze Palette digitaler Anwendungen bereitstellen können!“ Energie

Südbayern und M-net investieren insgesamt rund zwei Millionen Euro in das Projekt.

Durch die Breitbandförderung des Freistaats Bayern kann ein leistungsfähiger Breitbandausbau auch in der Gemeinde Ismaning vorangebracht werden. Für den Ausbau des gigabitfähigen Breitbandnetzes stellt der Freistaat Bayern Fördermittel in Höhe von 1.020.000 Euro zur Verfügung. Der kommunale Eigenanteil liegt bei 475.770 Euro. Mit dem Ausbau wird die Breitbandinfrastruktur für die Anforderungen einer Gigabit-Gesellschaft umgesetzt, damit Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen die digitalen Möglichkeiten der Zukunft optimal nutzen können.

Im Zuge des Projektes sind Tiefbauarbeiten auf einer Länge von über 15 Kilometern notwendig, dabei werden über 18 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. Mit dem Abschluss der Baumaßnahmen und der Inbetriebnahme des Netzes wird voraussichtlich im Frühjahr 2022 gerechnet.

„Mit dem Ja zur Glasfaser hat sich die Gemeinde Ismaning für die beste Technologie entschieden, die es auf dem Markt gibt“, so Dr. Oliver Baumann, Abteilungsleiter Expansion der M-net. „Die übertragbaren Datenraten von Glasfaser sind theoretisch nahezu unbegrenzt – das macht die Infrastruktur auch langfristig absolut zukunftssicher.“ □

»Also, ich sehe Hilfe in schwierigen Zeiten.«

Und was sehen Sie? Kommunen, die sich bei Personalmangel und Überlastung Hilfe bei der AKDB holen, sehen plötzlich Lösungen statt Probleme.

### z.B. AKDB Servicecenter

Eine plötzliche Kündigung, ein Krankheitsfall, ein Mutterschaftsurlaub, eine unvorhergesehene Krise. Schnell steht man als Kommune vor einem Personalengpass. Vom Fachkräftemangel ganz zu schweigen. Mit den Servicecentern der AKDB bekommen Sie Hilfe. Schnell und unkompliziert. Im Finanzwesen, Bauamt und Personalwesen.

Möglichkeiten überall

AKDB

# M-net bringt Highspeed-Internet nach Oberstdorf

Gemeinsamer Ausbau mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO)

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net errichtet gemeinsam mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO) ein Glasfasernetz in Oberstdorf und versorgt den Markt künftig mit Highspeed-Internet und weiteren Kommunikationsdiensten. Einen entsprechenden Vertrag haben die Anbieter nun mit der Marktverwaltung geschlossen.

Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis in die Wohnungen und Büros profitieren Bewohner und ansässige Unternehmen künftig von Bandbreiten von zunächst bis zu 300 Mbit/s. Der Ausbau wird mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms unterstützt.

## Zeitgleiche Umsetzung

Der Startschuss für den zweiten Glasfaserausbau in Oberstdorf ist gefallen. 40 private und gewerbliche Haushalte werden mit einer zukunftssicheren Glasfaserleitung bis in die Wohnung bzw. bis ins Büro erschlossen. Bereits im Juli 2020 wurde der Ausbau von 218 Privathaushalten und 46 Gewerbeeinheiten beschlossen, nun erfolgte der zweite Schritt. Beide Projekte werden zeitgleich umgesetzt.

Bei dem sogenannten FTTH-

Ausbau (Fiber to the Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 300 Megabit pro Sekunde und künftig noch deutlich höhere Bandbreiten bereitgestellt werden. „Für Oberstdorf ist das ein großer Schritt in die Zukunft. Mit der modernen Übertragungstechnologie sichern wir nicht nur die hohe Lebensqualität in unserer Gemeinde, sondern machen uns auch für Unternehmen und Selbstständige attraktiv“, sagt Bürgermeister Klaus King.

Das neue Glasfasernetz baut M-net gemeinsam mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO), wobei der Breitbandausbau zusätzlich mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms un-

terstützt wird. Bislang war in Oberstdorf durch M-net nur ein kleiner Teil des Marktes von rund 80 Haushalten mit Glasfaser bis zum lokalen Kabelzweig erschlossen.

## Für die Zukunft wappnen

„Glasfaser ist die Zukunft. Mit dem Ausbau der Infrastruktur in Oberstdorf können wir die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wie auch die Unternehmen vor Ort für die digitale Zukunft wappnen“, erklärt Michael Lucke, Geschäftsführer Allgäuer Überlandwerk GmbH. „Denn die Glasfasertechnik ist die einzige Übertragungstechnologie auf dem Markt, die auch langfristig die steigenden Anforderungen der Digitalisierung erfüllen kann. In Zeiten von Home-Schooling und Home-Office hat sich gezeigt, wie wichtig eine stabile und schnelle Internetverbindung ist.“ Hans-Peter Hagenauer, Werkleiter der EVO ergänzt: „Als lokalem Anbieter vor Ort liegt uns das Wohl und die Zukunftssicherheit des Marktes natürlich besonders am Herzen. Umso mehr freuen wir uns,

dass wir mit dem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz dazu beitragen können, den Standort Oberstdorf als Wohnort und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken.“

Rasante Up- und Downloads, Surfen ohne Wartezeiten beim Seitenaufbau oder unterbrechungsfreies Videostreaming sind nur einige der vielen Vorteile, die ein leistungsfähiger Internetanschluss mit sich bringt. „Glasfaseranschlüsse bieten hohe und stabile Bandbreiten und sind besonders für datenintensive Anwendungen geeignet. Dazu zählen auch Online-Gaming, das Speichern und Abrufen von Daten in einer Cloud oder die Nutzung des Anschlusses fürs Home-Office“, erklärt M-net Regionalmanagerin Melanie Hundt.

## Klare Vorzüge

Auch über den Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorzüge gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Übertragung von Licht deutlich energieeffizienter als die elektronische Datenübermittlung: Die CO2-Bilanz von FTTH ist um etwa 90 Prozent besser als bei der Datenübermittlung mit Vectoring-Technologien über die Verteilernetze im gewöhnlichen Kupfernetz. Im Gegensatz zu Kupferleitungen ist das Glasfaser-Netz zudem unempfindlich für äußere Störeinflüsse und ein Vielfaches zuverlässiger und sicherer.

Über das Glasfaser-Netz von M-net können Kunden neben schnellem Internet und günstigen Telefondiensten mit M-net TVplus auch einen vollwertigen TV-Anschluss mit über 100 Sendern und vielen Extra-Funktionen bestellen: Die intelligente Fernsehlösung TVplus bietet neben zeitversetztem Fernsehen und dem Aufzeichnen von Sendungen auch die Möglichkeit, Programme gleichzeitig auf dem Fernsehgerät, Handy und Tablet anzuschauen.

dem erfolgreichen Konzept von deinNachbar e.V. auch andere soziale und gewerbliche Versorger des ambulanten Bereichs integriert.

Das bestehende digitale Helferportal soll gemeinsam mit interessierten Kommunen zu einer Quartiersplattform weiterentwickelt werden. Die Hilfebedarfe werden von den Koordinationsstellen zentral erfasst. Über Matchingfunktionen werden die Profile der angeschlossenen Organisationen mit dem Bedarf abgeglichen, so dass die Kapazitätsabfrage digital per App oder Webanbindung nur an die Versorger gestellt wird, auf die das Profil passt.

## Hochwertige Versorgung

Die Auswahl des Dienstleisters wird von den Hilfebedürftigen getroffen und daraufhin ein Auftrag über die Plattform generiert. „Wir müssen nicht nur für eine weitere mögliche Pandemie vorbereitet sein, sondern auch auf die durch den demografischen Wandel auf uns zukommende prekäre Versorgungssituation hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“, sagt Thomas Oeben, Logistikexperte und Vorsitzender von deinNachbar e.V. Um das zu erreichen, sei eine enge Zusammenarbeit aller Dienstleister, die Angebote zur Versorgung im häuslichen Bereich in der Region anbieten, notwendig.

Durch das Portal kann die Versorgung durch einen Mix an professionellen Diensten und Ehrenamtlichen schnell und qualitativ hochwertig sichergestellt werden. In Krisenzeiten ist das Portal um nichtgebundene Freiwillige erweiterbar.



Staatsministerin Judith Gerlach mit Landrat Josef Niedermaier bei der Präsentation der Ergebnisse des gemeinsamen Pilotprojekts.

Bild: StM

## „Digitaler Werkzeugkasten“:

# Landkreise bauen Online-Verwaltung weiter aus

Vom Antrag auf einen Jagdschein bis zur Corona-Registrierung für Reiserückkehrer – mit Hilfe eines neuen „digitalen Werkzeugkastens“ haben sieben bayerische Landkreise in den letzten Monaten zahlreiche Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach und der Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags und Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Josef Niedermaier, zogen in Bad Tölz eine positive Bilanz dieses Pilotprojekts.

In den teilnehmenden Landkreisen Aschaffenburg (Unterfranken), Bad Tölz-Wolfratshausen (Oberbayern), Cham (Oberpfalz), Fürth (Mittelfranken), Kulmbach (Oberfranken), Neu-Ulm (Schwaben) und Passau (Niederbayern) stehen jetzt über 120 bisherige Papierformulare zur Online-Eingabe zur Verfügung.

## Digitalisierung schnell und aktiv voranbringen

Für Landrat Christian Bernreiter, den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, steht fest: „Das erfolgreiche Pilotprojekt ist ein Musterbeispiel dafür, wie die bayerischen Landkreise die Digitalisierung anpacken. Sie schöpfen ihre Möglichkeiten voll aus, um die Digitalisierung schnell und aktiv voranzubringen. Das Projekt zeigt aber auch, dass die Digitalisierung ein Kraftakt ist, für den die Landkreise die tatkräftige Unterstützung des Freistaats Bayern benötigen.“

## Digitale Verwaltung so bürgernah wie möglich

Judith Gerlach erklärte: „Bayern drückt bei der Digitalisierung der Verwaltung nochmal aufs Tempo. Mit diesem neuen ‚digitalen Werkzeugkasten‘ können die bayerischen Landkreise jetzt selbst ganz einfach Dienstleistungen ins Internet übertragen. Bei den sieben Pilotkreisen hat das hervorragend funktioniert. Ein Großteil der Nutzer hat bei einer Befragung im Rahmen des Projekts angegeben, dass die so erstellten Online-Angebote ‚gut erklärt‘ und ‚einfach zu nutzen‘ seien. Das ist unser Ziel: Digitale Verwaltung so bürgernah wie möglich.“

## Das Rad nicht jedes Mal neu erfinden

Josef Niedermaier betonte: „Die Digitalisierung fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden! Als Innovationsring unterstützen wir die Landratsämter bei ihrer Digitalisierung und stellen die-

sen sämtliche Projektergebnisse zur weiteren Nachnutzung zur Verfügung. Dies gilt auch für den Leitfaden zur nutzerorientierten Formulargestaltung, mit dem wir die Voraussetzungen schaffen, dass die umgesetzten Online-Anträge von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen bestmöglich genutzt werden können. Gemeinsam werden wir auch diese Herausforderung meistern.“

## Gemeinschaftsprojekt

Das Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten“ war im Frühjahr 2019 als Gemeinschaftsprojekt des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales und des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags gestartet worden. In einer ersten Projektphase wurden mit Hilfe dieser Softwarelösung 21 Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Unternehmen durch die beteiligten sieben Pilotlandkreise bereitgestellt. In einer zweiten Projektphase wurden die erarbeiteten Online-Formulare dann zwischen den Pilotlandratsämtern ausgetauscht.

## Leitfaden für alle bayerischen Landkreise

Zudem wurden die mit der Erarbeitung der Online-Formulare beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter sowie Bürgerinnen und Bürger befragt, die die erstellten Formulare genutzt haben. Die Empfehlungen aus diesen Nutzertests wurden in einem Leitfaden zusammengefasst, der jetzt allen bayerischen Landkreisen zur Verfügung steht. Dieser Leitfaden soll als Grundlage dienen, um weitere Verwaltungsdienstleistungen möglichst bürgerfreundlich zu digitalisieren.

## Erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen

Digitalministerin Judith Gerlach und Landrat Josef Niedermaier waren sich bei der Vorstellung der Projektergebnisse einig, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll: „Das Projekt ‚Digitaler Werkzeugkasten 2.0‘ ist schon in Vorbereitung“, lautete das gemeinsame Fazit.

# Ein Virus zwingt zum Handeln

Wie eine digitale Koordinierung die Versorgung hilfebedürftiger Menschen und die Entlastung pflegender Angehörige sicherstellen kann

Wir kennen sie alle, die Herausforderungen bei der Unterstützung hilfebedürftiger Menschen und pflegender Angehöriger, die gerade in Krisenzeiten wie der Coronapandemie noch deutlicher in den Vordergrund treten. Leidtragende sind, wie so oft, die Schwächsten der Gesellschaft: hilfe- und pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige, Behinderte und Alleinerziehende. Während der Coronapandemie haben sich sehr viele Initiativen gegründet, in denen sich Menschen zusammengeschlossen haben, um freiwillig Hilfe zu leisten. Dabei geraten sie jedoch oft an ihre Grenzen, weil Helfer nicht ausreichend für ihre Einsätze vorbereitet sind, oder die aufwändige Koordination völlig unterschätzt wird.

Dass der Bedarf an Alltagsbegleitern ungebrochen ist, ja sogar ständig zunimmt, zeigen die vielen Anfragen, die deinNachbar e.V. täglich erreichen. Das soziale Unterstützungsnetzwerk trägt seit fünf Jahren mit seiner Musterniederlassung in München zur Versorgung hilfebedürftiger Seniorinnen und Senioren und pflegender Angehöriger bei. Mit einem vielfach ausgezeichneten, interdisziplinären Lösungsansatz aus Pflege, modernem Ehrenamt, Logistik und Digitalisierung der aufwändigen Helfersuche und -koordination wird die Hilfe via App so gesteuert, dass sie passgenau und zeit-

nah bei den Hilfebedürftigen und ihren Angehörigen ankommt.

Der Qualitätsaspekt steht dabei immer an erster Stelle. Pflegefachkräfte erlernen den tatsächlichen Unterstützungsbedarf im häuslichen Umfeld, beraten rund um das Thema Pflege, unterstützen bei der Organisation der Pflegesituation und schulen Angehörige. Aber auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer werden durch die Pflegefachkräfte zu Alltagsbegleitern geschult und für ihre Tätigkeiten angeleitet. Dies erfolgt in den Räumen von deinNachbar e.V. oder künftig auch durch das neu eingeführte E-Learning Tool

auf digitalem Weg. Aufgrund der positiven Erfahrungen und Erfolge, bietet deinNachbar e.V. Kommunen Unterstützung beim Aufbau eines koordinierten sozialen Netzwerkes analog zu der Musterniederlassung in München an.

Welchen Mehrwert eine schnelle und unbürokratische Koordination und Vernetzung aller an der Versorgung von hilfebedürftigen Menschen beteiligten Organisationen und Freiwilligen hätte, zeigt die aktuelle Pandemiesituation sehr deutlich.

## Weiterentwicklung zu einer Quartiersplattform

Die Bereitschaft, der Bevölkerung zu helfen, ist weiter ungebrochen. Um diese entsprechend zu würdigen und die Kommunen bei der Erfüllung ihres Versorgungsauftrages nachhaltig zu unterstützen, hat der Verein deinNachbar zusammen mit einem Kooperationspartner ein entsprechendes Projekt ins Leben gerufen, das aufbauend auf

**Bayernweit –  
Gemeinsam für mehr  
Geschwindigkeit**

breitbandausbau@m-net.de

**M-net**

Neue Impulse für die Digitalisierung:

## Erfolgreiche Premiere für virtuelle Fiberweek

Mit der Fiberweek hat der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) die Erfolgsmesse Fiberdays erstmals als virtuelles Messe-Event für die Telekommunikations- und Digitalbranche umgesetzt. Im Mittelpunkt standen der Glasfaserausbau und die Digitalisierung in Deutschland.

Mit täglich mehr als 1.000 Besuchern aus 27 Ländern, über 50 Stunden Konferenzprogramm mit mehr als 100 Referenten und einem breitem Themenspektrum endete die Messe mit großem Zuspruch, wichtigen Botschaften für den Glasfaserausbau und einem zufriedenen Veranstalter. „Unser Ziel, der Telekommunikations- und Glasfaserbranche auch in diesen Zeiten eine performante Plattform zu bieten, haben wir erreicht. Während der fünf Messtage wurde deutlich, wie groß der Informations- und Redebedarf zum Thema Glasfaserausbau ist“, machte BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers deutlich. Denn eines sei klar: „Wenn wir bei der Digitalisierung und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur vorankommen wollen, müssen wir auch in dieser schwierigen Situation, Politik, Verbände und Praxis an einen Tisch bringen. Mit der Fiberweek20 ist es uns gelungen, den Bogen vom Tiefbau über den Netzbetrieb und digitale Produkte bis zur politischen Ebene zu spannen und gemeinsam klare Ziele und nächste Schritte für die Digitalisierung Deutschlands herauszuarbeiten.“

### Themen-Höhepunkte

Digitalisierung, Smarte Städte und Regionen und Deutschlands digitale Infrastruktur: Die fünf Messtage waren voll mit Diskussionsrunden, Vorträgen und Interviews zu wichtigen Digitalthemen. So wurden unter anderem der aktuelle Streit um die 450 MHz-Frequenzen, das Breitbandförderprogramm des Bundes sowie der Netzbau von Kupfer- zu Glasfasernetzen im Rahmen der Messe thematisiert. Ergänzt wurden die Themen-Höhepunkte durch Praxisbeispiele wie das Smart City-Projekt rund um den Flughafen Berlin-Tegel, die Glasfaser-5G-Kooperation zwischen 1&1 Versatel und dem BREKO sowie Best Practice Erfahrungsberichten zur Finanzierung und zum Ausbau von Glasfasernetzen.

BREKO-Vizepräsident Alfred Rauscher brachte es im Rahmen einer Diskussionsrunde zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus auf den Punkt: „Der Glasfaserausbau ist wie ein Marathonlauf. Du musst mit konstanter Geschwindigkeit voran gehen. Nur dann kommst Du zum Ziel.“ Rauscher bezog sich dabei vor allem auf die nachhaltige Zusammenarbeit vor Ort in den Kommunen, wo mit Hilfe von langfristigen Kooperationen Hand in Hand gearbeitet werden muss.

### Auf einem guten Weg

Im Rahmen des Eröffnungskongresses war zuvor über die digitale Infrastruktur als Basis für die Digitalisierung und digitale Geschäftsmodelle diskutiert worden. „Es gibt keine Frage mehr, ob wir Glasfaser bis in die Häuser und Unternehmen brauchen. Deutschland ist beim Glasfaserausbau auf einem guten Weg. Es gilt aber auch die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, um den Ausbau weiter zu beschleunigen: Die Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Zudem sollte sich die Förderung primär auf die Schließung noch vorhandener weißer Flecken fokussieren“, hob BREKO-Präsident Norbert Westfal hervor. **DK**

Dr. Katrin Suder, Vorsitzende des Digitalrats der Bundesregierung, Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Felix Falk, Geschäftsführer des Verbands der deutschen Games-Branche (game) sowie Norbert Westfal und Dr. Stephan Albers vom BREKO mit Professor Dr. Jens Böcker über den digitalen Fortschritt und Deutschlands Zukunftsfähigkeit. Wichtigstes Thema dabei war die digitale Infrastruktur als Basis für die Digitalisierung und digitale Geschäftsmodelle.

### Starker Mittelstand

Dr. Katrin Suder, Vorsitzende des Digitalrats der Bundesregierung, unterstrich die große Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: „Ich glaube, dass wir in Deutschland alle Zutaten dafür haben, um auch digital wettbewerbsfähig zu sein. Was wir brauchen, ist ein offenes Mindset, engagierte Köpfe und Diversity – ob in Wirtschaft oder Verwaltung. Unsere Stärke ist die deutsche Industrie und der Mittelstand. Diese Stärke muss jetzt in Einklang mit der digitalen Welt gebracht werden. Die Botschaft ist in Politik und Wirtschaft angekommen. Wichtig ist es jetzt, dass die Wirtschaft aktiv wird. Da muss jedes Unternehmen, jede Stadt und jede Kommune die eigenen Kräfte mobilisieren. Das gilt auch für den Infrastrukturausbau als Basis.“

### Die Mischung macht's

BREKO Geschäftsführer Albers wies darauf hin, dass der Glasfaserausbau auch künftig in erster Linie durch den Markt selbst vorangetrieben wird und deshalb ein kluges Zusammenspiel zwischen eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau notwendig sei. „Es ist wie bei einem guten Cocktail. Es kommt auf die richtige Mischung an. Es stehen Finanzinvestoren bereit. Es scheitert nicht am Geld. Es macht keinen Sinn 10 Mrd. Euro in den Markt zu kippen. Die Förderung, die wir ergänzend sicher brauchen, muss dosiert und über einen längeren Zeitraum gestreckt werden und dort ansetzen, wo die Versorgung besonders schlecht ist.“ Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung eines stabilen Internetzugangs für die Bürger und Unternehmen unterstrich Albers: „In diesen Zeiten steht FTTH nicht nur für Fiber to the Home sondern insbesondere auch für Fiber to the HomeOffice.“

Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), sprach über die Rolle der kommunalen Unternehmen bei der Digitalisierung: „Das beste digitale Geschäftsmodell nutzt nichts, wenn der Zulieferer im Funkloch steckt oder Hidden Champions am alten Kupfernetz hängen. Der Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine der größten Baustellen, die vor allem die Landwirtschaft und den Mittelstand mit seinen Firmensitzen im ländlichen Raum ausbremst. Daher appellieren wir an die Bundesregierung für gute Rahmenbedingungen mit der TKG-Novelle zu sorgen, damit Glasfaser bis an die letzte Milchkanne ausgebaut und der Wirtschaftsstandort profitieren kann.“ **DK**



Glasfaserausbau neu gedacht.

Bild: Hauff-Technik GmbH

## Hauff-Technik führt neue Produktlinie „G-LINE“ ein

Der führende europäische Hersteller von Abdichtsystemen für Kabel, Rohre und Hauseinführungen Hauff-Technik GmbH & Co. KG geht neue Wege, wenn es um den Breitbandausbau in Deutschland geht. Getreu dem Motto „Glasfaserausbau neu gedacht“ versucht Hauff-Technik bestehende Vorgehensweisen und Abläufe im Glasfaserausbau, speziell bei Netzbaumaßnahmen, mit der G-Box zu durchbrechen.

Derzeit werden in Erschließungsgebieten nur zwischen 30 und 40% der möglichen Teilnehmer angeschlossen, teils werden Erschließungsgebiete durch die geringe Anschlussquote sogar schon vor Baustart unwirtschaftlich und gar nicht erst erschlossen. Nachträgliche Hausanschlüsse verursachen einen riesigen Aufwand und kosten Netzbetreiber und deren Kunden daher immense Summen.

Schneller, einfacher und kostengünstiger zu werden sind die drei großen Zielsetzungen, die mit der G-Line verfolgt werden. Mit dem Koalitionsvertrag setzt die Bundesregierung zwei ambitionierte Ziele: die deutschlandweite Versorgung über Gigabit-Netze bis 2025 und den Anschluss aller Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser. Um dies zu erreichen muss die herkömmliche Bauweise drastisch beschleunigt werden.

### Ressourcen nutzen

An diesem Punkt setzt das neue innovative Anschlusskonzept an und bietet eine Lösung, durch die Aufwand und Kosten für Netzbetreiber und Tiefbauunternehmer stark reduziert werden können. Mit der G-Box kann das Glasfasernetz bis zu einem definierten Übergabepunkt auf dem privaten Grundstück oder im öffentlichen Grund in einem Arbeitsgang fertig gestellt werden. Diese Vorgehensweise hilft dabei, die ohnehin schon begrenzten Ressourcen im Tief- und Netzbau optimal zu nutzen und Baumaßnahmen zu beschleunigen.

Bei der herkömmlichen Erschließung von Neubaugebieten werden die sogenannten Mikrorohre für Glasfasernetze bis an die Grundstücksgrenze verlegt und später ins Haus eingeführt. Für eine spätere Verlegung in das Gebäude muss im schlimmsten Fall der asphaltierte Fußweg oder sogar die Straße wieder aufgedeckt werden. Diese Vorgehensweise verursacht zum einen erhebliche Kosten und führt natürlich auch zu Unverständnis bei den Kommunen und Anliegern.

Durch die Verwendung der G-Box wird es möglich, den Glasfaserausbau vom Netzverteiler bis an das Grundstück fertig zu stellen. Das Mikrorohrnetz kann dabei vor Fertigstellung der Oberflächen auf seine vollständige Durchgängigkeit und Funktion geprüft werden. Eventuelle Nacharbeiten können bereits von Beginn an sondiert und sofort behoben werden. Das macht den Einsatz der Tiefbauarbeiten effizienter und einfacher.

Ein weiteres Problem der heu-

tigen Bauweise wird beim Ausbau im Bestand deutlich. Dort werden in der Regel nur die Gebäude angeschlossen, die einen Anschluss beantragt haben. Dieses Vorgehen verursacht unter anderem viele Terminabstimmungen zwischen Planer, Bauherren und Netzbetreiber. Für den Hausanschluss muss ein Team mit teurem Spezialgerät die Glasfaser vom Netzverteiler bis ins Haus blasen, dort einen Abschlusspunkt (AP) setzen, diesen mit dem ankommenden Kabel verspleißen und die verlegte Strecke auf Funktion prüfen. Kosten im vierstelligen

## Über 95 % aller öffentlichen Schulen auf dem Weg zum Glasfaser-Anschluss

„Wir fördern den Breitbandausbau bis in jedes Haus – insbesondere auch an unseren Schulen! Bestmögliche digitale Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Bildung in ganz Bayern zu schaffen, ist eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Und das bayerische Engagement zahlt sich aus: Nach den Zahlen des Breitbandatlas des Bundes steht Bayern bei seinen Schulen sehr gut da. Bereits jetzt ist an rund 95 % der öffentlichen Schulen in Bayern ein Anschluss mit schnellem Internet von mindestens 30 Mbit/s möglich, bei über 50 % können sogar schon heute Gigabitgeschwindigkeiten erreicht werden. Der jeweilige Schulträger bzw. die jeweilige Schule kann dann entscheiden, welche Geschwindigkeiten jeweils aktuell benötigt und gebucht werden.

### Ambitioniertes Ziel

„Aber wir geben uns damit

Bereich sind keine Seltenheit.

Mit der G-Box ist es möglich, die Glasfaser in einem Schritt im ganzen Ausbaubereich auf einmal einzublasen. Danach kann der AP in der G-Box angespleißt und die Strecke zum Netzverteiler auf Funktion geprüft werden. Kommt es nun zur Freischaltung des Anschlusses, reicht ein Monteur, der die Verbindung vom Haus zur G-Box herstellt. In diesem Schritt ist kein teures Spezialgerät nötig, das hohe Kosten verursachen würde.

nicht zufrieden. Unser Ziel ist es, dass jede Schule in Bayern einen Glasfaseranschluss bekommt. Dabei lassen wir die Träger vor Ort nicht allein, sondern unterstützen sie mit bis zu 60.000 Euro je Schule. Hierfür hat Bayern insgesamt schon rund 50 Millionen Euro an staatlicher Förderung investiert“, hob Füracker hervor.

Das Programm bietet Fördersätze von 80 % bis 90 %. Es ist ein voller Erfolg – 1.700 Schulen wurden bereits oder werden aktuell damit an das Glasfasernetz angeschlossen und das Interesse ist weiterhin gewaltig. „Drei von vier öffentlichen Schulen in Bayern nutzen das Programm bereits oder treffen letzte Vorbereitungen.“

Mit einer einfachen Plug-and-Play-Lösung kann die Verbindung von jedem Elektroinstallateur, bestenfalls sogar vom Bauherren selbst, hergestellt werden. Danach genügt ein Anruf beim Netzbetreiber, der den Anschluss freischaltet. Alle für diesen letzten Schritt notwendigen Bauteile werden zukünftig in einem neuen „Bauherrenpaket Glasfaser“ zusammengefasst, das über die vorhandene bundesweite Struktur der Baustoffhändler und Hauff-Partner vertrieben wird. **DK**



Immer. Sicher. Vernetzt.



# G-LINE

DIE LÖSUNG FÜR DEN INTELLIGENTEN NETZAUSBAU

**Vorteile für Ihre Kommune:**

- Stellen Sie ihr Breitbandnetz bis zur G-Box fertig
- Erschließen Sie Neubaugebiete in einem Arbeitsgang
- Sparen Sie die Kosten von nachträglichen Anschlüssen
- Senken Sie die Hausanschlusskosten für Gebäudeeigentümer
- Netzausbau unabhängig von der Anzahl verkaufter Hausanschlüsse
- Bauen Sie günstiger, schneller und effizienter

[www.g-line.de](http://www.g-line.de)

Digitalisierung der Verwaltung:

## Normenkontrollrat beklagt geringe Fortschritte

**Trotz des engagierten Umgangs aller Verwaltungsebenen bei der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG), konnte Deutschland bisher noch nicht an das Europäische Mittelfeld im Bereich der Digitalen Verwaltung anschließen. Darauf macht der Nationale Normenkontrollrat (NKR) in seinem vierten Monitor „Digitale Verwaltung“ aufmerksam.**

Zwar holte Deutschland im aktuellen Digitalranking der Europäischen Union (DESI) drei Plätze auf und liegt damit nun auf Platz 21 von 28 EU-Staaten. Dennoch bleibt es weiterhin deutlich hinter den eigenen Ansprüchen zurück. „Allerdings werden sich die durch die Umsetzung des OZG zu erwartenden Fortschritte auch erst in den nächsten Monaten und Jahren zeigen“, heißt es in dem Bericht.

Der NKR lobt, dass durch die Corona-Pandemie ein digitaler Ideen- und Mentalitätsschub durch viele Verwaltungsgänge gegangen sei. Zwar seien auch zahlreiche Schwachstellen zu Tage getreten, doch habe die Pandemie deutlich gezeigt, was digital alles in kürzester Zeit bewerkstelligt werden könnte. Der NKR verweist hier unter anderem auf den Hackathon #WirVS-Virus, die Corona-Warn-App oder auch die OZG-Expresslabore für Verdienstaufschätzungen.

### Kernbotschaften

Der Monitor des Normenkontrollrates formulierte folgende Kernbotschaften:

**1. Benötigt wird Transparenz über den Umsetzungsstand des OZG und das Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden.**

Der NKR kritisiert, dass es aufgrund unterschiedlicher Informationsseiten für Kommunen nicht möglich ist, sich an einer Stelle zu informieren. Für die kommunale Ebene sei es derzeit nicht möglich abzuschätzen, welche Lösungen aus dem OZG-Digitalisierungslaboren wann und wie zur Verfügung stehen, wie sie sich am besten auf eine Übernahme dieser Services einstellen können oder in welchen Punkten es sich lohnt, eigene Angebote zu entwickeln. Gelobt wird, dass dieses Problem erkannt wurde und bis Ende

des Jahres das Monitoring-Dashboard zur Verfügung stehen soll.

Besorgt reagiert der NKR auf Äußerungen, dass nicht einmal OZG-Leistungen der beiden höchsten Prioritäten eins und zwei bis 2023 flächendeckend zur Verfügung stehen könnten. Aus der Single-Digital-Gateway-Verordnung der EU, die eine Umsetzung von digitalen Leistungen bis Ende 2023 festlegt, wird befürchtet, dass Bürger ihre Rechte auf eine Onlineverwaltung womöglich gerichtlich einklagen könnten oder die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten könnte.

**2. Die Milliarden des Konjunkturpaketes können helfen, lösen aber nicht alle Probleme. Komplexitäten müssen reduziert und wettbewerbsfreundlich standardisiert werden.**

Die zusätzlichen Milliarden des Konjunkturpaketes können Investitionsentscheidungen erleichtern und besonders finanzschwache OZG-Projekte unterstützen. Jedoch seien besondere Schwachpunkte im derzeitigen Prozess Ressourcenknappheit auf Verwaltungs- und Herstellerseite. Hier wäre es von Vorteil, die Komplexität des OZG-Prozesses zu reduzieren. Besonders die Maßgabe des Koalitionsausschusses, die drei Milliarden nur dort einzusetzen, wo Lösungen gemeinschaftlich oder zentral entwickelt werden (Einer-für-Alle), ist zwar mit der Hoffnung nach mehr Schnelligkeit verbunden, jedoch bürgt dieser Ansatz auch einige Fallstricke. Derartige Lösungen sind nur überall einsetzbar, wenn sie mit der lokalen Systemlandschaft und den Fachverfahren kompatibel sind und sich auch dem wandelnden Bedarf vor Ort anpassen können. Den Ansatz Einige-für-Viele halten die Verfasser für zielführender.

Um einen besseren Wettbewerb bei Produkten und keine einseitigen Abhängigkeiten

von großen IT-Firmen hervorzurufen, plädiert der NKR für ein stärkeres Maß an Standardisierungen, Modularisierungen und der Verwendung offener Schnittstellen. Der bereits veröffentlichte Servicestandard für die OZG-Umsetzung enthält bereits viele Empfehlungen für diesen Bereich. Der NKR spricht sich dafür aus, diesen weiter zu operationalisieren. Dies könnte den Mittelstand stärken und auch das Angebot durch Start-Ups erhöhen.

Vielfalt und Wettbewerb sind laut Normenkontrollrat die notwendigen Garantien dafür, dass eine möglichst mittelständisch geprägte und durch Start-Ups bereicherte Anbieterlandschaft dauerhaft wirtschaftliche, bedarfsorientierte und innovative IT-Lösungen anbieten kann. Um Vielfalt „ertragen“ zu können und eine Übertrag- und Kombinierbarkeit von Lösungen sicherzustellen, bedürfte es allerdings eines viel stärkeren Maßes an Standardisierung, Modularisierung und der Verwendung offener Schnittstellen.

Steigern ließe sich dieser Ansatz noch durch eine stärkere Verwendung offener Software und die systematische Förderung von Entwicklungsgemeinschaften, die Open-Source-Code gemeinschaftlich pflegen und weiterentwickeln. Der jüngst veröffentlichte Servicestandard für die OZG-Umsetzung enthält bereits verschiedene Empfehlungen in diese Richtung. Er sollte weiter operationalisiert und zum verbindlichen Rahmen und Qualitätssicherungsmaßstab öffentlicher Softwareentwicklung werden.

**3. Die Vollzugs- und Digitaltauglichkeit von Gesetzen muss verbessert und mit einem Digital-TÜV systematisch kontrolliert werden.**

Eine Ausnahmeregelung des bayerischen Verkehrsministeriums zeigt dem NKR zufolge „sehr schön, was viel häufiger erwogen werden sollte: Um in Zeiten von Corona KFZ im Internet einfacher als bisher an-, ab- oder ummelden zu können, wurde geregelt, dass die Eingabe von Benutzername und

Passwort genügt. Bisher waren KFZ-Onlineverfahren nur mit elektronischem Personalausweis und Lesegerät (oder passendem Smartphone) möglich. Im Ergebnis stieg die Nutzung der KFZ-Onlineservices in Bayern um das Neunzehnfache.“

Die Ausnahme sollte zur bundesweiten Regel werden, sowohl in Bezug auf KFZ-Online (das BM-VI sollte die Ausnahmeregel bundesweit verstetigen) als auch in Bezug auf die zügige und breite Umsetzung von rechtlichen Änderungsvorschlägen aus den OZG-Laboren. Gleiches gilt für das weiterhin ausstehende Registermodernisierungsgesetz. Die Kompromissentscheidung des Koalitionsausschusses muss jetzt zügig umgesetzt werden, sonst endet die Legislaturperiode ohne Ergebnis. Das wären vier weitere verlorene Jahre!

Gesetze sollten auf ihre Praktikabilität und digitale Umsetz-

barkeit viel stärker geprüft und danach angepasst werden. Ein Digital-TÜV nach dänischem Vorbild sollte zur Lösung dieses Problems zeitnah eingeführt werden.

### Massiver Nachholbedarf

Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds zeigt auch die vierte Auflage des Berichts des Normenkontrollrates zur digitalen Verwaltung, dass in Deutschland massiver Nachholbedarf besteht. Die aufgezeigten Defizite bei der Umsetzung des OZG seien besonders im Bereich der Kommunikation über die Vorhaben und den Stand der Fortschritte signifikant. Mehr Transparenz und bessere Kommunikation gegenüber den Kommunen, die den Löwenanteil der Leistungen umsetzen sollen, seien dringend erforderlich.

Das Ausmaß des durch das OZG ausgelösten Umbaus der

Prozesse und Abläufe sei immens, besonders wenn nicht nur die Schnittstellen im „Front-End“ in den Blick genommen werden, sondern durchgehend digitale Prozesse angestrebt werden. Dies erfordert aktives Veränderungsmanagement und eine gute Prozessbegleitung und setze eine nachvollziehbare und transparente Vorgehensweise zwingend voraus. Hier seien der Bund und die für die Umsetzung verantwortliche FITKO dringend gefordert.

Laut DStGB bleibt abzuwarten, ob die nun durch das Konjunkturpaket zusätzlich verfügbaren Finanzmittel zu einer Verbesserung der Situation und zu einer Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung beitragen werden. „Dazu müssen die Gelder vor allem dort eingesetzt werden, wo auch die Umsetzung des OZG erfolgt – auf der kommunalen Ebene.“ **DK**

### BSI-Lagebericht zur IT-Sicherheit:

## Corona verschärft Cyber-Gefährdungslage

**Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland bleibt im Berichtszeitraum angespannt. Angreifer nutzten Schadprogramme für cyber-kriminelle Massenangriffe auf Privatpersonen, Unternehmen, Behörden und andere Institutionen, aber auch für gezielte Angriffe auf ausgewählte Opfer. Zugleich hat die Bedrohung durch Daten-Leaks mit der Offenlegung von Millionen von Patientendaten im Internet eine neue Qualität erreicht. Diese und weitere Erkenntnisse zur aktuellen Gefährdungslage hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im neuen „Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2020“ zusammengestellt, den Bundesinnenminister Horst Seehofer und BSI-Präsident Arne Schönbohm in Berlin vorstellten.**

Im Zuge der Corona-Pandemie arbeiten viele Menschen im Homeoffice. Bring-your-own-Device wird vielerorts als Mittel zur Arbeitsfähigkeit akzeptiert, viele Videokonferenzen wurden kurzfristig eingerichtet und Unterricht wird als Home-Schooling mit Laptop und Webcam abgehalten. Viele dieser Maßnahmen sind spontan umgesetzt worden. IT- und Datensicherheit spielte dabei oft eine untergeordnete Rolle. „In der akuten Situation habe ich durchaus Verständnis dafür. Jetzt aber, nachdem sich vieles eingespült hat, gilt es, dieses ‚neue Normal‘ nachhaltig und sicher zu gestalten. Tun wir dies nicht, dann werden wir die Folgen in einigen Wochen oder Monaten spüren“, machte BSI-Präsident Schönbohm deutlich.

sätzlich damit, die Daten an Interessenten zu verkaufen oder zu veröffentlichen. Damit erhöhen die Angreifer den Druck auf das Opfer, der Lösegeldforderung nachzukommen.

Von Cyber-Angriffen betroffen sind Unternehmen und Institutionen aller Größen und Branchen. So wurden Automobilhersteller und ihre Zulieferer angegriffen, ebenso Flughäfen und Fluggesellschaften. Auch kleine und mittelständische Unternehmen, die sich durch Alleinstellungsmerkmale wie zum Beispiel die Produktion spezieller Komponenten im Maschinenbau auszeichnen, wurden Opfer von Cyber-Angriffen. Außerdem waren kommunale Verwaltungen, Krankenhäuser und Hochschulen von Ransomware-Angriffen betroffen.

### Risiken wirksam begegnen

Wolle man weiterhin von der Digitalisierung profitieren, dürfe man es Angreifern nicht zu leicht machen. Der neue Lagebericht des BSI mache aber auch deutlich, „dass wir die Cyber-Sicherheit in Deutschland ein gutes Stück vorangebracht haben. Als Cyber-Sicherheitsbehörde des Bundes übernimmt das BSI Verantwortung, indem wir uns mit den Risiken der Digitalisierung auseinandersetzen und aufzeigen, wie wir diesen wirksam begegnen können“, erklärte Schönbohm.

Die aktuelle Gefährdungslage ist weiterhin geprägt von Cyber-Angriffen mit Schadsoftware, die in immer neuen Varianten und mit teils ausgefeilten Methoden eingesetzt wird. Die Zahl der Schadprogramme übersteigt inzwischen die Milliardenengrenze. Allein im Berichtszeitraum sind 117,4 Millionen neue Varianten hinzugekommen, somit etwa 320.000 neue Schadprogramme pro Tag.

Weiterhin dominant ist die Schadsoftware Emotet, die das BSI schon vor rund zwei Jahren als gefährlichste Schadsoftware der Welt bezeichnet hatte. Sie bietet Angreifern zahlreiche fortschrittliche Angriffsmöglichkeiten. Daten werden immer öfter nicht nur verschlüsselt, sondern von Cyber-Kriminellen kopiert und ausgeleitet. Die Angreifer drohen zu-

### Daten-Leaks

Bemerkenswert ist die Bedrohung durch Daten-Leaks, d.h. den Diebstahl oder die unbeabsichtigte Offenlegung personenbezogener Datensätze, zum Beispiel Kundendaten oder Patientendaten. So waren in einem Fall allein in Deutschland im Zeitraum von Juli bis September 2019 etwa 15.000 Patientendaten mit mehreren Millionen medizinischen Bildern öffentlich ohne Passwortschutz zugänglich. Die Informationen lagen auf sogenannten PACS-Servern (Picture Archiving and Communication Systems), die im Gesundheitswesen zur Bildarchivierung genutzt werden. Das BSI hat sowohl die betroffenen medizinischen Einrichtungen in Deutschland als auch 46 internationale Partner informiert.

Nach Ansicht von Bundesinnenminister Seehofer zeigt der Bericht zur Lage der IT-Sicherheit eine nach wie vor angespannte Gefährdungslage. „Wenn wir die Chancen der Digitalisierung voll ausschöpfen wollen, müssen wir die mit ihr verbundenen Risiken beherrschbar machen. Wir müssen uns als Gesellschaft bewusst sein, welche Gefahren für Gesellschaft, Wirtschaft und auch Staat im digitalen Raum bestehen, wie wir uns vor diesen schützen können und welche Angebote der Staat dafür zur Unterstützung anbietet.“

### Sicherheit ist keine Einmülllösung

Nach Auffassung von Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung, gilt für die Arbeit von Zuhause, die richtige Balance zu finden zwischen dem benutzerfreundlichen Zugriff auf Unternehmensdaten und dem Schutz der eigenen IT – etwa durch Zwei-Faktor-Authentifizierung. Neben technischen Lösungen gehöre zu einem robusten IT-Sicherheitsmanagement aber auch, die eigenen Mitarbeiter zu schulen, Prozesse für den Notfall aufzusetzen sowie das Sicherheitskonzept regelmäßig zu überprüfen. Sicherheit sei keine Einmülllösung, sondern ein kontinuierlicher Prozess.

Viele kleinere Unternehmen hätten aber immer noch Nachholbedarf beim Thema IT-Sicherheit. Zu wenige hielten für möglich, Opfer eines Hackerangriffs werden zu können. Dabei können die Folgen gravierend sein: Im schlimmsten Fall sei die Existenz des Unternehmens gefährdet. Absolute Sicherheit werde es nie geben können. Aber wer die Mittel für eine ausreichende IT-Sicherheit im Unternehmen nicht bereitstellt, handle fahrlässig.

Laut einer Bitkom-Umfrage haben Cyberangriffe in den Jahren 2018 und 2019 bei 70 Prozent der Unternehmen in Deutschland zu Schäden geführt. Im vergangenen Jahr gingen 82 Prozent der Unternehmen davon aus, dass die Zahl der Cyberangriffe auf ihr Unternehmen weiter zunehmen wird. **DK**

Ganz Bayern in einer Stunde

**TV BAYERN**   
**LIVE**

samstags 17:45 Uhr auf **RTL**  
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

[www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern



Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik:

## Open Data in Kommunen

Immer mehr Kommunen in Deutschland stellen ihre Daten offen zur Verfügung. Welche Chancen und Herausforderungen Kommunen darin sehen, hat das Deutsche Institut für Urbanistik mit Unterstützung des Deutschen Städtetags untersucht. Über 200 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern beteiligten sich an der Befragung.

Zentrales Ergebnis: Über 90 Prozent der vom Difu befragten kommunalen Daten-Experten befürworten die politischen Bestrebungen, offene Daten verstärkt zur Verfügung zu stellen – sehen sich aber großen Hürden gegenüber. Mangelnde personelle Ressourcen und ein fehlender gesetzlicher Auftrag zählen zu den zwei wesentlichen Gründen, warum häufig noch keine offenen Daten bereitgestellt werden. Aber auch die Angst vor Datenmissbrauch und datenschutzrechtliche Bedenken bremsen die Kommunen bei der Bereitstellung offener Daten aus.

Die bisher vergleichsweise wenig standardisierten Prozesse sowie der generell geringe Grad der Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge in den Kommunen erschweren die Bereitstellung. Dabei sieht rund die Hälfte der Daten-Experten gerade in der aktuellen Corona-Pandemie einen Mehrwert, wenn offene Daten bereitgestellt werden können, zum Beispiel wenn es um Gefährdungslagen vor Ort geht. Ein weiterer Vorteil offener Daten hat mit der Information der Bürger und einem vereinfachten Austausch zwischen den unterschiedlichen Ämtern zu tun. Kaum einen Vorteil sehen die Fachleute dagegen in der Entwicklung innovativer Geschäftsfelder für private Dritte.

### Professionelles Datenmanagement ist unerlässlich

Rund ein Drittel der befragten Kommunen stellt bereits offene Daten bereit. Von denen, die dies bislang nicht tun, hat ein Viertel bereits Maßnahmen ergriffen, um künftig offene Daten zu veröffentlichen. Ein professionelles Datenmanagement ist hierfür eine unerlässliche Grundlage und ermöglicht oftmals erst die datenbasierte Steuerung kommunaler Maßnahmen und Projekte.

Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden hat bereits Prozesse, Strukturen und Verantwortlichkeiten für das Datenmanagement etabliert. Doch während dies bei über 90 Prozent der Großstädte (über 100.000 Einwohner) der Fall ist, trifft dies

nur auf weniger als die Hälfte der kleineren Kommunen (bis 20.000 Einwohner) zu. Nur jede sechste Kommune besitzt eine direkte Kontaktperson für das Thema Open Data – kleine Kommunen sind auch hier seltener vertreten.

Für knapp drei Viertel der befragten Kommunen ist für das Gelingen von Open Data der Zugriff auf eine gute technische Infrastruktur wichtig. Auch klare gesetzliche und regulative Vorgaben auf Bundes- oder Landesebene, wie beispielsweise Transparenzgesetze, sowie eine einschlägige Beschlussfassung, um auf kommunaler Ebene offene Daten bereitzustellen, sind wichtige Voraussetzungen für die Datenbereitstellung.

Viele kommunale Daten-Experten wollen offene Daten bereitstellen, in der jeweiligen Kommune sind entsprechende Diskussionsprozesse aber noch nicht so weit gediehen. Praktische Handreichungen und ein überregionales Datenportal würden die Bereitstellung offener Daten erleichtern, insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden, die keine eigene technische Infrastruktur aufbauen und warten können.

### Handlungsempfehlungen

Insgesamt lassen sich aus der Studie vier Handlungsempfehlungen für eine stärkere Bereitstellung von offenen Daten in Kommunen und mögliche Wertschöpfungseffekte ableiten: **Empfehlung 1: Klare Rechtsgrundlage für die Bereitstellung offener Daten schaffen.**

Mit Blick auf die Umsetzung der PSI-Richtlinie in nationales Recht ist eine möglichst zeitnahe und präzise Ausgestaltung der nationalen Rechts- und Verwaltungsstandards für die Bereitstellung und Nutzung offener Daten nicht nur in den Kommunen wünschenswert. Bestehende Rechtsunsicherheiten sollten abgebaut werden. Gefragt sind übergeordnete Regelungen und klare Vorgaben. Damit innovative Lösungen mit den offenen Daten von Kommunen und kommunalen Unternehmen entwickelt werden können, sollten den potenziellen Nutzern Möglichkeiten eingeräumt werden, diese Daten

von den Datenbereitstellern verbindlich einfordern zu können. Gleichzeitig muss die Datensouveränität der Kommunen sichergestellt werden. Insofern sind die Bundesländer gefordert, proaktiv einen geeigneten Rechtsrahmen für ihre Kommunen auszugestalten. **Empfehlung 2: Insbesondere**

„Landleben unlimited“:

## Wie Künstliche Intelligenz das Leben in der EMN bereichert

Platz für Vereinfacher: Neues Motiv der Imagekampagne kommt aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Nicolas Götz redet nicht lange, er packt an: Der Unternehmer aus Parkstein im Landkreis Neustadt an der Waldnaab hat mit „Nix-wie-weg.de“ eines der ersten deutschen Online-Reisebüros gegründet. Heute erleichtert der 46-Jährige mit seinem Startup-Unternehmen Adigi die Urlaubsberatung mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI). Der engagierte Unternehmer ist ein Vereinfacher und neuer Botschafter der Imagekampagne „Platz für...“. Bei einem Pop-up-Netzwerktreffen mit KI-Akteuren stellten die Europäische Metropolregion Nürnberg und der Landkreis Neustadt an der Waldnaab das neue Motiv „Platz für Vereinfacher“ vor.

„Ich hatte gehört, dass man mit diesem neuen Internet tolle Sachen machen kann – zum Beispiel eine Reise buchen“, erinnert sich Nicolas Götz an den Gründungsimpuls für sein Reisebüro im Jahr 1996. „Ich war Student und wollte das ausprobieren.“ Die neue, einfache Methode, eine Reise zu buchen, hat funktioniert: Heute hat das Unternehmen neben dem Standort in Parkstein einen zusätzlichen in Weiden. Nicolas Götz beschäftigt etwa 40 Mitarbeiter und bildet selbst Fachkräfte aus. Über sein 2018 gegründetes Start-up Adigi tüftelt er zusätzlich an innovativen KI-Lösungen in der Urlaubsberatung.

### Landleben neu interpretiert

Der Gründer mit den innovativen Ideen passt perfekt nach „NEW“, wie sich der Landkreis Neustadt an der Waldnaab abkürzt. Hier denkt und interpretiert man „Landleben“ neu. Der Landkreis unternimmt alles, um seinen Bewohnern ein uneingeschränktes Leben – ein „Landleben unlimited“ – zu ermöglichen. Das zählt sich aus: Der Landkreis gehört gemäß einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft – gemessen an Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt- und Lebensqualität – zu den dynamischsten ländlichen Regionen in Deutschland.

### NEW unter den Top 10

In einem entsprechenden Ranking gehört NEW bundesweit zu den Top 10. „Der Landkreis Neustadt an der Waldnaab ist gerne Mitglied der Metropolregion Nürnberg. Deshalb beteiligen wir uns an der „Platz für...“-Kampagne. Unser Protagonist Nicolas Götz steht mit seinem KI-Unternehmen stellvertretend für viele helle Köpfe und innovative Geschäftsmodelle in NEW“, sagt Andreas Meier, Landrat des Landkreises Neustadt an der Waldnaab. Nicolas Götz hat sich ganz bewusst für den Standort Parkstein entschieden: „Es gibt keinen besseren Ort für ein Unternehmen, das sich mit Künstlicher Intelligenz beschäftigt“, betont Nicolas Götz.

### Gegenentwurf zur Großstadt

Sein Geschäft profitiert von einer sehr guten Infrastruktur und den Vorteilen des Landlebens. „Die Region hier ist ein erfolgreicher Gegenentwurf zur Großstadt. Kein Stau, wenig Hektik, dafür viel Ruhe und Zeit“, schwärmt Götz. „Solche heterogenen Strukturen, wie es sie im Landkreis Neu-

finanzschwache und kleinere Kommunen bei der Umsetzung von Open Data unterstützen.

Es ist wichtig, sicherzustellen, dass alle Kommunen, auch unter angespannter Haushaltslage, über finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, den digitalen Wandel in der Verwaltung voranzutreiben. Die Folgen der Corona-Pandemie bergen die Gefahr, dass die Kommunen nun ihre Investitionen weiter zurückfahren, denn auch bei der Digitalisierung der Ver-

waltung handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, die – im Gegensatz zu Pflichtaufgaben, wie Sozialleistungen – aufgeschoben werden kann. Dadurch wird sich der Investitionsstau weiter vergrößern. Auch Zukunftsinvestitionen, mit denen Anstöße für die Transformation der Städte gerade in einer solchen Krisensituation angeschoben werden müssten, werden vertagt.

**Empfehlung 3: Open Data bedingt eine moderne, professionelle Organisationskultur.**

Für eine erfolgreiche Umsetzung von Open Data in den Kommunen muss das Thema in den Verwaltungen mit dem notwendigen Engagement aufgenommen und von den Stadt- und Verwaltungsspitzen unterstützt werden. Um die Wertschöpfung aus offenen Daten zu fördern, reicht zudem eine alleinige Orientierung am bereits verfügbaren Datenangebot nicht aus. Vielmehr sollten Datenveröffentlichungen gezielt aus Nachfragersicht ergänzt werden.

Die Standardisierung von Prozessen bei der Speicherung offener Daten in der kommunalen Verwaltung ist ein wichtiger Meilenstein für die organisationale Verankerung von Open Data und stellt gleichzeitig eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung von offenen Daten dar.

**Empfehlung 4: Den Mehrwert offener Daten für Kommunen stärker kommunizieren.**

Anknüpfungspunkte für die Kommunikation bieten hier kommunale Leistungen, die von der Digitalisierung und Open Data im Rahmen einer „digitalen Daseinsvorsorge“ profitieren. **DK**

beim Pop-up-Treffen bei BHS Cologated in Weiherhammer in lockerer Atmosphäre aus und gaben Einblicke in ihre Projekte mit Künstlicher Intelligenz. Die Veranstaltung wurde live übertragen und ist auch nachträglich auf der Facebookseite [www.facebook.com/newperspektiven](http://www.facebook.com/newperspektiven) abrufbar.

### Kampagnenvideo

„Platz für Vereinfacher“ ist das 24. Co-branding-Motiv, mit dem Unternehmen, Kommunen und Institutionen ihre Geschichte mit der Metropolregion Nürnberg erzählen. Sie unterstreichen, dass die Region ein guter Platz zum Leben und Arbeiten ist und Platz für die Verwirklichung unterschiedlicher Lebensentwürfe bietet. Die Story über Nicolas Götz und sein KI-Unternehmen wird auf den Web-

sites des Landkreises NEW und der Metropolregion veröffentlicht und auf den dazugehörigen Social Media-Kanälen promotet. Das Kampagnenvideo „Platz für Vereinfacher“ ist auf den Youtube-Kanälen von NEW und der Metropolregion Nürnberg zu sehen. Seit ihrem Start hat die „Platz für...“-Kampagne eine Reichweite von über 96 Mio. erzielt.

Die komplette Story von „Platz für Vereinfacher“ ist nachzulesen unter: [www.platzfuer.de/vereinfacher](http://www.platzfuer.de/vereinfacher) **□**

## Datenschutz für bayerische Gemeinderatsmitglieder

Bayernweit haben die neu gewählten Stadträte, Marktgemeinderäte und Gemeinderäte im Frühjahr ihre Arbeit aufgenommen. Nicht wenige Mitglieder der Gremien konnten erstmals ein kommunales Mandat übernehmen. Für eine erfolgreiche Arbeit braucht es Wissen über den rechtlichen Rahmen – auch im Datenschutzrecht. Deshalb hat der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, die Informationsbroschüre „Datenschutz für bayerische Gemeinderatsmitglieder“ neu veröffentlicht.

Das kleine Buch erläutert wichtige datenschutzrechtliche Vorgaben für die Gemeinderatsarbeit beispielhaft anhand von 25 typischen Situationen aus der Praxis. Die Handlungsempfehlungen sind auch für Nichtjuristinnen und Nichtjuristen verständlich.

Zur Sprache kommt etwa die Verschwiegenheitspflicht der Mandatsträger, die auch dem Schutz personenbezogener Daten dient. Die Nutzung von Smartphones bei der Gemeinderatsarbeit ist ebenso Thema wie der Einsatz von Ratsinformationssystemen. Weiterhin geht es beispielsweise um den Datenschutz bei Personalentscheidungen oder den Zugang zu Adressdaten von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Informationsbroschüre kann kostenfrei in gedruckter Form bei der Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz bezogen werden. Zudem steht die Publikation unter <https://www.datenschutz-bayern.de> als PDF-Datei kostenfrei zum Download bereit. **DK**



## WIR FÖRDERN OBEN UND UNTEN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 089 / 21 24 - 10 00

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

Beratung.  
Finanzierung.  
Erfolg.



# Bayern – gebaut aus heimischen Bau- und Rohstoffen

Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) feiert 75-jähriges Bestehen

Seit Gründung im Jahr 1945 hat der BIV das Baugeschehen im Freistaat maßgeblich begleitet und beeinflusst. Mit dieser Botschaft empfing der Verband am 16. Oktober 2020 in Rottach-Egern neben den anwesenden Mitgliedern die Bayerische Bauministerin Kerstin Schreyer zur Jubiläums-Mitgliederversammlung. Natürlich unter strengen Corona-Auflagen.

## Das Fundament unserer modernen Gesellschaft

BIV-Präsident Georg Fetzter zur aktuellen Situation: „Die Bau- und Rohstoffbetriebe in Bayern haben auch im Corona-Jahr 2020 die Bauindustrie mit den benötigten Grundstoffen versorgt. Hier kommt der große Vorteil der regionalen Gewinnung und Produktion zum Tragen. Kurze Transportwege und eine von Importen unabhängige Versorgung stellen immer noch die schnelle und ausreichende Belieferung der Baustellen sicher. Wir haben daher die Entscheidung des Bayeri-

schen Bauministeriums, die Baustellen weiter zu betreiben, begrüßt.“ Der Bau hat sich in Krisenzeiten zum Wirtschaftsmotor entwickelt.

## Baustellen offen halten

Bauministerin Kerstin Schreyer dankte der Branche für ihr Durchhaltevermögen: „Sie haben in den letzten Monaten die Bauwirtschaft am Laufen gehalten. Das war wichtig. Wir werden auch weiterhin dafür arbeiten, die Baustellen offen zu halten und ein verlässlicher Auftraggeber zu sein. Ich freue

mich, wenn wir an unserem guten Austausch weiterhin festhalten.“

## Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten

Schon seit jeher haben regionale Bauprodukte Bayern geprägt und ganze Regionen vom Rohstoffreichtum Bayerns profitiert. In einer in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft sind Gewinnungsstätten längst keine bloßen Einschnitte in die Landschaft. Heute schafft die Industrie durch die natürlichen Gegebenheiten vor der Haustüre Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten – Lebensräume, wie sie heute in Bayern kaum mehr zu finden sind. „Wir sind eine der wenigen Branchen, die sichtbar und umfänglich mehr zurückgibt als sie nutzt. Die

Flächen werden im Vergleich zur Ausgangssituation in vielen Fällen sogar aufgewertet“, betont Präsident Fetzter.

Die Herausforderungen der Zukunft liegen vor allem in der nachhaltigen Produktion und dem nachhaltigen Einsatz. Dafür arbeiten die Mitgliedsfirmen des BIV an energieeffizienten, kreislauforientierten und klimaneutralen Massivbaustoffen. Diese sind schon jetzt im Vergleich zu Konkurrenzbaustoffen in Sachen Nachhaltigkeit gleichwertig – Stichwort Lebenszyklus – in einigen Bereichen sogar besser – Brandschutz, Dämmung, Wiederverwertung.

## Plädoyer für ein lokales Miteinander

Bauen und die Annehmlichkeiten einer funktionierenden Infrastruktur ja, die Grube oder den Steinbruch vor der Haustüre aber nicht? Wer Nachhaltigkeit ernst nimmt, kommt an einer regionalen Rohstoffversorgung nicht vorbei. Diese große Stärke Bayerns in den vergangenen Jahrhunderten muss die Stärke des künftigen Bauens bleiben. □



V.l.: Dr. Bernhard Kling (Geschäftsführer BIV), Kerstin Schreyer (Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr), Georg Fetzter (Präsident BIV).  
Bild: BIV/Armin Weigel

## Schwere Zeiten für die Förderung von Wohnraum?

An der Spitze des bayerischen Bauministeriums hat es in den vergangenen Jahren mehrere Wechsel gegeben, bei der Wohnraumförderung hat sich aber leider nur wenig getan. Letztmals im Jahr 2015 konnte der damalige Bauminister Joachim Herrmann mit dem Wohnungspakt ein deutliches Signal für den geförderten Wohnungsbau aussenden: Der Wohnungspakt setzte eine klare Struktur, gab ein definiertes Ziel vor und formulierte eine verbindliche politische Absichtserklärung zum Mitteleinsatz über vier Jahre hinweg.

Im Jahr 2015 sind auch erstmals Zuschüsse in der staatlichen einkommensorientierten Förderung und im kommunalen Wohnraumförderungsprogramm gewährt worden. Fünf Jahre später ist der Wohnungspakt ausgelaufen. Das kommunale Förderprogramm wurde zwar verlängert, aber eine Anpassung der Wohnraumförderung auf aktuelle Herausforderungen ist nicht erfolgt. Vielmehr noch: Staatsministerin Kerstin Schreyer stellte sogar in einem Interview die Zuständigkeit des Freistaates Bayern in Frage. Rückläufige Mittel von Bund und BayernLabo sollen nicht mehr durch neue Mittel des Freistaates abgedeckt werden.

In einem Hörfunk-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk hat Staatsministerin Kerstin Schreyer mehrfach betont, dass allein die Kommunen für den Wohnungsbau zuständig seien. Die bislang überschaubare Zahl an neu entstandenen Wohnungen durch die Bayernheim sei ein freiwilliger Beitrag des Freistaats dort, wo die Stadt es nicht geschafft habe, ge-

nügend Wohnungen zu errichten. Die Zuweisung von Zuständigkeiten an die Kommunen überrascht, steht doch eindeutig formuliert in der Bayerischen Verfassung: „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden“.

Hellhörig machte schließlich die Aussage der Ministerin, wonach soziale Wohnungen nicht entscheidend seien, sondern kostengünstiges Bauen im Vordergrund stehe. Mit solchen Aussagen entfernt sich die Ministerin deutlich von dem bisher gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und den Kommunen beschrittenen Weg, mit Hilfe des geförderten Wohnungsbaus besonders einkommensschwachen und weniger begüterten Menschen auch in Wachstumsregionen Wohnraum zu sichern.

Obwohl es nicht vorrangige Aufgabe der Städte und Gemeinden ist, bezahlbare Wohnungen selbst zu bauen, vielmehr „nur“ zu fördern, investieren die Städte und Gemeinden und deren kommunale Wohnungsunternehmen viel Geld.

## Zeichen setzen

Sie engagieren sich mit hohem finanziellen Aufwand, um selber dort geförderte Wohnungen zu bauen, wo private Wohnungsunternehmen sich zurück ziehen, weil sie auf Grund besserer Renditechancen lieber in den freien Wohnungsbau investieren. Gerade jetzt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Haushaltsverhandlungen im Bayerischen Landtag, wäre es wichtig, ein klares Zeichen für mehr geförderten Wohnungsbau zu setzen. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat aktuell zur Wohnraumförderung einen Beschluss gefasst. Der Vorstand fordert den Freistaat auf, die Mitteleinsatzplanung für die Wohnraumförderung auf einem planbaren und hohen Niveau zu halten.

Als Vorbild dafür könnte der Wohnungspakt 2015 dienen, der die Ziele des Freistaats über einen Zeitraum von vier Jahren definierte. Die Erfahrungen mit dem Wohnungspakt und das Resultat dürfen rückblickend als Erfolg bezeichnet werden. Die Wohnungswirtschaft braucht eine klare und über mehrere Jahre verlässliche Strukturierung der Wohnraumförderung durch den Freistaat mit klaren Zieldefinitionen. Darüber hinaus erfordern weiterhin steigende Baukosten und Grundstückspreise eine Anhebung der Zuschüsse beispielsweise in der am Einkommen orientierten Förderung von bislang bis zu 300 Euro pro Quadratmeter auf mindestens 500 Euro pro Quadratmeter. IdBSt

## Historische Bausubstanz erhalten

Verleihung des Förderpreises der Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken

Den in diesem Jahr mit insgesamt 175.000 Euro dotierten „Förderpreis der Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken zur Erhaltung historischer Bausubstanz“ hat Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in Schweinfurt an die Eigentümer der in diesem Jahr sieben ausgezeichneten Gebäude überreicht.

Zu den Preisträgern zählen die Gemeinde Bergheinfeld für die Generalsanierung der „ehemaligen Vogtei“ des Juliusspitals (Landkreis Schweinfurt), die Aschaffener Versorgungs-GmbH (AVG) für das Digitale Gründerzentrum „Alte Schlosserei“ und die Stadt Schweinfurt für die Sanierung des „Zeughaus“.

## Aufwändige Restaurierung

An prominenter Stelle in Bergheinfeld steht die ehemalige Vogtei des Juliusspitals, in dem sich heute das Rathaus befindet. Dotzel lobte die Gemeinde Bergheinfeld für die aufwändige Restaurierung des Gebäudes. „Mit dieser Generalsanierung hat die Gemeinde Bergheinfeld ein wichtiges Zeichen für die Zukunft des Ortskerns und für eine erfolgreiche Innenentwicklung gesetzt.“

Auch das Digitale Gründerzentrum „Alte Schlosserei“ in Aschaffenburg sei heute ein echter Hingucker. Dotzel sprach von „einer genialen Mutation, die das einstige Apparatehaus

des Aschaffener Gaswerks erlebt hat“. Dem ehemaligen Gas- und Kohlewerk bescheinigte er eine „zukunftsweisende Nutzung“. Denn nachdem das Gebäude jahrzehntelang als Schlosserei und Ausbildungswerkstatt der Aschaffener Stadtwerke gedient habe, wurde es nun zum Digitalen Gründerzentrum ausgebaut. „Durch die Aufarbeitung vorhandener historischer Einbauten wurden inspirierende Arbeits- und Begegnungsräume geschaffen“, unterstrich der Bezirkstagspräsident.

## Identifikationspunkt

Auf eine lange Geschichte blickt auch das Zeughaus in Schweinfurt zurück. „Das Anwesen mitsamt dem umgebenden Platz prägen das Stadtbild und bilden einen Identifikationspunkt der nördlichen Altstadt“, stellte Dotzel fest. Umso schöner sei es, dass dieses Gebäude jetzt als offener Begegnungsort für Kinder, Jugendliche und Familien aus dem ganzen Stadtgebiet diene. DK



Ging pünktlich zu Beginn des neuen Schuljahres in Betrieb: Die neugebaute Dreifach-Turnhalle der Maisacher Orlando-di-Lasso-Realschule. Sie verfügt über Induktionsschleifen für Hörgeschädigte und eine in der Wand versenkbare Teleskoptribüne. Bild: LRA Fürstentumdruck

## Neue Dreifach-Sporthalle in Maisach

Die neu errichtete Dreifach-Sporthalle an der Orlando-di-Lasso-Realschule Maisach ist pünktlich zum Schuljahresbeginn in Betrieb gegangen. Als Pilotprojekt ist die Halle auf die besonderen Bedürfnisse hörgeschädigter Schülerinnen und Schüler eingerichtet. Die alte, sanierungsbedürftige Halle wird abgebrochen. An deren Stelle entsteht ein neuer, deutlich größerer Pausenhof.

„Ich freue mich, dass die Abwicklung des Projekts so gut geklappt hat und die Turnhalle planmäßig fertiggestellt werden konnte“, betonte Landrat Thomas Karmasin anlässlich der Inbetriebnahme. Der Spatenstich fand im März 2019 statt. In der Bauzeit bis September 2020 entstand eine zeitgemäße und moderne Sporthalle, die auch als Versammlungsstätte genutzt werden kann. Zum Schuljahresbeginn 2020/2021 konnte die lang ersehnte neue Sporthalle nun

an die Schulfamilie der Realschule und an die Gemeinde Maisach für den Breitensport und die Vereinsnutzung übergeben werden.

„Mit der Inbetriebnahme der neuen Turnhalle kann die Gemeinde Maisach im guten Miteinander mit dem Landkreis ihren Vereinen wieder zuverlässig nutzbare Räumlichkeiten für Sportangebote und Veranstaltungen bieten“, erklärte Maisachs Bürgermeister Hans Seidl. Das Projekt sei eine Bereicherung sowohl für die Schule als auch die Gemeinde.

## Sinnvolle Kooperation

Der Neubau wurde seit geraumer Zeit freudig von den Nutzern erwartet, da die alte Dreifach-Turnhalle aus den 1970er Jahren aufgrund ihres maroden Dachtragwerks seit Jahren sanierungsbedürftig war, wodurch es in den Wintermonaten immer wieder zu Hallensperrungen kam. Beim jetzigen Neubau gab es wie bereits Mitte der 1970er Jahre erneut eine Kooperation zwischen dem Landkreis und der Gemeinde Maisach. So beteiligte sich die Gemeinde anteilig an den Errichtungskosten für die Versammlungsstätte. Des Weiteren ist das neue Beachvolleyballfeld auf dem Freibadgelände Maisach errichtet worden und die neuen Lehrerparkplätze konnten auf einer Grundstücksfläche der Mittelschule entlang der Schulstraße entstehen. Durch die Verlagerung des Standorts der Lehrerparkplätze und des Beachvolleyballfeldes kann der künftige Pausen-

## Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten



✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen

✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in Ihrem Haushalt

✓ Wir sind Ihr „Baum auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten

✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien



www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Aus Teistung Buntsandstein:

## Der Tondachziegel für Generationen

Natürlich, nachhaltig, für ewig: ERLUS Tondachziegel, aus dem 250 Millionen Jahre alten Teistung Buntsandstein, sind ein natürliches Bauprodukt für Generationen.

Im Jahr 2001 hat ERLUS das ehemalige Ziegelwerk Bernhard mit dem Rohstoffvorkommen im thüringischen Teistung gekauft und die Produktionsstätte 2009 für die Dachziegelproduktion umgebaut. Rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten dort und setzen die traditionelle Ziegelproduktion der Region fort.

### ERLUS setzt keramische Tradition am Standort Teistung fort

Unter dem Motto „Für ewig dein!“ ([www.fuer-ewig-dein.de](http://www.fuer-ewig-dein.de)) präsentiert ERLUS seinen Standort Teistung in Thüringen und die Dachziegel, die dort aus dem 250 Millionen Jahre alten Mittleren Buntsandstein gefertigt werden. Durch das aufwändige Aufbereitungs- und Fertigungsverfahren entstehen aus dem lokalen Rohstoff Dachziegel von besonderer Qualität und feiner, keramischer Oberfläche. Diese Tondachziegel überdauern Generationen. Wer sein Steildach damit eindeckt, entscheidet sich bewusst nachhaltig: für ein natürliches, langlebiges, ressourcenschonendes und vor allem wartungsfreies Dach.

Für ewig dein! ERLUS greift damit das globale Thema Nach-

haltigkeit auf. Die aktuelle Lebenszyklusanalyse Steildach der Technischen Universität Wien zeigt, ökologisch und ökonomisch schneidet das Steildach mit Dachziegeln sehr gut ab. Betrachtet man etwa einen Lebenszyklus von 50 Jahren ist das Steildach gegenüber dem Flachdach 70 Prozent kostengünstiger und spart rund 13 Prozent CO<sub>2</sub> ein. Darüber hinaus ist das Steildach mit Dachziegeln praktisch wartungsfrei und einfach zu verarbeiten. Nach seiner Nutzung kann der Dachziegel zu 100 Prozent recycelt und im Wege- und Sportplatzbau oder als Pflanzensubstrat wieder verwendet werden.

### Ökologischer Produktionskreislauf

Wie nachhaltig ist mein Gebäude? Diese Frage gewinnt für viele Bauherren immer mehr an Bedeutung. ERLUS hat sich vom Institut für Bauen und Umwelt e.V. (IBU) zertifizieren lassen und die Umweltproduktdeklaration (EPD) erhalten. Sie bildet die Datengrundlage für die ökologische Bewertung der ERLUS Tondachziegel und beschreibt den gesamten Produktionsprozess vom Abbau bis zur Nachnutzung.

Die ERLUS Managementsysteme



Das natürliche Bauprodukt für Generationen: Der Karat® XXL wird aus Teistung Buntsandstein hergestellt. Bild: ERLUS

me für Energie und Umwelt sorgen dafür, den Energiebedarf so gering wie möglich zu halten und den spezifischen Energiebedarf fortwährend zu verbessern. Alle Abläufe werden kontinuierlich im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft: vom Rohstoffeinsatz bis hin zur Verpackung.

### Umweltverträglichkeit

ERLUS Dachziegel werden auf Holzpaletten gesetzt und sehr kompakt in Folie verschweißt. So ist die keramische Ware bestmöglich geschützt, kann kaum scheuern oder verrutschen. Das erleichtert das Handling auf der Baustelle, verhindert teure Transportschäden und damit verbundene, aufwändige Nachlieferprozesse. Die Palettenfolien sind chlor- und schwefelfrei aus reinen Kohlenstoffverbindungen und zu 100 Prozent recyclingfähig.

### Respekt vor der Natur

Der Teistung Buntsandstein wird direkt am Produktionsstandort abgebaut, das Ökosystem bleibt erhalten. Denn nach dem Abbau werden die Areale nach den Vorgaben des Naturschutzes mit heimischen Laubgehölzen aufgeforstet und in Biotope umgewandelt. Bedrohte Tierarten finden dort Schutz und ideale Lebensbedingungen.

Der Rohstoff wird mit einer Schürfkübelraupe schichtweise vom Hügel abgetragen und zwischengelagert. In einer Pendelmühle wird er dann zu pudrigem Tonpulver vermahlen und mit Wasser vermengt. Für eine homogene, keramische Masse wird das Material im Sumpfhäus durchfeuchtet und rund 70 Tage eingelagert. Dann besitzt es die beste Plastizität für den nachfolgenden Form-, Trocken- und Brennprozess.

### Vier Modelle, vielfache Möglichkeiten

Aus dem Teistung Buntsandstein entstehen vier von insgesamt 25 ERLUS Modellen: Der E 58 SL-D, der E 58 PLUS®, der Hohlalzfal SL und der Karat® XXL.

Der E 58 SL-D ist das universelle Modell mit durchgefärbter Masse. In Graphitgrau engobiert sieht der Ziegel nicht nur edel aus, der durchgefärbte Scherben ist auch sehr praktisch. Bei Schneidarbeiten sind die Schnittkanten dunkel und kaum sichtbar.

### Erster Flachdachziegel Europas

Der E 58 PLUS® ist das größte Modell unter den 25 ERLUS Dachziegeln und ideal für große Dachflächen. Der Quadratmeter Dach ist blitzschnell verlegt und extrem robust. Als erster Flachdachziegel Europas wurde er mit der Hagelwiderstandsklasse (HW) 5 ausgezeichnet und hält 50 mm großen Hagelkörner stand.

Der Hohlalzfal SL hat die regional-typische sanfte Wellenform mit der für den Teistung Buntsandstein charakteristischen Oberfläche. Der Klassiker ist ideal für die traditionelle Dacheindeckung und in den vier Farben Naturrot, Rot, Schwarz Matt und Saphirschwarz erhältlich.

Der Karat® XXL ist der moderne Designziegel und perfekt für ein zeitlos schönes Dach. Die klaren Kanten und geraden Linien werden mit dem feinen Teistung Buntsandstein besonders gut ausgeformt. Das Modell ist mit dem „red dot award“ ausgezeichnet und in seiner Form am Markt einzigartig.

### Die ERLUS Nachkaufgarantie

Das Dach wird nach ein paar Jahren durch einen Anbau erweitert? Kein Problem – ERLUS kann den baugleichen Dachziegel liefern. ERLUS garantiert den Nachkauf der Modelle Karat® XXL, E 58 SL-D und Hohlalzfal SL aus dem ERLUS Werk Teistung – über einen Zeitraum von 20 Jahren, gültig ab dem Tag der Auslieferung.

Die ERLUS AG gehört zu den führenden Herstellern von Dachkeramik und Schornsteinsystemen in Deutschland. Das mittelständische Unternehmen produziert an den Standorten Neufahrn und Ergoldsbach (Niederbayern) sowie in Teistung (Thüringen). Die Tondachziegel von ERLUS zeichnen sich vor allem durch Premiumqualität und hochwertiges Design aus. Gleich mehrere Dachziegel erhielten u.a. den begehrten iF Design Award. Der photokatalytisch aktive Tondachziegel ERLUS Lotus air® wurde in der Kategorie Nachhaltigkeit von BaustoffMarkt und BaustoffWissen als Produkt des Jahres 2020 ausgezeichnet.

### Gelebte Nachhaltigkeitsstrategie

Die vom Institut Bauen und Umwelt e.V. verliehene Umwelt-Produktdeklaration (EPD) für die Dachziegelherstellung bestätigt die bereits seit Jahren gelebte Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens in Entwicklung und Produktion. Neben hochwertiger Dachkeramik und zukunftsorientierten Schornsteinsystemen bietet ERLUS mit Via Vento S zudem ein universelles Lüftungsnetzwerk für Einfamilienhäuser an, welches auch für Passivhäuser bestens geeignet ist. □

ALLES  
GUTE  
für Ihr Haus!

DACH  
SCHORNSTEIN  
LÜFTUNG

schützt  
wärmt  
atmet

ERLUS 

Qualität aus Deutschland

[www.erlus.com](http://www.erlus.com)



Reform der Bauordnung:

## Weg frei für effektives Bauen

Der Bauausschuss hat der Novelle der Bayerischen Bauordnung zugestimmt. Beschleunigte Baugenehmigungen, vereinfachtes Abstandsflächenrecht und die Möglichkeit, den Baustoff Holz in allen Gebäudeklassen einzusetzen, soll Bauen künftig einfacher, effektiver und nachhaltiger machen. Der Opposition geht die Reform allerdings nicht weit genug. Sie kritisieren vor allem die Ausnahmeregelung für München, Nürnberg und Augsburg bei der Neuregelung des Abstandsflächenrechts.

Staatsregierung, Kommunen und die Bau- und Wohnungswirtschaft wollen in der Wohnungspolitik stärker an einem Strang ziehen – so lautete die Vereinbarung des Wohnungsgipfels im vergangenen Jahr. Dazu hat der Bauausschuss jetzt der Reform der Bayerischen Bauordnung zugestimmt, die Verfahren deutlich entschlackt und dadurch die Umsetzung sämtlicher Bauprojekte beschleunigen soll.

**Genehmigungsfiktion: schneller Bauen**

Einer der Hauptpunkte der Novelle ist die sogenannte Genehmigungsfiktion. Damit sollen Bauvorhaben im Bereich des Wohnungsbaus deutlich schneller genehmigt werden können. Für die meisten geplanten Wohngebäude soll künftig gelten: Wenn sich die Baugenehmigungsbehörde drei Monate nach dem Einreichen des Bauantrags nicht meldet oder

anders entscheidet, gilt der Antrag automatisch als genehmigt. Die Reform stellt jedoch gerade kleine Gemeinden vor personelle Herausforderungen, weil Mitarbeiter dann eine große Anzahl an Bauvorhaben fiktiv genehmigen müssen. Zudem erhöht sich der Druck auf die Bauherren, alle geltenden Vorgaben auch rechtmäßig einzuhalten.

Komplettes Neuland ist die Genehmigungsfiktion für einige Gemeinde und Städte, wie beispielsweise Nürnberg, allerdings nicht. „Wir machen das bei freistehenden Einfamilienhäusern heute schon so und haben damit gute Erfahrungen gemacht“, sagte Nürnbergs Baureferent Daniel Ulrich der Nordbayerischen Presse. So wird in Nürnberg nur bei Sonderbauten geprüft, ob alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Sonderbauten sind etwa Kindergärten, Hochhäuser, größere Verkaufsstätten oder Krankenhäuser. Alle übrigen Bau-

vorhaben werden derzeit im vereinfachten Verfahren behandelt.

Auch das Abstandsflächenrecht soll durch die Novelle vereinfacht werden. Die Abstandsflächen werden von 1 H auf 0,4 H gesenkt, also auf 40 Prozent der Wandhöhe reduziert, in Gewerbe- und Industriegebieten sogar noch weiter – was den Flächenverbrauch zurückfahren soll. Gemeinden können wie bisher auch größere Abstandsflächen in einer Satzung festlegen. Es bleibt dabei ein Mindestmaß von drei Metern. Dies soll allerdings nicht für Gemeinden ab 250.000 Einwohner gelten, München, Nürnberg und Augsburg bleiben also von der Regelung ausgeschlossen.

**Kritik am Abstandsflächenrecht**

Von den Oppositionsparteien wurde die Ausnahmeregelung stark kritisiert, denn gerade hier sei die Wohnungsnot besonders hoch und daher platzsparendes Bauen am dringendsten notwendig. „In Bayern leiden 162 Kommunen unter dem angespannten Wohnungsmarkt. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, was das Abstandsflächenrecht betrifft, wenn man die drei großen Städte von der Mindestmaßregelung herausnimmt. Eine Sonderregelung schafft ein eigenes Abstandsflächenrecht auf Basis einer willkürlich gewählten Einwohnerzahl und widerspricht zugleich dem Ziel des Gesetzentwurfes einer baurechtlichen Vereinfachung“, sagte Natascha Kohlen (SPD).

Einen „Konstruktionsfehler“ sieht auch Bauausschussvorsitzender Sebastian Körber (FDP) in der Regelung. Er möchte der Behörde erst vier Wochen Zeit geben, um alle Unterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen. Danach sollen die drei Monate Genehmigungsfrist beginnen. „Alles andere ist nicht praxistauglich“, sagte Körber. Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen) warf den Regierungsparteien vor: „Mit der Reform der Bauordnung drehen Sie nur an kleinen Schrauben und ändern nicht das große Ganze!“

**Dachausbau: Privilegien für Städte**

So beschrieb Sowa die Privilegien für große Städte im Bereich des Dachausbaus als „unmöglich“. Eigentümer sollen ein Dachgeschoss bald ohne Genehmigung ausbauen können, wenn die Gemeinde ihre Satzungen entsprechend anpassen. Dabei bleiben die Giebelfläche im Bereich des

**Positionspapier der Bundes-SGK zum Baulandmobilisierungsgesetz:**

## Nur mit Umwandlungsschutz verabschieden!

Mit Blick auf das vom Bundesinnenministerium in die Ressortabstimmung gegebenen Gesetzentwurfs für ein Baulandmobilisierungsgesetz hat der Vorstand der Bundes-SGK ein Positionspapier verabschiedet, in dem aufgrund der aktuellen Entwicklung der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in den Städten darauf gedrängt wird, einen besseren Umwandlungsschutz für die Mieter zu schaffen.

Laut Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, „haben wir auch im Herbst 2020 in vielen Städten und Gemeinden eine Wohnungsknappheit, insbesondere im Teilmarkt preiswerter Mietwohnungen. Deshalb gilt nach wie vor, dass alle Maßnahmen, die dazu beitragen diese Wohnungsnot zu begrenzen und ihr entgegen zu wirken, dringend erforderlich sind.“

Deshalb sei die Zielsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes zurecht mit einer Stärkung der Handlungsmöglichkei-

Dachs bei der Berechnung der Abstandsfläche in großen Städten auch künftig privilegiert, da diese Dachform prägend und gerade in den sogenannten Gartenstadtgebieten von großen Städten typisch sei. Eine Regelung ohne Ausnahme für Giebelflächen hätte hingegen eine Abstandsflächenvergrößerung auf der Giebelseite zur Folge, die laut CSU und Freie Wähler nicht beabsichtigt sei.

**Nachhaltigkeit: Holz als Baustoff**

Das Bauen mit Holz soll erleichtert werden und der Baustoff künftig in allen Gebäudeklassen verwendet werden dürfen. „Somit gewinnt Holz als Baustoff an Attraktivität und Bauherren haben nicht nur die Möglichkeit effektiver, sondern auch nachhaltiger zu bauen. Mit der Novelle sind wir ein sehr gutes Stück weitergekommen, um die Wohnungsnot in ganz Bayern zu lindern“, sagte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Manfred Eibl (Freie Wähler).

**Stellplatzpflicht: Flexibilität für Kommunen**

Die neue Bayerische Bauordnung sieht auch vor, dass Kommunen die Stellplatzpflicht flexibler regeln können, weil sie zum Beispiel alternative Mobilitätskonzepte berücksichtigen können. Außerdem soll die Pflicht zum Einbau eines Aufzugs wegfallen, wenn der Aufwand dafür unverhältnismäßig groß wäre. Auch beim Brandschutz sind Erleichterungen geplant. So entfallen der zweite Fluchtweg bei ebenerdigen Veranstaltungsstätten, wenn ausreichend Fenster vorhanden seien und auf die Prüfung des Brandschutznachweises und die entsprechende Bauüberwachung bei Mittelgaragen soll künftig verzichtet werden.

**Novelle im Landtag**

In der Bayerischen Bauordnung sind das Verfahrensrecht und die Sicherheitsanforderungen an bauliche Anlagen geregelt. Die Bauordnungsnovelle geht zurück auf den Wohnungsgipfel vom 11. September 2019. Sie berücksichtigt wesentliche Ergebnisse einer Abfrage unter den Verbänden des Wohnungsbaus, der Bauwirtschaft und der kommunalen Spitzenverbände. Nachdem die Staatsregierung den Gesetzentwurf im Juni 2020 in einer ersten Lesung in den Landtag eingebracht hatte, hat nun der Bauausschuss den Gesetzentwurf und die 52 Änderungsanträge beraten und beschlossen. Die zweite Lesung und Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Landtag soll voraussichtlich am 02.12.2020 stattfinden. red



Konnten sich selbst von der Wirksamkeit der Raumluftanlagen überzeugen: Die Heimatabgeordnete Petra Högl (Landtag) und Florian Oßner (Bundestag) mit Wolf-Geschäftsführer Christian Amann (rechts) und Bernhard Steppe, Geschäftsführer Vertrieb (links). Bild: Wolf GmbH

## Lüftungstechnik gegen Corona

MdB Florian Oßner besucht Lüftungsgeräte-Produktion der WOLF GmbH in Mainburg

Lüftung ist eines der zentralen Elemente, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. Vor diesem Hintergrund informierte sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Florian Oßner bei der WOLF GmbH, einem der führenden Systemanbieter von Heizungs- und Lüftungssystemen, über technische Lösungen und deren Anwendungsmöglichkeiten in Pandemie-Zeiten. Zugleich erhielt der Bundestagsabgeordnete bei einem Werksrundgang Einblicke in die Serienproduktion des neuen Luftreinigers „AirPurifier“.

Im Gespräch mit Bernhard Steppe, Geschäftsführer Vertrieb bei der WOLF GmbH, tauschte sich der Direktabgeordnete für die Region Kelheim und Landshut sowie Mitglied im Bundesausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen über die Einsatzmöglichkeiten von Lüftungssystemen gerade in Zeiten der Corona-Pandemie aus. Besonders in Bereichen, wo sich viele Menschen auf relativ engem Raum befinden wie in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Büros oder Restaurants ist eine hygienische Raumluft zwingend erforderlich, um Ansteckungen zu vermeiden.

**Hohe Luftqualität, gesundes Raumklima**

Die WOLF GmbH produziert an ihrem Standort in Mainburg hochwertige und professionelle Raumlufttechnische (RLT)-Anlagen. Korrekt geplante und ordnungsgemäß betriebene RLT-Anlagen sorgen für einen ausreichenden Austausch von ver-

brauchter Raumluft durch Frischluft und eine effiziente Filterung. Damit tragen sie entscheidend zu einer hohen Luftqualität und somit zu einem gesunden Raumklima im Gebäude bei. Des Weiteren startete WOLF Ende Oktober die Serienfertigung ihres neuen Luftreinigers „AirPurifier“, ein platzsparendes und sofort einsatzfähiges Luftfiltergerät zur Filterung von Aerosolen, und damit auch von Viren, Bakterien, Staub und Pollen. Das Gerät eignet sich für Innenräume mit unzureichender Lüftung in öffentlichen und gewerblichen Gebäuden.

**Erforderliche Planungs- und Investitionssicherheit**

„Wir haben uns intensiv auf die Produktion großer Stückzahlen unseres neuen Luftreinigers vorbereitet, um möglichst viele Klassenräume noch vor dem Winter auszurüsten zu können. Für einen flächendeckenden Einsatz braucht die Industrie Planungs- und Investitionssicherheit. Der Freistaat Bayern hat hier vorgelegt und als erstes Bundesland Gelder bereitgestellt, um schlecht zu belüftete Klassenräume mit Luftreinigungsgeräten auszustatten. Auch andere Bundesländer haben mittlerweile nachgezogen. Es ist wichtig, dass die Politik klare Signale setzt, damit wir unsere Produktion rechtzeitig auf die erwartenden hohen Bedarfe ausrüsten können. Sonst rennt uns die Zeit davon. Deshalb ist der Austausch zwischen Hersteller und Politik wichtig“, erklärt Bernhard Steppe, Geschäftsführer Vertrieb bei der WOLF GmbH.

**Zeichen setzen**

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner sagte dem Raumluftexperten bei seinem Besuch seine Unterstützung zu: „Die Corona-Pandemie stellt die Bildungseinrichtungen vor extreme Herausforderungen. Oberste Priorität hat die Gesundheit der Kinder und des Personals. Es ist jetzt an der Zeit, zu handeln. Die Firma Wolf ist nicht nur der größte Arbeitgeber in der Region, sie sorgt durch ihre Lüftungslösungen gleichzeitig auch für gesunde Raumluft.“ □

Staatsminister Füracker:

## Neuer Glanz für Feldherrnhalle und Kloster Plankstetten

Die Münchner Feldherrnhalle soll für die Münchner und ihre Gäste aus aller Welt optimal erhalten werden. Daher ist geplant, das berühmte Denkmal erstmals seit 70 Jahren umfassend zu sanieren und in neuem Glanz erstrahlen zu lassen. „So bleibt das Gebäude auch in Zukunft ein markantes Monument zwischen Residenz, Theatinerkirche und Hofgarten sowie als Startpunkt der historischen Ludwigstraße“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorstellung der geplanten Maßnahmen in München hervor.

Direkt an der Feldherrnhalle informieren bereits neue Infotafeln über die umfangreichen Sanierungspläne und die Geschichte des Bauwerks. Aus Fürackers Sicht „ist dies auch für Ortskundige eine gute Gelegenheit, das vermeintlich vertraute Monument neu zu entdecken“.

Konkret soll die Gebäudehülle aus Naturstein und Putz wieder erstrahlen und das bemalte Gewölbe sowie die Rückwand erneut in vollen Farben leuchten; das Hallenpodium bekommt seinen historischen Belag zurück. Zudem werden die großen bronzenen Standbilder im Halleninneren und die markanten Steinlöwen, die die Zugangstreppe flankieren, restauriert und erhalten ihren ursprünglichen Glanz. Aber auch das Innenleben der Feldherrnhalle wird auf seine Statt hin überprüft, um ggf. erforderliche Maßnahmen zur Gebäudesicherung durchzuführen.

Die zahlreichen Einzelschritte der umfangreichen Maßnahmen an dem historisch einmaligen Bauwerk werden jetzt mit Fachleuten und Historikern geplant und dann dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags vorgelegt. Die eigentlichen Bauarbeiten werden nach Abschluss der Planungen und Freigabe durch den Bayerischen Landtag in etwa zwei Jahren beginnen und voraussichtlich bis 2025 dauern.

**Leuchtturm der Nachhaltigkeit**

Szenenwechsel. Als „Leuchtturm der Nachhaltigkeit“, der sich perfekt in das denkmalgeschützte Ensemble einfügt, bezeichnete Füracker beim Richtfest den Neubau St. Wunibald im Kloster Plankstetten. St. Wunibald sei jetzt das größte Holz-Stroh-Haus Süddeutschlands. Mit der Verwendung von Bio-

Stroh aus der klostereigenen Landwirtschaft und Bauholz aus dem eigenen Klosterforst sowie Lehm aus der Umgebung würden eigene Ressourcen vorbildlich genutzt und Transportwege minimiert.

Das fast 900 Jahre alte historische Benediktinerkloster sei „ein erhaltenswerter und traditionsreicher Bestandteil unserer Heimat Bayern, der zugleich Fortschritt und Nachhaltigkeit vorlebt. Der traditionelle Baustoff Stroh erfüllt zahlreiche Kriterien eines modernen und nachhaltigen Dämmstoffs und gewinnt heute wieder zunehmend an Bedeutung“, stellte der Minister fest.

**Mehrere Bauabschnitte**

Das neue Gebäude, das am Standort der ehemaligen Turnhalle errichtet wurde, erfüllt künftig mehrere wichtige Funktionen, nicht nur für das Kloster. Es wird neben Büroräumen der Pfarrei auch den Abt-Maurus-Kindergarten der Stadt Berching sowie 30 Einzelzimmer für Gäste des Klosters beherbergen. „Durch die Besinnung auf benediktinische Traditionen steht das Kloster Plankstetten heute nicht nur wirtschaftlich auf eigenen Füßen“, merkte Füracker an, „es lebt auch vor, in welchem Geiste Nachhaltigkeit steht.“

Die klösterlichen Betriebe wurden in den vergangenen Jahrzehnten konsequent auf ökologischen Landbau umgestellt und ein regionaler Wirtschaftskreislauf aufgebaut. Bildung steht mit dem Bildungshaus und der zum Teil öffentlichen Klosterbibliothek weiterhin im Mittelpunkt des Klosterlebens. Seit 1998 läuft eine Gesamtplanung der Klosteranlagen in mehreren Bauabschnitten mit Kosten von fast 50 Millionen Euro mit Förderung von Freistaat, Bund und EU. DK

Lindner Traktoren:

## 2. Virtuelle Werksausstellung

Der Tiroler Traktoren- und Transporterhersteller Lindner erweitert seine Lintrac-LS-Serie. Bei der 2. Virtuellen Werksausstellung, die im Oktober auf [www.lindner-traktoren.at](http://www.lindner-traktoren.at) startete, gab es die ersten Einblicke in den neuen Lintrac 75 LS, den dritten Lintrac mit Lastschaltung. Mit der Lintrac LS-Reihe löst Lindner die erfolgreiche Geotrac-Serie ab.

„Der Lintrac 75 LS spielt seine Stärken als Allroundtraktor in der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft aus“, betont Geschäftsführer Hermann Lindner. Wie bei allen LS-Modellen kommt ein Perkins-Syncro-Motor der Stufe 5 mit vier Zylindern zum Einsatz (Leistung: 76 PS (55 kW)). Lindner verbaut ein 16/16-Gang-Getriebe von ZF Steyr. Der Traktor ist besonders wendig und überzeugt mit seiner leistungsstarken Hydraulik von Bosch-Rexroth. Komfort verspricht die Kabine mit mechanischer Kabinenfederung.

**12.000 Besucher online mit dabei**

Das nationale und internationale Interesse an der virtuellen Werksausstellung war bereits am ersten Wochenende groß, bilanziert Marketing- und Exportleiter David Lindner: „Wir zählten am ersten Wochenende 12.000 Online-Besucher. Sie informierten sich vor allem über den neuen Lintrac 75 LS, aber auch über weitere Neuheiten wie den stufenlosen Unitrac 122 LDrive und den Unitrac 72 P5.“ Die Facebook-Fragestunde am Eröffnungstag nutzten 2.000 Traktoren- und

Transporterprofis. „Die 2. Virtuelle Werksausstellung läuft noch bis Ende November unter anderem mit einer Video-Führung durch das Lindner-Werk in Kundl. Die wurde am ersten Tag bereits 10.000 Mal auf dem Lindner-YouTube-Kanal angeschaut“, so der Marketingchef.

**Herbstaktion 2020**

Für alle neuen Lintrac- und Unitrac-Modelle bietet Lindner in seiner Herbstaktion 2020 3.000 Euro Eintauschhilfe. Außerdem erwarten die Kunden das Werkzeugset der Kärntner Firma Offner und das TraLink Mobile, die Telematik-Lösung für unterwegs. Stufenlos und made in Austria sind die Kommunalprofi-Modelle. Der stufenlose Lintrac 130 und der Unitrac 112 LDrive sind zu attraktiven Preisen mit Top-Ausstattung erhältlich. Alle neuen Lintrac- und Unitrac-Modelle sind mit modernsten Stufe5-Motoren ausgerüstet.

**Landwirtschafts-Simulator**

Auch Spielbegeisterte kommen bei der virtuellen Werksausstellung auf ihre Kosten. Ab

7.11.2020 kann der Geotrac Supercup gratis in den Landwirtschafts-Simulator geladen und gespielt werden. Der Landwirtschafts-Simulator ist eines der

## Innovationspreis Gartenbau 2020

Der Gartenbaubetrieb Blumen Schwarz aus Schwabach hat in Zusammenarbeit mit der Firma Innok Robotics, Regensburg, für ihren Friedhofs-Gießroboter den „Innovationspreis Gartenbau 2020“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erhalten. Die mit 7.500 Euro dotierte Ehrung wurde den Preisträgern in der Kategorie „Technik“ zuteil.

Laut Jury steigt der Gießaufwand für Friedhofsgärtnereien auf Friedhöfen durch die infolge des Klimawandels wärmeren Sommer rapide. Ein Gießroboter kann hier eine große Hilfe sein. Blumen Schwarz hat seine Idee für einen Gießroboter für den Friedhof in die Tat umgesetzt. Zusammen mit der Fa. Innok Robotics erfolgte die Entwicklung und der Bau des Gießroboters Rainos, der seit Sommer bereits auf zwei Friedhöfen im Bundesgebiet im Einsatz ist.

**Mit GPS durch die Nacht**

Das Gerät fährt mit Hilfe von GPS in der Nacht selbstständig über den Friedhof und bewässert bis zu 180 voreingestellte Grabstellen. Die Voreinstel-

lung wird mit einer manuellen Scan-Fahrt per Funkfernsteuerung aufzeichnet. Auflade- und Tankstation für Wasser und Strom werden bei der Route berücksichtigt und jeder Grabstelle wird die gewünschte Wassermenge zugeordnet. Da der Roboter nun nachts das Gießen übernimmt, kann sich der Friedhofsgärtner tagsüber auf andere Arbeiten konzentrieren. Der Prototyp wird derzeit getestet und auftretende Probleme bearbeitet.

Aus Sicht der Jury ist die Entwicklung vielversprechend. Mit dem Rainos sei ein anwendungsfreundlicher Gießroboter entwickelt worden, der sowohl in Friedhofsgärtnereien als auch in Baumschulen eingesetzt werden kann.



V.l. Frieder Füllemann, Verkauf Henne GmbH, und Johannes Roth, Bauhofleiter Gemeinde Gauting, mit dem neuen Unimog U 219.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

## Ein Unimog für Gauting

Übergabe eines U 219 an den Bauhof

Der U 219 ist ideal für den Garten- und Landschaftsbau und auf die Bedürfnisse von Kommunen und kleineren Unternehmen zugeschnitten. Er ist der ideale Nachfolger der heute noch verbreiteten Modelle U 1200, U 1400 und U 1600, die bis 2002 hergestellt wurden.

In seiner Kompaktheit, Nutzlast, Kraft, Robustheit und Zuverlässigkeit bietet der U 219 ähnliche Werte wie die früheren Modelle, kann aber den aktuellen Stand an Komfort, Sicherheit und Effizienz für sich verbuchen. Mit 190 PS ist er noch effizienter, leistungsfähiger und zugleich wendiger als seine Vorgänger.

**Nicht nur Winterdienst**

Der neue Unimog, den die Gemeinde Gauting von Frieder Füllemann, Verkaufsleiter bei Hen-

ne Nutzfahrzeuge, in Empfang genommen hat, ersetzt einen U 1400. Vorwiegend soll das neue Fahrzeug im Winterdienst im Einsatz sein. Daher wurde es mit einem Keilschneepflug von Aebi Schmid ausgestattet. Bauhofleiter Johannes Roth erklärt, dass die Arbeitsbereiche immer enger werden: „Größer dürften die Abmessungen des Unimogs deshalb nicht mehr sein.“ Im Sommer übernimmt der Unimog Transportaufgaben und erleichtert den Bauhofmitarbeitern die tägliche Arbeit.

Früheres Wackersdorfer Braunkohle-Südrevier:

## Erfolgreiche vorzeitige Beendigung der Rekultivierung

Die Rekultivierungsarbeiten von Uniper im rund fünf Hektar großen nördlichen Bauabschnitt 02 des Westfelds zwischen Wackersdorf und Steinberg unterhalb des Geotops sind beendet. Nach der offiziellen Endabnahme erklärte Andreas Stake, Gesamtprojektleiter von Uniper für das Projekt Oberpfälzer Seenland zur Rekultivierung des ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaus, zufrieden: „Wir freuen uns, dass wir in der Firma Kassecker einen Partner hatten, der das anspruchsvolle Rekultivierungsprojekt nicht nur in einer ausgezeichneten Qualität, sondern auch innerhalb des Budgetrahmens und rund drei Monate früher als geplant umgesetzt hat.“

Auch das ausgefeilte Arbeitssicherheitskonzept für alle vor Ort Tätigen, an dem die Firma Kassecker entscheidend mitgewirkt hat, habe sich voll und ganz bewährt, so dass es während der gesamten Bautätigkeit auf dem Gelände keinen einzigen Arbeitsunfall gegeben habe und auch keinen Ausfall durch die Sars-CoV-2-Pandemie“, so Stake.

In rund 15 Netto-Arbeitsmonaten (ohne Winterpause zwischen November 2019 und März 2020) schufen die beteiligten Baufirmen in rund 50.000 Arbeitsstunden mit modernsten Arbeitsgeräten rund um die mit gut 30 Metern tiefste Stelle des Westfeldgeländes eine grüne Hügellandschaft samt wieder hergestelltem Irlacher See.

Dabei wurden die ehemals intensiv industriell und bergmännisch genutzten Flächen abgedichtet und die Oberfläche durch einen in Schichten angelegten Aufbau des Rekultivierungsbodens neu gestaltet mit dem Ziel, der Region ökologisch wertvolle Landschaften zurückzugeben zu können.

**Forschungsprojekt**

Der wieder erstandene Irlacher See dient als Sickerwassersammler. Diese Wässer werden mit Hilfe der vier hochmodernen, neuen Saugpumpen in die Wasseraufbereitungsanlage gepumpt und von dort entsprechend den behördlichen Vorgaben gereinigt in den Knap-

pensee weitergeleitet. In einem vom Umweltconsultingbüro Base Technologies initiierten Forschungsprojekt wird erprobt, diese energieintensive, chemische Wasseraufbereitung langfristig durch ein energiesparendes und CO<sub>2</sub>-vermeidendes, biologisch passives Reinigungsverfahren zu ersetzen.

Insgesamt mussten aus der Region rund 240.000 Tonnen Rekultivierungsböden per LKW antransportiert werden. Die Transportwege konnten im Sinne von Klimaschutz und Ressourcenschonung kurzgehalten werden. Die Böden wurden vor dem Einbau entsprechend der behördlichen Auflagen systematisch geprüft und gegebenenfalls zusätzlich aufbereitet.

Die Rekultivierungsflächen des Westfeld-Bauabschnitts 02 wurden inzwischen begrünt und entwickeln sich schneller als erwartet zu einem naturschutzfachlich wertvollen Magerrasen, durchsetzt mit Totholz- und Steininseln. „Unsere Leute konnten täglich beobachten, wie gut das Gebiet nach und nach von Flora und Fauna angenommen wird“, so Paul Zant, Gesamtprojektleiter der Firma Kassecker für den Rekultivierungsabschnitt rund um den Irlacher See.

Rund zehn Millionen Euro investierte Uniper allein in diesen zweiten Rekultivierungsabschnitt. Neben diversen regionalen Zulieferfirmen waren durchschnittlich rund 20 Mitarbeiter von Kassecker, Uniper sowie den Gutachter-, Planungs- und Überwachungsbüros mit den Arbeiten vor Ort beschäftigt. Mit der Beendigung der technisch sehr anspruchsvollen Arbeiten im Bauabschnitt 02 folgt in den kommenden Wintermonaten intensive Büroarbeit. Die Planungen für den flächenmäßig mit rund 30 Hektar sechs Mal so großen Bauabschnitt 03 (Westfeld-Damm) im Südosten des Westfelds laufen auf Hochtouren. □



Henne Nutzfahrzeuge liefert acht Hansa-Geräteträger (viermal APZ 1003 L und viermal APZ 1003 K) an die AHD Sitzberger GmbH. Die werden in München und Umgebung im Einsatz sein. Das Bild zeigt v.l.: Christian Sitzberger, Hans Sitzberger, Clarissa Schellong von AHD, Patrick Palmeyer und Norbert Palmeyer von Hansa und Werner Ottl, Henne Nutzfahrzeuge.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge



## Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](http://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**  
Markt Wiesau, 4100 Einwohner und Verwaltungsgemeinschaft Wiesau mit zusätzlicher Mitgliedsgemeinde Falkenberg (1.000 Einwohner)

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?**  
Hauptamtlicher Erster Bürgermeister seit 1.5.2002, vorher 18 Jahre ehrenamtlicher 2. Bürgermeister vom 1.5.1984 bis 30.4.2002.

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

Freude am Umgang mit Menschen und die Chance, die eigene Heimatgemeinde mitzugestalten und nach vorne zu bringen.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Mein vorheriger Beruf als Diplomverwaltungswirt (FH) und die vorherige langjährige Tätigkeit als 2. Bürgermeister waren die beste Vorbereitung.

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

Überwindung einer damals etwas lethargischen Stimmung



### Toni Dutz

**Erster Bürgermeister in Markt Wiesau**

**Landkreis Tirschenreuth, Oberpfalz**  
Bezirks- und Kreisrat, Vorsitzender des kreisangehörigen Ausschusses des Bayerischen Städtetags und seit 2004 Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in der Oberpfalz, Bayerischer Städtetag

im Ort, Durchführung verschiedener notwendiger Infrastrukturmaßnahmen, Gewinnung von Bauland.

**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**  
Belebung des interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiets zwischen Autobahn A 93 und Eisenbahn gelegen, Sanierung des Kulturbahnhofs, Fortsetzung der Ortsgestaltung mit Städtebaufördermitteln, Bau eines Mehrgenerationenhauses mit betreutem Wohnen im alten Ortskern, Sanierung des Schulsportzentrums, Dorferneuerung im Ortsteil Triebendorf, Schaffung von zusätzlichen KiTaplätzen.

**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Überwindung der immer mehr ausufernden Bürokratie, Überwindung der Coronakrise, Schaffung von weiteren Bauplätzen und Grund

für die Ansiedlung von Betrieben, Sicherung und weiterer Ausbau der örtlichen kommunalen Infrastruktur.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Mit Standfestigkeit und Mut die täglichen Aufgaben angehen und sich von der Bürokratie und den Leuten mit „Verhinderungsmentalität“ nicht aufhalten lassen!

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

Ständige Kommunikation mit allen Beteiligten, Bürgerversammlungen und Ortsteilveranstaltungen, Bürgerstammtische, tägliche Gespräche mit den Mitarbeitern im Rathaus und Berücksichtigung/Abwägung von stichhaltigen Argumenten bei allen Entscheidungen

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**  
Enormer Einfluß in allen Bereichen der Kommunalpolitik.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**  
Jedem Menschen recht getan ist eine Kunst die niemand kann und Standfestigkeit in der Niederlage und Bescheidenheit im Sieg!

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**  
Als einer, der für das Wohl seiner Heimat und der Menschen gekämpft hat.

## Bayern demografiefester machen

„Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land, sind oberstes Leitziel unserer Heimatpolitik. Als Heimatminister freut es mich daher besonders, dass die positiven demografischen Entwicklungen der vergangenen Jahre auch im ländlichen Raum sichtbar werden. Das Demografie-Kompetenzzentrum in Kronach unterstützt seit 2016 den Freistaat und regionale Akteure bei der Schaffung demografiefester Strukturen in Oberfranken. Es hat in den vergangenen vier Jahren wertvolle Arbeit für Oberfranken geleistet“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in einer Videobotschaft für die Online-Jahrestagung des Demographie-Kompetenzzentrums Oberfranken hervor.

Nach den Worten Fürackers konnten gemeinsam vielfältige Projekte wie die „Mitfahrbänke“, „SmartSpace Oberfranken“ und eine umfangreiche Imageanalyse Oberfrankens realisiert werden. Eine Besonderheit des Kompetenzzentrums sei seine große Flexibilität. Mit passgenauen Ideen kann es auch auf kurzfristige Herausforderungen reagieren. So wurde zu Beginn der Corona-Pandemie innerhalb weniger Tage eine Online-Datenbank geschaffen, die eine Übersicht zu regionalen Hilfsangeboten bietet. Füracker dankte dem gesamten Team herzlich für seine erfolgreiche Arbeit.

Im ländlichen Raum steigt seit 2012 die Bevölkerungszahl, nachdem sie in den Jahren zuvor stetig gesunken war. Auch in Oberfranken ist es gelungen, nach einer Phase der Abwanderung die Bevölkerungszahlen zu stabilisieren.

## Seniorenparadies in Günzburg

Unter 600 deutschen Städten landet die Große Kreisstadt mit Seniorenfreundlichkeit auf Platz 2

**Günzburg.** Die deutschlandweite Studie „Seniorenparadiese in Mittelstädten“ der Zeitschrift „Kommunal“ mit den Contor-Indikatoren versucht, die Städte zu finden, in denen sich Senioren willkommen fühlen, die eine relativ gute Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur bieten, die möglichst große Sicherheit bieten, die ein möglichst großes Angebot an Waren und Dienstleistungen für Senioren bieten und die gleichzeitig ein für die meisten Senioren bezahlbares Preisniveau aufweisen.

Daraufhin wurden nun alle deutschen Mittelstädte mit 20.000 bis 75.000 Einwohnern untersucht. Nach Bad Kissingen ist Günzburg die seniorenfreundlichste Mittelstadt Deutschlands.

Bereits im Februar wurde die Stadt Günzburg als einer der gründerfreundlichsten Mittelstädte Deutschlands ausgezeichnet und erfährt jetzt eine weitere Ehrung. Wo liegt Deutschlands Seniorenparadies Nummer Eins? Das wollte die Zeitschrift Kommunal mit einem aufwändigen Berechnungsverfahren herausfinden. Berücksichtigt wurden der Anteil der in der Stadt lebenden Senioren, Infrastruktur, Verkehrsanbindung, Baulandpreise, Kriminalitätsrate, Arbeitslosenquote, Gesundheitsversorgung, Freizeiteinrich-

tungen sowie die Gastronomie.

„Wir sind natürlich stolz auf dieses Ergebnis, bestätigt es doch unsere jahrelange gemeinsame Arbeit im Seniorenbereich mit der Verwaltung, dem Stadtrat, dem Seniorenbeirat und weiteren Einrichtungen in unserer Stadt. Unser seniorenpolitisches Gesamtkonzept trägt nun wunderbare Früchte“, kommentiert Oberbürgermeister Gerhard Jauernig die Studie. Die Investitionen in den Flexibus, der barrierefreie Ausbau der Altstadt sowie des Friedhofs, der Ausbau des Gesundheitsstandorts sowie die Ansiedlung von Wohnen in der Innenstadt werden einmal mehr belohnt.

Unter folgendem Link steht die Studie zum Download bereit: <https://www.contor.org/studien/kommunal/senioren/>



Oberbürgermeister Gerhard Jauernig und Seniorenbeiratsvorsitzender Gerhard Schöttl bei den Mobilitätstrainern für Senioren an der Jahnwiese: beide freuen sich über die Auszeichnung „Seniorenparadies“. In Günzburg.

Foto: Julia Ehrlich / Stadt Günzburg



v.l.: MdL Andreas Jäckel, Herbert Müller, Franz Feigl, Maximilian Wellner, Sabine Grünwald, Johanna „Hansi“ Metzner, Heinrich Bachmann, Staatsministerin Carolina Trautner, Christa Eichler, Herbert Kinzel (Oberottmarshausen), Stadtpfarrer Bernd Leumann, Kurt Aue, Walter Eichler, Christian Knauer, Leo Schön, Dr. Hella Gerber und Dietmar Heller.

Foto: Susanne Marb / Pressestelle BdV Bayern

70 Jahre SL-Ortsgruppe Königsbrunn/Wehringen/Klosterlechfeld:

## Hurra, Flüchtling ..

Von Kurt Aue

Die bayerisch-schwäbische SL-Ortsgruppe Königsbrunn/Wehringen/Klosterlechfeld in der SLKreisgruppe Augsburg-Land sowie im BdV-Kreisverband Augsburg-Land feierte das 70jährige Bestehen der ursprünglichen SL-Ortsgruppe Königsbrunn. Bei einem Festgottesdienst in der Königsbrunner Pfarrkirche Zur Göttlichen Vorsehung gedachten eine große Anzahl von SL- und BdV-Mitgliedern, zahlreiche Ehrengäste und etliche ‚einheimische‘ Gläubiger der Gründung der Vertriebenenorganisation vor 70 Jahren.

In einer kurzen Ansprache vor dem Gottesdienst erinnerte ich als Orts- und Kreisobmann, zugleich Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, an die Vertreibung der Sudetendeutschen und an die Gründerjahre der Landsmannschaft in der ‚neuen Heimat‘. Auch ich bin im Sudetenland geboren. Die Abläufe der Vertreibung haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt. „Achtung, Polizei, aufmachen“ und Pochen an der Haustür. „Sie haben sich in vier Stunden mit nur vier Kilogramm Gepäck am Marktplatz zum Abmarsch einzufinden. Bei Nichteinhalten werden Sie erschossen“, hallte es durch Henersdorf-Arnsdorf im Kreis Jägersdorf. Mit einem Zehn-Kilometer-Marsch flankiert von russischen Soldaten ging es nach Freiwaldau. Dort wurden wir in Viehwaggons verladen und abtransportiert wurde. Dass es mit uns nach Bayern ging, merkten wir erst bei der Ankunft.

### In gemeinsamer Armut zusammengerauft

Mit „Hurra, Flüchtling“ wurden wir „begrüßt“. Und auch noch einige Jahre danach musste man sich so einiges anhören. Nachdem aber die Einheimischen genauso arm wie die Ankömmlinge waren und weil wir dieselbe Sprache sprachen und demselben Kulturkreis entstammten, konnten wir uns schnell zusammenraufen.

Nach Königsbrunn kamen 1201 Heimatvertriebene, was bei der damaligen Einwohnerzahl 43 Prozent der Bevölkerung ausmachte. Fünf Jahre nach der Ansiedlung und als die Hoffnung, man dürfe irgendwann zurück in die angestammte Heimat, verflieg, gründeten viele die Sudetendeutsche Landsmannschaft. So auch in Königsbrunn. Am 25. April 1950 versammelten sich einige Sudetendeutsche im Gasthof Krone und wählten mit Alfred Adler den ersten Obmann der Königsbrunner Ortsgruppe.

### Hilfe bei der Eingliederung

In diesem Zusammenhang wählte man auch gleich den Kreisobmann für den Landkreis Augsburg. Seit dieser Zeit fungiert der Ortsobmann von Königsbrunn immer auch als Kreisobmann. Die Familien Adler, Treutler, Weisser und Metzner taten sich besonders hervor, wenn es darum ging, den Sude-

tendeutschen bei der Eingliederung zu helfen. Auch die Bürgermeister Fritz Wohlfarth, Adam Metzner, Ludwig Fröhlich und Franz Feigl waren und sind große artige Unterstützer der sudetendeutschen Organisation. Ebenso waren und sind die Landräte des Landkreises Augsburg bis zur heutigen Zeit mit Martin Sailer allesamt immer gute Helfer in der Not.

### Gründung der Egerländer Gmoi z' Königsbrunn

1958 wurde die Egerländer Gmoi z' Königsbrunn gegründet. Vorsitzender war Hans Langhammer. In der Nachfolge der SL-Obleute standen Alfred Adler, Otto Treutler, Albert Teichner und Lothar Silbernagel. Vor rund drei Jahren übernahm ich dieses Ehrenamt. Die Ortsgruppe war mit damals mehr als 300 Mitgliedern ein wichtiger Faktor in der Gemeinde Königsbrunn und stellte 40 Prozent der Gemeinderäte. Und auch als Königsbrunn 1967 zur Stadt erhoben wurde, stellte die SL noch 30 Prozent der Stadträte.“

Stadtpfarrer Bernd Leumann ging in seiner Predigt auf das Thema Vertreibung ein. Er mahnte an, dass es keine Kriege mehr geben sollte. Als große Bereicherung des Festgottesdienstes erwies sich die Teilnahme Blasorchesters Königsbrunn, das die musikalische Gestaltung übernommen hatte.

### Wahre Friedensstifter im geeinten Europa

In den Grußworten der Bayerischen Sozialministerin Carolina Trautner, zugleich Schirmherrschaftsministerin der Sudetendeutschen, des BdV-Vizepräsidenten Altlandrat Christian Knauer, zugleich Landesvorsitzender in Bayern, und von Bayerns Stellvertretendem SL-Landesobmann Dietmar Heller aus Markt Rettenbach kam zum Ausdruck, dass die Sudetendeutschen wahre Friedensstifter im geeinten Europa sind. Den Gottesdienst besuchten außerdem Königsbrunn Stadtobhaupt Franz Feigl, Schwabens BdV-Bezirksvorsitzender Andreas Jäckel MdL, Vize-Landrätin Sabine Grünwald und Hella Gerber, BdV-Kreisvorsitzende von Augsburg-Stadt und Stadträtin.

Ministerin Trautner brachte seitens der Staatsregierung zum Ausdruck, dass Bayern ohne die Sudetendeutschen nicht so gut dastünde. Knauer betonte, es

werde Zeit, die Jugend für die Ziele der Vertriebenenverbände zu mobilisieren, sonst könnten wir in 30 Jahren keinen 100. Geburtstag feiern.

Heller ging auf den Versöhnungsgedanken der Sudetendeutschen mit den Tschechen ein, der zur Zeit auf beiden Seiten im Gange sei. Zudem appellierte er, ähnlich wie beim Deutsch-Französischen Vertrag vorzugehen. Mit dem Auszugslied „Tief drin im Böhmerwald“, intoniert vom Blasorchester Königsbrunn, endete der – mit allen notwendigen Hygienemaßnahmen gestaltete – festliche Gottesdienst.

Quelle: Sudetendeutsche Zeitung Folge 39 | 25.9.2020

## BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, ChefIn vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel  
Telefon 08171 / 9307-11  
**Ständige Mitarbeiter:**  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertriebs:**  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Aus bei Kulturhauptstadt-Wettbewerb:

## Nürnberg verfolgt Projekte weiter

Nürnberg ist nicht Kulturhauptstadt Europas 2025. Den Titel hat die Stadt Chemnitz erhalten. Die Entscheidung einer europäischen Jury verkündete die Vorsitzende des Gremiums, die Österreicherin Sylvia Amann, bei einer Pressekonferenz der Kulturstiftung der Länder. Kulturschaffende, Bürgerinnen und Bürger, das Bewerbungsteam und die Stadtspitze haben die Entscheidung mit großem Bedauern aufgenommen. Zeitgleich herrscht Aufbruchsstimmung: Nürnberg will die zentralen Projekte der Bewerbung konzentriert weiterverfolgen.

In seiner ersten Reaktion sagt Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König: „Ich bin sehr enttäuscht und traurig. Nürnberg hat sich, vom Bewerbungsbüro über den Stadtrat und die Stadtspitze bis in die freie Szene hinein, viele gute Gedanken gemacht. Ich danke Bürgermeisterin Prof. Dr. Julia Lehner für ihren überragenden Einsatz für dieses Projekt, ebenso danke ich dem Leiter des Bewerbungsbüros, Prof. Dr. Hans-Joachim Wagner, dem Team und allen, die sich in den vergangenen Jahren wahn-sinnig engagiert eingebracht haben. Wir haben eine Bewerbung eingereicht, auf die wir stolz sein können, auch wenn es nicht geklappt hat. Der Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 wäre einfach klasse für die Stadt gewesen, aber es sollte nicht sein. Jetzt werden wir all die Dinge, die wir als richtig, wichtig und zukunftsweisend identifiziert haben, anschauen. Vieles ist es sicher wert, weiterverfolgt zu werden.“

### Größter Dank und höchste Anerkennung

Die Bürgermeisterin, Geschäftsbereich Kultur der Stadt Nürnberg, Prof. Dr. Julia Lehner, kommentiert: „Bereits durch die Teilnahme am Wettbewerb fühlt sich Nürnberg als Sieger. Am Prozess der Bewerbung haben sich tausende Nürnbergerinnen und Nürnberger mit großer Leidenschaft und Intensität beteiligt. Explizit gilt allen Menschen in Stadt und Metropolregion, die die Nürnberger Bewerbung unterstützt und daran teilgehabt haben, größter Dank und höchste Anerkennung. Die Stadt Nürnberg will Kernprojekte weiterverfolgen, etwa die Kongresshalle am ehemaligen Reichsparteitagsgelände zu einem Ort der Kunst und Kultur entwickeln, das Haus des Spielens etablieren und die soziokulturellen Zentren zukunftsorientiert interpretieren. Auf dem Fundament der Bewerbung sollen nachhaltige Strukturen entstehen, die die Stadt in den kommenden Jahren prägen werden. Nürnberg hat die Zukunft freigeschaltet.“

Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, sagt zu der Entscheidung: „Auch wenn die Entscheidung heute bedauerlich ist, bin ich überzeugt, dass Nürnberg und die Metropolregion durch den Bewerbungsprozess viel gewonnen haben. Die Dynamik und der Elan mit der regions- und institutionsübergreifend an wegweisenden Kulturprojekten gearbeitet wurde, hat unserer Kulturregion frischen Wind gegeben. Nun müssen wir uns genau anschauen, wo wir anknüpfen und welche Projekte in der Region trotzdem weitergeführt werden.“

### Mehr Gewicht auf Kunst und Kultur

Prof. Dr. Hans-Joachim Wagner, Leiter des Bewerbungsbüros, sagt zum Ausscheiden Nürnbergs: „Ich bedauere sehr, dass Nürnberg die Ernennung zur Kulturhauptstadt Europas nicht glücklich ist. Ich habe diese Stadt kennen und lieben gelernt und sehe in ihr nach wie vor großes Potenzial. Der immense Einsatz, den die Menschen in der Stadt und der Region für die Kultur-

hauptstadt gebracht haben, ist aber nicht umsonst gewesen. Wichtige Impulse wurden gesetzt und es hat ein Umdenken in Hinblick auf Kunst und Kultur in Nürnberg und der Region begonnen. Mit dem nun in Kraft tretenden ‚Plan B‘ werden die entscheidenden Prozesse in Zukunft fortgesetzt. Sei es die Internationalisierung der Kunst- und Kulturszene, seien es internationale Kunstprojekte oder die Erschließung neuer Räume für künstlerische Produktion: Nürnberg geht in jedem Fall mit neuen Perspektiven aus dem Bewerbungsprozess hervor.“

Der Bewerbungsprozess hat in Nürnberg und der Metropolregion große Dynamik entwickelt. Innovative Projekte wurden angestoßen und neue interdisziplinäre Netzwerke haben sich gebildet. Zahlreiche Projekte wurden mit dem Rückenwind der Bewerbung auf den Weg gebracht und sollen weiterverfolgt werden. Dazu zählen insbesondere nachhaltige Strukturprojekte.

• **Kongresshalle:** Im Torso der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände soll ein Teilstück für Kunst und Kultur nutzbar gemacht werden. Diese Nutzung ermöglicht die zukunfts-

orientierte Weiterentwicklung der erinnerungskulturellen Arbeit Nürnbergs. Mit Beteiligung von Kunst- und Kulturschaffenden konnte eine umfassende Bedarfsanalyse bereits erfolgen. 2021 wird in einem partizipativen Prozess die detaillierte Konzeptentwicklung beginnen.

• **Haus des Spielens:** Im Pellerhaus entsteht ein internationales Zentrum der Spielkultur, das die Entwicklung des Spielens insbesondere in der digitalen Dimension fortschreibt. Ziel ist kein klassisches Museum, sondern ein GamesLab, ein Ort für Würfel und Joysticks, für Konferenzen, Hackathons, gemeinsames Spielen und spannende Experimente. Der hierfür nötige Ausbau des Gebäudes wird 2021 in Angriff genommen.

• **Weiterentwicklung der Kulturläden:** Die Nürnberger Kulturläden sind weit über die Stadt hinaus bekannt und sollen nun für das Publikum der Zukunft neu gedacht und konzeptionell mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort weiterentwickelt werden. Das Pilotvorhaben „KommVorZone“ ist seit kurzer Zeit in der Nürnberger Südstadt angelaufen.

• **The Garage Project:** die Nürnberg2025-Initiative für die Kultur- und Kreativwirtschaft: In einem mehrstufigen Prozess wird die Alte Feuerwache 1 zum Ort für digitale Transformation in Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft und für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, mit einem Fokus auf Medien, Design und Digitales. □

## „Leuchtende Beispiele“ für die Region

Umweltfreundliches Bauen mit Grüner Hausnummer belohnt

Seit 1999 gibt es im Landkreis Amberg-Weilburg die Grüne Hausnummer. Mehr als 80 Nummernschilder wurden seitdem verliehen, bei der aktuellen Sitzung des Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschusses des Landkreises Amberg-Weilburg wurde diese Zahl um sechs Haushalte erweitert.

Familie Geppert (Ebermannsdorf), zweimal Familie Wenkmann (Hohenkernath/Ursensollen), Familie List/Meuler-List (Hahnbach), Familie Meier/Schober (Hahnbach) und Familie Steindl (Hohenburg) erhielten die Auszeichnung für ihr umweltfreundliches, nachhaltiges, energieeffizientes und ökologisches Bauen, Wohnen und Handeln. Unter anderem, weil sie ökologische Baustoffe verwenden, Regenwasser auffangen und Wasser schonen, Lebensräume für Insekten schaffen oder auf Photovoltaik setzen.

### Auszeichnung als Ansporn

Hierdurch sind sie Vorbilder eines umweltbewussten Agie-

rens in unserem Landkreis, lobte stellvertretender Landrat Stefan Braun das Engagement der Preisträger. „Ein nachhaltiger Lebensstil beginnt in den eigenen vier Wänden“, so Braun. Zudem soll die Auszeichnung auch ein Ansporn sein, dass möglichst viele Haushalte im Amberg-Weilburger Land diesen „leuchtenden Beispielen“ folgen.

Auch künftig wird die Grüne Hausnummer verliehen. Interessierte Hausbesitzer oder Hausbesitzer können Informationen und die Bewerbungsunterlagen beim Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit in Ensford anfordern oder auf der ZEN-Homepage unter [www.zen-ensdorf.de/gruene-hausnummer.html](http://www.zen-ensdorf.de/gruene-hausnummer.html) herunterladen. □



Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des ZEN-Fördervereins, Florian Junkes (1.v.li.) überreichte der stellvertretende Landrat Stefan Braun (4.v.li.) die Grünen Hausnummern an (v.li.) Tobias List, Konrad Meier, Anneliese Wenkmann (in Vertretung ihres Sohnes Andreas), Alfred Steindl und Hans Wenkmann. Familie Geppert bekommt die Hausnummer zu einem späteren Zeitpunkt ausgehändigt.

Bild: Christine Hollederer

GZ

## GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Welch herrliche Zeit – jetzt wenn das Laub sich in alle Schattierungen von Gelb und Rot verfärbt, die Blätter langsam zur Erde schweben und man wie in Kindertagen in die Laubhaufen treten und die ganze Pracht hochwirbeln lassen kann.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte sich am Wochenende auf in den Wald gemacht.

Der Wald hat ja für uns Deutsche eine ganz besondere, fast mythologische Bedeutung. Kaum ein anderes Volk kennt so viele Gedichte rund um den Wald, so viele Geschichten, Märchen und Erzählungen, die in einem Wald spielen oder in denen der Wald eine tragende Rolle inne hat. Begonnen haben dürfte alles mit Tacitus, der eigentlich nichts anderes als ein römischer Propagandist war, allerdings gesegnet mit literari-

können. Die große Zeit des Baus von Holzschiffen fand also ohne die Deutschen statt, die sich in der Zeit lieber in endlosen Konfessions- oder Erbfolgekriegen verstrickten.

Dennoch ist es auch uns und unseren Vorfahren gelungen, einen großen Teil der ursprünglichen Wälder abzuholzen oder zu roden. Was wir heute noch haben, ist nur ein Bruchteil dessen, was zur

Zeit Tacitus unsere Heimat bedeckte.

Aber ein Alleinstellungsmerkmal haben wir noch: Das sehr frühe Bewusstsein um den wirtschaftlichen Wert des Waldes und der Notwendigkeit, ihn nachhaltig zu bewirtschaften, will man kontinuierlich Ertrag aus ihm ziehen. Nicht umsonst wurde die erste Forstordnung in einem deutschen Bistum, in Speyer anno 1442 erlassen. Und schon 1713 verwendete der kur-sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz den Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der Waldbewirtschaftung. Durch sich häufende Sturmschäden, breitflächigen Käferbefall und günstige Importpreise aus Mittel- und Osteuropa ist Holz heute freilich nur mehr sehr bedingt ein Geschäft, jedenfalls für die privaten Waldeigentümer. Hier sind neue Konzepte und ein neuer Mix im Baumbestand gefragt.

Eine ganz andere Idee zum Thema Wald hatte der Freistaat Bayern vor 50 Jahren. Mit dem Nationalpark Bayerischer Wald wurde ein riesiges Waldareal unter strengen Schutz gestellt und sich bzw. der Natur selbst überlassen. Ein gigantischer Erfolg im Hinblick auf die Vielfalt der Flora und Fauna dort und ein schönes Zeichen, dass Wald halt doch mehr ist, als ein Wirtschaftsfaktor. Wenn man sich den Wald der Germania des Tacitus vorstellen will, ist man im Nationalpark Bayerwald eher richtig am Platz, als in einem Fichtenstangerwald, wie es ihn noch häufig gibt.

Mein Chef, der Bürgermeister, erholt sich gerne im Stadtwald und will ihn als Naherholungsgebiet stärken. Ganz im Sinne des Literaturnobelpreisträgers Elias Canetti: „Die Deutschen suchen den Wald, in dem ihre Vorfahren gelebt haben, noch heute gerne auf und fühlen sich eins mit den Bäumen.“

ihre  
Sabrina

## Homeoffice und Datenschutz sind gefragte Themen

1. Bayerisch-Tschechischer BusinessTalk mit 120 Teilnehmern

**Freyung. Der Bayerisch-Tschechische Unternehmertag, der sich immer größerer Beliebtheit unter deutschen wie tschechischen Firmen erfreut und der im März hätte stattfinden sollen, musste wegen Corona ausfallen. Doch Jaroslava Pongratz, die Netzwerkmanagerin Bayern-Böhmen und Christina Tanosova, die neue Geschäftsführerin des Niederbayern-Forums hatten bereits ein alternatives Ass im Ärmel; denn sie wollten ohnehin die Themen Datenschutz und Homeoffice und was es dabei in Deutschland und Tschechien zu beachten gilt, demnächst aufgreifen.**

„Wir dachten uns, das passt jetzt gut in die Zeit und haben uns für ein Online-Format entschieden“, so Pongratz. Der 1. Bayerisch-Tschechische Business-Talk war geboren. Das Webinar ging via Zoom-Konferenz über die Bühne. „Technisch einwandfrei“, freut sich die Netzwerkmanagerin der Europaregion Donau-Moldau, die zusammen mit dem Niederbayern-Forum den Talk organisierte.

120 Teilnehmer verfolgten die Fachvorträge von deutschen und tschechischen Experten, die ganz einfach mit einem Klick für den Zuhörer simultan übersetzt wurden. Den Anfang machten Thomas Greiner und Nadja-Maria Becke von der „aigner business solutions GmbH“ in Huthum. Sie gingen auf die Themen IT-Sicherheit im Homeoffice ein – eine Herausforderung sowohl für die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer. Während der Corona-Zeit waren die Aufsichtsbehörden recht nachsichtig, wenn Firmen angesichts der rasanten Umstellung noch

(auf der Grundlage des Wettbewerbsrechts) Verstöße gegen die DSGVO abmahnen können oder nur die zuständigen Behörden. „Doch selbst wenn es nur über den Umweg der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörden läuft, rate ich allen Firmen, lieber das strenge, grausame deutsche Recht zu beachten“, so der Fachanwalt. Ärger drohe immer, wenn die DSGVO nicht eingehalten werde. Da sich immer häufiger tschechische Firmen an ihn wenden, die „schockiert über die Komplexität des deutschen Rechts und die harten Strafen sind“, sei er hochmotiviert gewesen, diesen Vortrag beim 1. Bayerisch-Tschechischen BusinessTalk zu übernehmen.

Die Teilnehmer richteten während des Webinars ihre Fragen an Jaroslava Pongratz, die im Anschluss an geklärt wurden. „Wir haben viel positives Feedback bekommen“, freut sich die Netzwerkmanagerin, die sich bestätigt fühlt, dass die Themen dies- und jenseits der Grenze die Firmen beschäftigen. Deshalb wird der BusinessTalk im YouTube Netzwerkmanagement Bayern und unter [www.niederbayern.de](http://www.niederbayern.de) veröffentlicht. Im kommenden Jahr soll das Format fortgesetzt werden – wann und wie der Bayerisch-Tschechische Unternehmertag stattfinden kann, ist derzeit noch offen. – ml –



Oberbürgermeister Christian Schuchardt gemeinsam mit einer Delegation der Schülerfirma „Care to go“. Bild: Georg Wagenbrenner

Schülerfirma besucht Oberbürgermeister:

## Handreinigungsgel, das Gutes tut

In Corona-Zeiten etwas Gutes tun“, so lautet das Motto der Schülerfirma „Care to go“ der Fachakademie für Ernährungs- und Versorgungsmanagement der Klara-Oppenheimer-Schule in Würzburg. Unterstützt und gefördert wird die Firma von JUNIOR – Ein Schülerfirmenprogramm des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln JUNIOR gGmbH.

Ziel der Schülerfirma ist es, mit ihrem Produkt, einem hygienischen Handreinigungsgel, die Welt ein kleines bisschen besser zu machen. Unter vielen weiteren positiven Gesichtspunkten ist dieses Gel vegan, enthält kein Mikroplastik und ist tierversuchsfrei. Außerdem kooperiert „Care to go“ mit Share, einer deutschen Konsumgütermarke mit Produkten in den Bereichen Lebensmittel, Getränke und Körperpflege, und spendet mit jedem verkauften Handreinigungsgel für Hygienepakete für Flüchtlingsfamilien in Flüchtlingslagern in Bangladesch.

Das Konzept der Schüler überzeugte schon einige Kommissi-

onspartner. In Würzburg kann man das Handreinigungsgel im Edeka Trabold, im Kupsch in der Domstraße und im Burkardushaus für 3,95 € pro Tube erwerben.

Bevor jedoch Geld verdient werden kann, wird Startkapital benötigt. Dieses soll durch den Verkauf von 90 Anteilscheinen zu je zehn Euro erreicht werden. Auch Oberbürgermeister Christian Schuchardt überzeugte das Konzept. Er erwarb einen Anteilsschein der Schülerfirma.

Beim Besuch im Rathaus wurde dieser durch die Verantwortlichen überreicht und das Konzept der Schülerfirma kurz vorgestellt.

Chiara Wischer

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt unser Sonderdruck Wasserkraft bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

## Neuwahlen beim Städtetag in Mittelfranken

In der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags wurde am 22. Oktober 2020 in Erlangen der Erste Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, Gunzenhausen, zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Mittelfranken gewählt. Fitz tritt als Bezirksvorsitzender die Nachfolge des Ersten Bürgermeisters a. D. Alfons Brandl, Herrieden, an, der nun Abgeordneter im Bayerischen Landtag ist. Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, Erlangen, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Mittelfranken wiedergewählt.

Die Vorsitzenden der Bezirksversammlung üben ihr Amt gleichberechtigt aus: Ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und ein Stadtoberhaupt einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde stehen gleichberechtigt an der Spitze. Die Bezirksvorsitzenden sind Ansprechpartner für die Mitglieder im Regierungsbezirk und sie repräsentieren den Verband bei regionalen Anlässen. In jedem der sieben Regierungsbezirke im Freistaat Bayern treffen sich die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zweimal pro Jahr. Behandelt werden regionalspezifische Anliegen und aktuelle kommunalpolitische Grundsatzfragen. Die Gremien des Bayerischen Städtetags werden jeweils nach den allgemeinen Kommunalwahlen alle sechs Jahre neu gebildet. □

## Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 19. November 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für kommunale Entscheider
- Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude
- Sicherheit · Arbeitsschutz · Brand- und Katastrophenschutz
- Freizeitanlagen · Tourismus

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahren-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

**Das GZ-Netzwerk**  
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.  
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de

### Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah  
erdgas-schwaben.de

### Erneuerbare Energien

**LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN juwi**  
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.  
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahren-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling  
Tel. 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung  
seit 1910

**PP**  
Prior & Peußner  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg  
www.pp-service.com

### Gewerbepbau

**Fertigteilbau in Holz und Beton**

Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten  
Herstellung im eigenen Werk in Massing

**Laumer**  
Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:  
f i+ t g

### Hydraulik Hochdruckreinigung

**DYNASET** POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

**PT-Hydraulik Vertrieb OHG**  
Untereggrstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100  
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

### Informationssicherheit / Datenschutz

**Daten schützen.**

DSGVO  
BayDSG  
ext. DSB  
ext. ISB  
ISIS12  
Schulungen  
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
www.gemeindezeitung.de/newsletter

### Kommunale Fachmedien

**Wegweisend bei Wissen.**  
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.  
www.schweitzer-online.de  
**Schweitzer**  
Fachinformationen

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung  
www.bayerngrund.de  
**Bayern Grund**

**Notify-Newsletter**  
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

### Kommunale IT

**www.akdb.de**

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

**Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

**SEW**

**Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach**

mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen (ab 3.000 m³/h Luftleistung)

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

**Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):**  
Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Murnau: BG Unfallklinik · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität · div. Polizeistationen etc.

**SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560  
www.sew-kempen.de**

### Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
www.baustoffrecycling-bayern.de

### Sitzmöbelhersteller

**KRENZER**  
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG  
Sitz- und Polstermöbel  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de  
www.krenzer-sitzmoebel.de

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

**deko-jochum**  
bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **plüsch.de**

**Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!**





V.l.: Rupert Speer, Bürgermeister Saulgrub; Arno Nunn, Geschäftsführer Ammer-Loisach Energie; Landrat Anton Speer, Landkreis Garmisch-Partenkirchen und Andreas Rödl, Bürgermeister Oberammergau.

Foto: CH



## Passion für Wasserkraft

Von einer touristischen Werbemaßnahme über den technischen Fortschritt bis zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Dass bayerische Kommunen Wasserkraft nach wie vor als ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energiequelle verstehen, hat Großweil in der Nähe des Kochelsees bewiesen. Unterstützt durch die Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen und einen privaten Investor entstand an der Loisach ein modernes, fischfreundliches Schachtkraftwerk. Die Inbetriebnahme dieser Anlage hätten wir gerne mit unserem 8. Bayerischen WasserkraftForum gewürdigt. Mit einem Besuch des nahegelegenen Walchenseekraftwerks hätten wir so unseren Besuchern neueste Technik und Wasserkraftpionierleistung gemeinsam präsentiert. Leider hat uns das derzeitige Virusgeschehen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir mussten die Veranstaltung absagen. Einen Wasserkraft-Sonderdruck halten Sie heute trotzdem in den Händen, denn das Thema hat viele berichtenswerte Facetten. Ein paar davon dürfen wir Ihnen in dieser Sonderausgabe präsentieren.

Die Ammer-Loisach-Energie beispielsweise lud – nur ein paar Kilometer von Großweil entfernt – zufällig am Vortag der geplanten und dann abgesagten Veranstaltung zu einem Spatenstich für ein neues, kommunales Wasserkraftwerk an der Halbammer ein. Der regionale Energieversorger ist ein Zusammenschluss aus zehn Gemeinden (Bad Bayer-soien, Saulgrub, Bad Kohlgrub, Schwaigen, Eschenlohe, Grainau, Oberau, Ettal, Oberammergau, Unterammergau) und dem Energieversorger Energie Südbayern. Das Gelände für die neue Anlage stellen Bayerische Staatsforsten und die Gemeinde Saulgrub. In der Nähe befindet sich das historische Wasserkraftwerk Kammerl. Oberammergaus Bürgermeister Andreas Rödl berichtete, dass Kammerl eigentlich den Strom hätte liefern sollen, mit dem die Gäste im Jahr 1900 per Bahn zu den Passionsspielen kommen sollten. Aber das Kraftwerk war nicht rechtzeitig fertig geworden.

Für die Idee, die Bahn mit Strom statt mit Dampf zu betreiben, soll Thomas Cook verantwortlich gewesen sein, der so den Tourismus (und damit auch die technische und

wirtschaftliche Entwicklung) in der Region ankurbeln wollte. Aufgrund verschiedenster technischer Schwierigkeiten fuhr die Bahn aber erst ab 1905 elektrisch von Murnau nach Oberammergau. Trotzdem ist diese Strecke weltweit die erste, die mit einphasigem Wechselstrom betrieben wurde. Das Wasserkraftwerk Kammerl zählt heute deutschlandweit zu den bedeutendsten Denkmälern für erneuerbare Energien.

„Wasserkraftwerke werden in Bayern nicht oft gebaut, obwohl sie ein Zukunftsthema mit langer Tradition sind“, erläuterte der Geschäftsführer der Ammer-Loisach-Energie, Oberammergaus ehemaliger →

TERMINHINWEIS  
8. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM  
am 16.09.2021  
[www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

### DOKUMENTATION IM INTERNET

Die Beiträge aus dem Sonderdruck stehen auch im GZ-Netzwerk unter [www.anmelden.gemeindezeitung.bayern](http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern) zum Download in der Gruppe „Wasserkraft“ bereit.

Bürgermeister Arno Nunn. „Dieses neue Kraftwerk an der Halbammer dient dem Klimaschutz und der Wertschöpfung vor Ort, denn mit den Bauarbeiten werden regionale Firmen beauftragt.“ Das Wasserkraftwerk soll ab Ende 2021 mit einer Leistung von 135 KW jährlich etwa 500.000 KWH Ökostrom erzeugen – genug, um den Jahresverbrauch von etwa 300 Haushalten zu decken. Landrat Anton Speer wünschte dem Projekt den verdienten Erfolg und bekräftigte das Bekenntnis des Landkreises Garmisch-Partenkirchen zur Wasserkraft: „Circa 10 Prozent der Energie im Landkreis wird mit Wasserkraft erzeugt und wir sind auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten.“

Da die Halbammer wegen Hochwasserschutzmaßnahmen sowieso nicht durchgängig ist, hält sich der ökologische Eingriff in Grenzen. Sollte sich an der Durchgängigkeit etwas ändern, müssten auch am Kraftwerk entsprechende Maßnahmen nachgerüstet werden.

Die Begeisterung für Energie aus Wasserkraft war bei den zahlreich anwesenden kommunalen Vertretern deutlich spürbar. Saulgrubs Bürgermeister, Rupert Speer, berichtete über technische Visionen, die das Ammertal schon früh beflügelten: „Als selbst in Berlin noch die Gaslaternen

leuchteten, gab es im Bereich des Kraftwerks Kammerl schon elektrisches Licht.“ Vom neuen Kraftwerk erhofft sich die Gemeinschaft jetzt Synergieeffekte. Mit dem e-ALOIS, dem eCarsharing-Programm der Ammer-Loisach Energie, sind erste Ideen, den klimafreundlichen und CO2-freien Strom zu nutzen, auch schon in der Umsetzung.

Vielleicht bekommt die Bayerische GemeindeZeitung doch noch eines Tages die Gelegenheit das Bayerische WasserkraftForum in oder um Großweil abhalten zu dürfen, um gute Beispiele vor Ort und Lösungsmöglichkeiten im Bereich der Wasserkraft zu präsentieren. Wir haben den 16 September 2021 für die nächste Veranstaltung eingeplant, aber wir brauchen wohl einen größeren Veranstaltungsort. Das Freizeitheim in Großweil wäre in Laufnähe zum Kraftwerk gewesen, aber für unsere Anforderungen – momentan – leider zu klein.

Wenn Sie sich schon jetzt mit Wasserkraft-Interessierten vernetzen wollen, dann registrieren Sie sich im GZ-Netzwerk unter [www.anmelden.gemeindezeitung.bayern](http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern) und treten Sie der Gruppe Wasserkraft bei. Wir freuen uns auf den Austausch. Hoffentlich sehen wir uns in naher Zukunft wieder. ■

Kommentar zur deutschen Energiepolitik | Anne-Marie von Hassel

## Physikalische Grundkenntnisse sollten das politische Handeln prägen

Echte Energiewende gelingt nicht in der Kristallisation politischen Wunschenkens



Anne-Marie von Hassel

Die zwei bestimmenden Themen unserer Tage sind die sogenannte Corona-Krise und die schon etwas länger diskutierte Klima-Krise. Letzterer wollen wir in Deutschland mit einer Energiewende begegnen, an der sich der Rest des Universums unausweichlich ein Beispiel nehmen muss, denn wie stellte Ex-Umweltminister Jürgen Trittin 2004 fundamental fest: „Es

bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet - so viel wie eine Kugel Eis.“

So kleidete dieser Politiker sein ideologisches Wunschenken, seine Behauptung und sein Gesetzeskonstrukt in ein Umfeld, das er den Bürgern als Wahrheit verkaufte. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich gerne an die Uhrzeitumstellung am 6.4.1980, die ein messbares Instrument zur Energieeinsparung sein sollte, was sich allerdings als Rohrkrepierer herausstellte.

Heute kostet die Umverteilung von arm nach reich per EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) -Umlage (2020: 6,756 ct/kWh zuzgl. MwSt.) jeden Stromkunden bei einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3.000 Kilowattstunden pro Jahr gut 17 Euro (zuzgl. MwSt.) im Monat (das sind bei derzeitigen durchschnittlichen Eiskugelkosten von einem Euro pro Kugel gut 17 Kugeln. Mit der Apanage eines Ex-Bundesministers und für den guten Zweck ist das sicher-

lich ein Leichtes zu stemmen, für Geringverdiener und Hartz IV-Empfänger ist das eher eine unsägliche Belastung.

Und in Sachen CO2-Einsparung sieht es ja bekanntermaßen eher mau aus, wobei von den Regenerativ-Lobbyisten mit Verve und Medienhilfe massiv bestritten wird, dass das irgendetwas mit einer Energiewendepolitik zu tun hat, die stets den zweiten Schritt vor dem ersten macht.

Dazu stellt Dr. Rupert Pritzl vom Bayerischen Wirtschaftsministerium sinnigerweise fest, dass die deutsche Klimapolitik auf dem EEG basiert. Das EEG aber ist nach Ansicht des Sachverständigenrats<sup>1</sup> teuer und ineffizient und trägt fast nichts zur erwünschten Verringerung der CO2-Emissionen bei.

Inzwischen gibt es einen „Wildwuchs“ unterschiedlicher Steuern, Abgaben und Umlagen, der eine wirksame Klimapolitik verhindert. Um dem entgegenzuwirken, sollte die Klimapolitik als internationales Koordinationsproblem erkannt und behandelt werden. In Deutschland ist ein Strategiewechsel in Richtung Kosteneffizienz, Technologieoffenheit und einer stärkeren Förderung von Forschung und Entwicklung erforderlich.

Dass wir eine ökologisch vertretbarere Energiebedarfsdeckung brauchen, die aber auch sozialverträglich und ökonomisch verantwortbar bleiben muss, ist unbestritten. Allein die Herangehensweise an das Wie ist allerdings gerade auch bei uns in Deutschland eher von politischem Wunschenken als von nüchternem, an Fakten und Naturgesetzen der Physik orientiertem Handeln geprägt.

Mit der Obszönität der wirtschaftlichen Stärke und übervoller Kassen (vor Corona) hat sich Deutschland ohne Not oder aus Lust am Untergang auf die Astspitze seines →

starken (Energie-) Baumes gesetzt und mit Wollust begonnen, eben diesen Ast der gesicherten, autarken Energieversorgung am Baumstamm abzusägen.

Als Ersatz hat man sich, vermeintlich dem Wahlvolkwillen gehorchend, aber eher auf Umfragewerte und Medienkampagnen schielend, der sogenannten Energiewende verschrieben, die da heißt:

*Abwicklung einer gesicherten und bezahlbaren Grundlast-Energieversorgung, Umbau zu einer ausschließlich volatilen (Wetter und Tageszeit abhängigen), unsicheren und letztendlich vom Wohlwollen der europäischen Atom-Partner abhängigen Energieversorgung.*

Ist man boshaft, wenn man derartiges Vorgehen als deutschen Energie-Imperialismus bezeichnet?

Unsere Nachbarländer werden ungefragt gezwungen, die Auswüchse unserer Energiewende zu ertragen. Um größere Schäden in ihren eigenen Energienetzen zu vermeiden, müssen sie unseretwegen erheblichen zusätzlichen technischen Aufwand betreiben. Unsere Nachbarn im Westen wie im Osten mussten teure Phasenschieber errichten, damit die deutsche Ökostromflut (oftmals zu Unzeiten) nicht deren Stromnetze kollabieren lässt.

Eine rühmliche Ausnahme bilden unsere österreichischen Freunde, die sich dank großer (Pump-) Speicherkraftwerke gegen ein entsprechendes Salär bereifinden, zum Beispiel den überbordenden Sonnenstrom in Bayern, der an arbeitsfreien Tagen schon mal dem unregelmäßigen Einspeisen von mehr als 10 Kernkraftwerken mit über 13.000 Megawatt entspricht, in ihren Speicherseen zu bunkern, um ihn dann abends bzw. an Werktagen oder bei unsönigem Wetter für Apothekenpreise uns wieder zur Verfügung zu stellen.

Ich darf betonen, es geht nicht darum, die fossile und/oder atomare Energieversorgung eines hochindustrialisierten Landes zu zementieren; aber immerhin verdankte Deutschland seinen Reichtum vor allem seiner starken Wirtschaft, die immer auf eine hochqualitative, unterbrechungsfreie, unabhängige Energieversorgung angewiesen war.

Das scheint obsolet – ist es aber nicht. Vielmehr geht es doch darum, außerhalb politischer Instrumentalisierung vernunftbetont und faktenorientiert Schritt für Schritt eine ökologisch vertretbarere Energieversorgung (Deutschland 4.0) aufzubauen. Aus meiner Sicht könnte hier – neben den hochvolatilen Energiequellen Sonne und Wind – eine achtsame und nachhaltige Nutzung der Wasserkraft ebenso wie der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft einen spürbaren und deutlichen Beitrag zu einer CO<sub>2</sub>-armen und sicheren Energieversorgung leisten.

Die deutsche CO<sub>2</sub>-Bilanz pro Kopf ist viel zu hoch, aber was wir durch teilweise diskutierte Deindustrialisierung, durch Abschalten der Grundversorgung aus Kohle, Gas und Atom bezogen auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz weltweit einsparen, bewegt sich im Promillebereich und ist für die Rettung der Welt komplett irrelevant.

Letztendlich bleibt der Appell,

- *politisches Wunschdenken und Taktieren hintanzustellen,*
- *naturgesetzliche Einflüsse auch bei der Elektrizitäts-Versorgung zu berücksichtigen,*
- *den von gewinnmaximierenden Lobbyisten lautstark geforderten, ungehemmten Zubau von Leistung aus Wind- und Photovoltaik-Kraftwerken zu bremsen und dessen Rendite-Garantien in vernünftige, markt-orientierte Bahnen zu lenken*
- *lösungsorientiert an einer menschen- und umwelt-verträglichen Energieversorgung Schritt für Schritt gemeinsam und international zu arbeiten*
- *den erhobenen deutschen Zeigefinger gegenüber dem Rest der Welt wieder einzuklappen*
- *sich angesichts nach wie vor exponentiell steigender Bevölkerungszahlen in den Rest der Menschheit hineinzusetzen*
- *und den Wunsch dieser Menschen nach ausreichend Energie zu respektieren*
- *bzw. ihnen zu helfen. Oberlehrerallüren sind dabei fehl am Platz. ■*



**Energie für heute  
und morgen**

**Mein GünstigStrom –  
100 % aus Wasserkraft**

**Echt fair für Ihre Zukunft**  
erdgas-schwaben.de

 **erdgas  
schwaben**  
sicher, günstig, nah



*Seit Anfang des Jahres ist das Schachtkraftwerk in Großweil in Betrieb.*

Foto: Frank Becht / TU München

## Weltneuheit Schachtkraftwerk produziert erste Million kWh klimafreundlichen Strom

Das weltweit erste Schachtkraftwerk, das seit Jahresanfang in Großweil im Landkreis Garmisch-Partenkirchen in Betrieb ist, hat die erste Million Kilowattstunden CO<sub>2</sub>-freien Strom produziert. Auch mehrere Hochwasser hat die Pilotanlage mit der von einem Team der Technischen Universität München entwickelten Wasserkraft-Technologie bereits standgehalten. „Wir sind sehr zufrieden mit den ersten Betriebsmonaten“, sagt Günther Rösch, Technischer Leiter der Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen. „Wenn das Schachtkraftwerk in diesen schwierigen Umgebungsbedingungen funktioniert, dann funktioniert es überall.“

Der neue Kraftwerkstyp wurde nach einer Idee von Dipl.-Ing. (FH) Albert Sepp von diesem und Professor Peter Rutschmann am Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft an der TU München entwickelt. Mit finanzieller Unterstützung des Freistaats Bayern wurde es an einem bestehenden Querbauwerk in Form einer Rauhen Rampe an der Loisach errichtet. Nachdem der erste Antrag auf ein konventionelles Buchtenkraftwerk an dem Standort abgelehnt worden war, entwickelten Rutschmann und Sepp das Schachtkraftwerk weiter, mit dem ein Folgeantrag gestellt wurde. Die innovative Technologie erfüllte die strengen ökologischen Kriterien.

### Gemeinde Großweil durch Schachtkraftwerk fast CO<sub>2</sub>-neutral

Unterstützung fand das Vorhaben durch die oberbayerische Gemeinde Großweil, die mit ihren rund 1.400 Einwohnern durch das Wasserkraftwerk rechnerisch fast CO<sub>2</sub>-neutral ist. Die Kommune schloss sich mit den Gemeindewerken Garmisch-Partenkirchen und der Kraftwerk Farchant, A. Poettinger & Co. KG zusammen. Sie gründeten die Wasserkraftwerk Großweil GmbH für die Finanzierung, den Bau und Betrieb der Anlage.

Die Wasserkraftanlage mit einer maximalen Ausbauleistung von ca. 420 kW wird rund 2,5 Mio. kWh Strom pro Jahr produzieren. Die erste Turbine ging Ende Januar in Betrieb, die zweite drei Wochen später. Zwei Monate dauerte die Testphase. „Jetzt lernen wir die Anlage im Dauerbetrieb kennen“, sagt Markus Poettinger von Kraftwerk Farchant, der die Anlage technisch überwacht und für die optimale Steuerung sorgt. Die beiden Turbinen werden derzeit mit maximal 380 kW im Parallelbetrieb gefahren.

Die Stromerzeugung von einer Million Kilowattstunden im ersten halben Jahr entspricht seinen Erwartungen.

### Barrierefreier Strömungsweg – Turbinen arbeiten unter Wasser

Für das Schachtkraftwerk muss der Flusslauf nicht umgebaut werden. Stattdessen wird vor dem bestehenden Wehr ein Schacht in das Flussbett eingebaut. In Großweil sind es zwei Schächte mit jeweils einer Turbine und einem Generator, die unter der Wasseroberfläche arbeiten und nicht sichtbar sind. „Das Wasser fließt durch eine großflächige horizontale Rechenebene in die Schächte zu den Turbinen, wodurch eine anspruchsvolle Anströmungsqualität mit geringen Fließgeschwindigkeiten geschaffen wird“, erläutert Albert Sepp, Leiter des abgeschlossenen Forschungsvorhabens, die Besonderheiten des Schachtkraftwerks. „In Kombination mit der stauhaltenden, multifunktionalen und vertikal beweglichen Verschluss tafel mit permanenter Über- und Durchströmung wird ein barrierefreier Strömungsweg gewährleistet, der von den Fischen für einen gefahrlosen Abstieg genutzt wird.“

Darüber hinaus lassen sich Hochwasser, Treibholz und Geschiebe effizient abführen, da im abgesenkten Verschlusszustand eine mächtige Überfallströmung mit großer Spülwirkung generiert wird und durch die Restenergie auch im Unterwasser Ablagerungen vermieden werden.

### Horizontaler Rechen schützt Technik und Fische

Die besondere Anordnung der Rechengitter stellt technisch und fischbiologisch eine Innovation dar. Zudem ist der Rechen durch die 2 cm großen Abstände der Metallstäbe ohnehin von Fischen kaum passierbar. Zahlreiche Untersuchungen an der Versuchsanstalt in Oberrach haben bereits gezeigt, dass die meisten Fische über den Schacht schwimmen. Ab Mitte September 2020 werden in der Pilotanlage in Großweil weitere Untersuchungen im Rahmen eines fischökologischen Monitorings durchgeführt. Zusätzlich wurden zu beiden Seiten Fischwanderhilfen gebaut. So ist die Anlage für Fische in beide Richtungen durchgängig. ■

*Ökologische Wasserkraft:  
So funktioniert das neue Schachtkraftwerk  
<https://youtu.be/2neTrcoUV-8>*

# AMServ Wasserkraft

Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken im In- und Ausland gehören seit Jahrzehnten zu unserer Kompetenz. Wir, von der AMServ-Service-Dienstleistungsgruppe, sind Ihre Ansprechpartner, wenn es um den effektiven Betrieb, Zustandserfassung, Wartung, Reparatur und Neulieferung von elektrischen rotierenden Maschinen aller Art geht. Wir sind die Spezialisten, die Ihre Komponenten auf Herz und Nieren prüfen, eine Fehleranalyse durchführen und anschließend kompetent instand setzen. Wir sind herstellerunabhängig tätig. Schnell, effizient, qualitäts- und umweltbewusst, in Deutschland und im Ausland!

Mit der Instandhaltung und Reparatur alter Anlagen werden kostbare Ressourcen geschont und ungewollte Emissionen verhindert. Zudem tragen wir durch die Verlängerung der Lebensdauer eines Generators zur Verbesserung der Rentabilität des Kraftwerks bei und stärken damit die erneuerbaren Energien.

**Wir bieten Ihnen folgende Leistungen für Ihre Generatoren und Motoren:**

Zustandserfassung, Wartung, Neublechung und Neuwicklung von Stator und Rotor, auch Teilreparaturen der Wicklungen vor Ort, Reinigungen der Wicklungen vor Ort, Überarbeitung von Erregermaschinen, Lagertausch, Wuchten und Betriebswuchten an eingebauten Maschinen, Vorfertigung von Rotorwellen und Neubelegen von Kollektoren,

Neuaufbau von Schleifringkörpern, Einbau von Thermofühlern in Wicklungen und zur Lagerüberwachung, Anbau von Klemmkästen, Leistungserhöhung z.B. durch Erhöhung der Isolationsklasse, Modernisierung und Wirkungsgradverbesserungen.

Gerade beim Betrieb von elektrischen Maschinen lassen sich viele Ausfallzeiten vermeiden, wenn alle Möglichkeiten der Wartung ausgeschöpft werden. ■

*Für Stellantriebe bieten wir einen kompletten Service der bekanntesten Hersteller, wie z.B. Auma.*

*Weitere Informationen finden Sie unter: [www.amserv.de](http://www.amserv.de).  
Wir freuen uns auf Sie.*

**AMServ**  
Augsburg/Neusäß Hamburg Halle Schiffweiler

**STARKER SERVICE FÜR ELEKTRISCHE MASCHINEN**

[www.amserv.de](http://www.amserv.de)

AMServ Süd GmbH & Co. KG  
Oskar-von-Miller-Straße 2  
86356 Neusäß

ISO 9001 ISO 14001 SCC Ex

Reparatur Montage Um-/Nachbau Diagnose/Messtechnik Inbetriebnahme Modernisierung Vor Ort Service Neue Maschinen und Drives



**Erneuerbare Energien sind unsere Passion**

**Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken in Bayern gehören seit 60 Jahren zu unserer Kompetenz.**

**Wasserkraft im Einklang mit der Natur.**

**Kraftwerk Langweid mit freundlicher Genehmigung von LEW**

VWB e.V. und LVBW eG

# Bayerische Wasserkraftverbände weisen WWF-Studie entschieden zurück

Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG üben scharfe Kritik an WWF-Studie „Lasst den Flüssen ihren Lauf“. In einem Hintergrundbericht zum Zustand der Fließgewässer in Bayern verurteilen sie den auf falscher Interpretation von Tatsachen basierenden Frontalangriff auf die für den Klimaschutz notwendige Wasserkraft-Technologie.

„Wir sind fassungslos ob der einseitigen Darstellung und der pauschalen Schuldzuweisung durch den WWF“, kommentiert Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V., die Studie „Lasst den Flüssen ihren Lauf“. Der „Hintergrundbericht zum Zustand der Fließgewässer in Bayern“ wurde im August der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Basis dieser Studie fordert der WWF den Stopp des Neubaus von Wasserkraftwerken und den Rückbau bestehender Anlagen. „Nicht nur basiert diese Forderung auf falschen Ausgangsvoraussetzungen und Interpretationen, es ist auch eine sehr kurzsichtige Forderung mit Blick auf den Naturschutz in Zeiten des Klimawandels“, ergänzt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. „Energieerzeugung aus Wasserkraft ist eine notwendige Säule des Klimaschutzes und sorgt dafür, dass die Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere - auch für Fische - langfristig erhalten bleiben.“

In dieser ersten Stellungnahme zu der WWF-Studie weisen die Bayerischen Wasserkraftverbände VWB und LVBW auf folgende Sachverhalte hin.

## Nur 4.000 Wasserkraftwerke an 57.000 Querbauwerken - Auch der Bayerische Staat ist in der Verantwortung

*Als Fazit der Studie teilt der WWF in der Pressemitteilung vom 19.08.20 mit: „Knapp 57.000 Querbauwerke wie Abstürze, Wehre und Staudämme zerschneiden Bayerns Flüsse. Nur 11 % dieser Barrieren sind ‚frei durchgängig‘, können also problemlos von Fischen überwunden werden.“*

„Von diesen 57.000 Querbauwerken befinden sich lediglich an 4.000 von ihnen Wasserkraftanlagen“, stellt Fritz Schweiger von der VWB klar. „Das ist ein Bruchteil, und außerdem sind viele von ihnen in den vergangenen Jahren ökologisch verbessert worden. Dazu sind wir schon allein aufgrund strenger gesetzlicher Auflagen verpflichtet.“ Die Wasserkraftanlagen könnten somit nicht die alleinige Ursache für die vom WWF konstatierte mangelhafte Qualität und Durchgängigkeit von 85 Prozent der bayerischen Flussgewässer sein, so Schweiger.

Rund 60 Prozent der Wasserkraftbetreiber, die Mitglied in den beiden Wasserkraftverbänden sind, haben in den vergangenen Jahren Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung der Standorte durchgeführt, zum Beispiel, indem sie Fischtreppe gebaut haben.

Die übrigen Querbauwerke, immerhin rund 93 Prozent der Wehre in Bayern, befinden sich im Eigentum des Bayerischen Staates, fährt Schweiger fort. „Hier ist der Staat in der Verantwortung, für die Durchgängigkeit zu sorgen.“ Zudem wurden die Wehre nicht ohne Grund gebaut, sondern erfüllen wichtige Funktionen. Sie dienen beispiels-

weise dem Hochwasserschutz und der Grundwasserstabilisierung.

## Unterschiedlichste Akteure verunreinigen Gewässer

*Auf einen weiteren Sachverhalt weist Hans-Peter Lang vom LVBW hin: „Es gibt sehr viele, sehr unterschiedliche Umgebungsbedingungen, die einen negativen Einfluss auf die Wasserqualität haben“. Als Beispiele nennt er die Begräbung von Flüssen, das Eintragen von diffusen Stoffen, Ausleitungen aus Kläranlagen und Reifenabrieb auf Straßen, die in Gewässer geschwemmt werden. Und nicht zuletzt verunreinigt und verstopft der Wohlstandsmüll, der achtlos weggeworfen wird, die Flüsse. „Man macht es sich sehr einfach, wenn man nur den Wasserkraftanlagen die Schuld für alle Defizite in die Schuhe schiebt“, resümiert Lang.*

Zudem wurden kaum neue Anlagen im Zuge der Energiewende gebaut. Wenn sich die Zustände der Flüsse in den vergangenen Jahren, wie vom WWF konstatiert, deutlich verschlechtert haben, so könne es kaum an diesen bis zu 100 Jahren bestehenden Anlagen liegen. Denn im Jahr 1920 gab es noch rund dreimal so viele Wasserkraftanlagen wie heute.

## Kleine Wasserkraft ist nicht klein - Kleine bayerische Anlagen decken Strombedarf aller Haushalte in der Oberpfalz

Der WWF kritisiert weiterhin den geplanten Ausbau der Wasserkraftleistung angesichts des Stromertrags. „Gerade einmal 1,5 % des bayerischen Stroms werden derzeit von den rund 4.000 Kleinwasserkraftwerken (Leistung < 1MW) erzeugt“, schreibt der WWF in der Pressemitteilung. „Die sogenannte Kleine Wasserkraft wird gern klein geredet - zu Unrecht“, kommentiert Fritz Schweiger von der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB). „Immerhin erzeugen die Anlagen über eine Milliarde Kilowattstunden Strom im Jahr. Damit kann rechnerisch der Strombedarf aller Haushalte in der Oberpfalz gedeckt werden. Darüber hinaus ist Strom aus Wasserkraftanlagen CO<sub>2</sub>-frei, er wird regional erzeugt und vermeidet damit Energieverluste und trägt zur Stabilisierung örtlicher öffentlicher Stromversorgungsnetze bei.“

„Wir fordern eine sachliche Auseinandersetzung mit der Wasserkrafttechnologie und keine ideologiegetriebene Fehlinterpretation von Tatsachen, um eine für die Energiewende und den Klimaschutz notwendige Technologie zu verunglimpfen“, appellieren Fritz Schweiger und Hans-Peter Lang im Namen ihrer Verbände. „Umwelt- und Naturschutz muss langfristig zusammen mit dem Klimaschutz gedacht werden, und hierfür ist die Wasserkraft essenziell.“ ■

Zur Pressemitteilung und Studie des WWF:  
<https://bit.ly/37Q8N2i>

SÜC Energie & H2O GmbH

# Effizientere Turbine im Wasserkraftwerk Oberwallenstadt



Außenansicht WKW Oberwallenstadt. Foto: SÜC Energie

Das Kraftwerk Oberwallenstadt im bayerischen Lichtenfels gibt es im seit 1922. Die Nutzung der Wasserkraft am Mühlbach lässt sich urkundlich bis 1242 zurückverfolgen. Der Fürstbischof zu Bamberg hatte einem Müller das Wassernutzungsrecht für die sogenannte Obermühle verliehen. Später entstanden mehrere Mahl- und Schneidmühlen an dem Mühlbach. Letztendlich veräußerte der letzte Schneidmühlenbesitzer 1921 das Wasserrecht an den lokalen Energieversorger. Dieser errichtete in 1922 das Wasserkraftwerk, in dem zwei doppelstöckige Francisturbinen eingebaut wurden. Bereits 20 Jahre später war die größere Turbine so beschädigt, dass sie durch eine Kaplan-turbine ersetzt werden sollte. Wegen der Kriegswirren gelang dies erst 1948. Im Jahre 2000 übernahmen die SÜC Energie und H2O GmbH aus Coburg das Wasserkraftwerk. Die andere Turbine – Turbine 1- wurde bis 2006 eingesetzt und ab 2007 durch eine neue strömungsoptimierte Kaplan-turbine ersetzt.

Turbine 2 aus 1948 lief bis 2017 bis auf kleinere Schäden und normalem Unterhalt fehlerfrei. 2017 bemerkte das Betriebspersonal, dass der in der Hohlwelle verbaute Hydraulikzylinder eine Leckage zwischen den Kammern hatte. Um den Fehler beheben zu können hätte die gesamte Turbine mit Getriebe zerlegt werden müssen. Die zu erwartenden hohen Kosten nahm die SÜC zum Anlass über eine Modernisierung der gesamten Turbine nachzudenken. Zusammen mit der Fa. Kochendörfer und der TU Graz wurde ein Konzept entwickelt, welches eine Verbesserung des Wirkungsgrades und damit der Jahreserzeugung von 12,8 % versprach. Das Saugrohr sollte unverändert bleiben. Der Leitapparat wurde generalüberholt. Der Turbinenläufer wurde gegen einen neuen strömungsoptimierten ausgetauscht. Auf Wunsch der SÜC prüfte Fa. Kochendörfer aus Pleystein, ob auch ein Vielpolgenerator, ein sogenannter Permanent-Magnet-Generator (PMG), eingesetzt werden könnte. Die Entscheidung fiel auf einen 30 polpaarigen PMG der Fa. Oswald aus dem unterfränkischen Miltenberg, so dass die Generator-drehzahl gleich der Drehzahl der Turbine war. Der Vorteil ist, dass kein Getriebe mehr notwendig ist.

Im Juli 2018 wurde die Turbine, Getriebe und Generator zurückgebaut und der Leitapparat zur Überholung demontiert. Nach der exakten Vermessung des Saugrohres und des Abschlusses des iterativen Berechnungsvorgangs des

neuen strömungsoptimierten Läufers, konnte dieser zur Fertigung frei gegeben werden. Zwischenzeitlich wurden die Leitschaufeln, der restliche Leitapparat und der Turbinendeckel überholt.

Mit Verzögerung wurde Ende April 2019 die neue Turbine in Betrieb genommen. Im Mai erlaubte das Wasserdar-gebot den ersten Test der neuen Anlage. Bereits jetzt kann gesagt werden, dass die berechneten Leistungswerte erreicht werden.

## Betreiber setzt auf Wasserkraft

Die SÜC (SÜC Energie und H2O GmbH) gilt seit circa 160 Jahren als verlässlicher Energieversorger in der Region. Heute bietet das Unternehmen ein breites Spektrum von Service und Dienstleistungen für Strom, Erdgas, Fernwärme, Energiedienstleistungen, Wasser, Internet und Mobilität. Die SÜC betreibt mit dem KW Hausen seit der Inbetriebnahme 1934 auch ihr erstes Wasserkraftwerk. Um das Jahr 2000 erwarben die Coburger mit dem KW Kirschbaum-mühle am Schützenanger und dem KW Oberwallenstadt zwei weitere Wasserkraftwerke am Obermain. Damit versorgen die SÜC heute mit insgesamt rund 8 Mio. kWh circa 2.300 durchschnittliche Haushalte mit der Energie des Mains. ■



# WASSERKRAFT Ja bitte!

Wasserkraft -  
Bayerns erneuerbare  
Stromquelle Nr. 1

[www.wasserkraft-ja-bitte.com](http://www.wasserkraft-ja-bitte.com)

Wasserkraft - Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraft-  
unternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen  
Energie- und Wasserwirtschaft e. V. - VBEW

Wir sind Partner:



[www.wasserkraft-ja-bitte.com](http://www.wasserkraft-ja-bitte.com)

*Bleiben Sie gesund!*

Terminhinweis

## 8. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

16.09.2021

[www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 21/2020  
der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel,  
Anne-Marie von Hassel,  
Doris Kirchner, Jan Kiver  
Gestaltung: Michael Seidl  
Fotos: wie angegeben  
Verantwortlich: Constanze von Hassel  
Anzeigenleitung: Monika Steer  
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
[info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Druck: Creo-Druck  
Gutenbergstr. 1  
96050 Bamberg

**BAU** INDUSTRIE  
Bayern

# GESTALTER DER ZUKUNFT

Du willst die Welt verändern?  
Du möchtest etwas bewegen?  
Du suchst einen **#Beruf** mit Sinn?

Werde **#Gestalter der Zukunft!** Werde **#Bauingenieur!**  
Denn als Bauingenieur gestaltest du die Zukunft mit!

Folge uns auf Instagram **@bybauindustriebayern** und informiere dich  
über die Chancen einer Karriere als Bauingenieur! **#gestalterderzukunft**

